

„WEGEN UMBAU GEÖFFNET“

# Beschlussbuch

---

61. außerordentlicher Landesparteitag der  
BayernSPD

**am 17.07.2010 in der Sparkassen-Arena in Landshut**

## A) **Beschlossene Anträge**

<b>Erneuerung der BayernSPD</b> .....	3
BayernSPD - wegen Umbau geöffnet.....	5
Informationsfluss stärken.....	11
Frauen mit Gesicht, Sprache und Inhalten zeigen.....	11
Reform der Beitragsverteilung.....	12
Delegiertenwahlen.....	12
<b>Wirtschaft</b> .....	13
Lehren aus der Griechenlandkrise ziehen - die Weichen für eine funktionierende EWU jetzt stellen.....	13
Besteuerung der Finanzmärkte.....	16
Leiharbeit einschränken.....	16
Die Sechstageswoche muss auch für den Einzelhandel gelten? Gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.....	19
Steuerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.....	20
Zur Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors.....	31
Gute Arbeit sichern.....	31
<b>Soziales</b> .....	34
Gut und sicher leben - auch im Alter.....	34
Demografischer Wandel und "Altersversorgung 2050".....	41
Umsetzung der Frauen-spezifischen Forderungen der UN-Konvention für behinderte Menschen.....	41
Keine Anrechnung von Kindergeld auf Leistungen von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung.....	42
Hartz IV reformieren - Existenzminimum sicherstellen - Existenz sichernde Arbeit fördern.....	42
<b>Frauenpolitik</b> .....	47
Menschlich statt männlich.....	47
Gegen eine Verlängerung des Mutterschutzes.....	49
<b>Bildung</b> .....	50
Solidarisierung mit dem Bildungsstreik.....	50
Rücknahme der Kürzungen der Mensazuschüsse.....	50
Förderung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund an Schulen.....	51
Neuordnung der Büroberufe darf nicht zu Schmalspurausbildungen führen.....	52

Frühkindliche Bildung fördern - Beruf und Familie vereinbaren - keine Herdprämie! .....	52
Finanzierung und Sicherstellung eines flächendeckenden und nutzbaren Angebots von Deutschkursen für Migrantinnen .....	52
Wir fordern eine interkulturelle Bildungsreform .....	53
Jedem Kind ein Instrument .....	53
Keine Lobbygruppen in Schulen! .....	54
Abschaffung der Zensur von SchülerInnenzeitungen .....	54
<b>Gesundheit</b> .....	56
Transparenz bei Arztrechnungen .....	56
Gesundheitspolitik .....	56
Staatliche Versicherung für Hebammen .....	57
Wasser und Seife .....	57
Giftiges Blut? .....	57
<b>Kommunales</b> .....	58
Stabile Kommunalfinanzen sichern den Sozialstaat, stützen die Konjunktur und stabilisieren das Vertrauen in Staat und Demokratie .....	58
Mehr Demokratie wagen - Transparenz ausbauen - Kommunaloffensive starten .....	60
Kommunales Wahlrecht für alle .....	60
<b>Innenpolitik</b> .....	61
Freiheit versus Sicherheit im digitalen Zeitalter .....	61
Rechtsstaat stärken - Polizeikennzeichnung jetzt! .....	69
<b>Umwelt- und Energie</b> .....	70
Für eine nachhaltige Zukunft - von links gestaltet .....	70
<b>Initiativ</b> .....	80
Resolution des Landesparteitages .....	80
Prävention statt Verbote .....	80

## **B) Überwiesene Anträge**

Mehr Basisdemokratie in der SPD .....	81
Listenreihung .....	81
Einführung einer Quote für Ehrenamtliche im SPD-Bayern-Vorstand .....	81
Lohngerechtigkeit fördern! .....	81
Landesförderprogramm "Altersgerecht Umbauen" .....	81

<b>Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit Komplexitätsprogression .....</b>	<b>81</b>
<b>Mehrgenerationenhäuser in Bayern verstetigen .....</b>	<b>81</b>
<b>Landesförderprogramm "Selbsthilfe" .....</b>	<b>82</b>
<b>Ausbildungsumlage für Altenpflegerinnen und Altenpfleger .....</b>	<b>82</b>
<b>Kostenfreie Benutzung der Bahn und öffentlicher Verkehrsmittel für Studierende, SchülerInnen und Auszubildende .....</b>	<b>82</b>
<b>Adipositas entgegenwirken .....</b>	<b>82</b>
<b>Notfallplan für Impfaktion .....</b>	<b>82</b>
<b>Förderung des umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene .....</b>	<b>82</b>
<b>Initiativantrag.....</b>	<b>82</b>

## **C) Für erledigt erklärte Anträge**

# A) Beschlossene Anträge

## Erneuerung der BayernSPD

Antrag E1

### BayernSPD - wegen Umbau geöffnet

(Angenommen)

#### Bayern braucht eine starke Sozialdemokratie

5 Schwarz-Gelb ist sowohl im Bund als auch in Bayern nicht in der Lage, Antworten auf die drängenden Probleme der Zeit zu geben. Auch in Bayern wird die Kluft zwischen arm und reich immer größer. Auch in Bayern nimmt die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse zu. Die Bildungspolitik der Staatsregierung setzt nach wie vor auf Selektion. Leidtragende sind Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten.

10

Eine verfehlte Wirtschafts- und Strukturpolitik hat dazu geführt, dass sich die Lebensbedingungen und Zukunftschancen in den verschiedenen Regionen Bayerns höchst ungleich entwickeln.

15

Die Staatsregierung will den Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig machen und behindert damit den weiteren Ausbau regenerativer Energien.

20

Bayern behandelt seine Kommunen nicht erst seit dem Milliardendebakel bei der Bayerischen Landesbank schlechter als jedes andere Bundesland und will ihre Autonomie und Finanzkraft mit der Abschaffung der Gewerbesteuer weiter schwächen.

25

„Liberalitas Bavariae“ ist nur ein Schlagwort mit wenig Substanz: Durch das Versammlungsgesetz, Online-Durchsuchungen und ausufernde Überwachungen geraten Freiheitsgrundrechte in Gefahr.

30

Bayern braucht eine starke Sozialdemokratie, um gleichzeitig wirtschaftlichen Erfolg, soziale Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Freiheitsrechte zu gewährleisten.

35

Viele Menschen in Bayern denken sozialdemokratisch, ohne ihre Stimme bisher der SPD zu geben. Sie sind empört über die ungleiche Verteilung der Bildungschancen. Über Ausbeutung und Dumpinglöhne. Über den Umgang mit ihren Ängsten vor den Gefahren der Atomkraft.

Diese Menschen können, wollen und werden wir für uns gewinnen. Mit einer erneuerten BayernSPD.

40 Die Erneuerung der BayernSPD hat drei Aspekte, die nur gemeinsam zum Erfolg führen:

Ein glaubwürdiges und realistisches Politikangebot, das die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt und ein Leitbild für die Entwicklung des Freistaats Bayern bis 2030 schafft.

45 Eine Öffnung der Partei, die die Menschen in Bayern einlädt, mit uns gemeinsam die Zukunft unserer Heimat zu gestalten.

Eine effiziente und schlagkräftige Organisation, die eine optimale Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet.

50

Mit dem Erneuerungsprozess der BayernSPD haben wir alle drei Aspekte angepackt. Dieser Prozess findet nicht von oben herab statt, alle 70.000 Mitglieder sind aufgerufen ihn mitzugestalten. Der Landesparteitag 2010 ist nicht der Anfang des Erneuerungsprozesses und nicht das Ende, sondern eine Zwischenetappe.

55

### **1. Die inhaltliche Erneuerung: Sozialdemokratische Antworten haben Konjunktur**

60 Die BayernSPD ist in vielen Städten und Gemeinden die bestimmende Kraft und hat im Landtag aus der Opposition heraus wichtige Impulse für die Entwicklung des Freistaats gesetzt – wie die Verbesserung der Kleinkinderbetreuung und die Ganztagschule.

65 Seit dem Wahlerfolg 1998 haben wir jedoch auf allen Ebenen an Zustimmung verloren, auch weil wir in unserer Regierungszeit auch Fehler gemacht haben. Es war ein Fehler, dass wir sozialdemokratische Ideen nicht immer konsequent auch gegen den Zeitgeist durchgehalten und mit einzelnen Entscheidungen im Rahmen der Agenda 2010 Wählerinnen und Wähler verunsichert und enttäuscht haben. Daraus haben wir gelernt.

70 In elf Regierungsjahren im Bund haben wir das Land voran gebracht. Mit Entlastungen für Geringverdiener und Alleinerziehende, mit dem Kampf gegen Steuerflucht und für die Sicherung der Kommunal Finanzen, mit dem Atomausstieg, der Förderung Erneuerbarer Energien, aktiver Klimaschutzpolitik und einer gesellschaftlichen Modernisierung, die Frauen, Migrantinnen und Migranten und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften neue Möglichkeiten zur Entfaltung eröffnet hat. Darauf sind wir stolz. Wir werden die Erfolge unserer Regierungszeit verteidigen.

75

80 Leider werden diese Erfolge durch andere Entscheidungen und Entwicklungen überlagert: Die SPD wird auch verbunden mit der zunehmenden Prekarisierung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen, mit Leiharbeit und Niedriglöhnen, mit einer Zunahme und Verfestigung der Armut und dem gleichzeitigen Anstieg des Reichtums, mit der Angst vor Armut bei Arbeitslosigkeit und im Alter. Die Hartz-Gesetze und die Rente mit 67 sind die zentralen Stichwörter, die sich mit diesem Vertrauensverlust verbinden.

85 Sozialdemokratische Antworten haben gerade in der globalen Finanzmarktkrise Konjunktur. In vielen wichtigen Politikbereichen haben wir die richtigen Lösungen für die Probleme der Zeit. Unsere Vorschläge sind realistisch, sozial gerecht und finden bei der Mehrheit der Menschen in Bayern Zustimmung.

Das gilt für unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn gegen Ausbeutung

90 und Lohndumping.

Das gilt für unser Konzept der Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und unseren Widerstand gegen eine Abschaffung des Solidarprinzips durch eine Kopfpauschale.

95 Das gilt für unsere Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte und eine Beteiligung der Verursacher an den Kosten der Finanzmarktkrise.

Das gilt für unsere erfolgreiche Energie- und Klimaschutzpolitik mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem Ausstieg aus der Atomkraft.

100

Das gilt für unseren Kampf endlich gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern durchzusetzen.

Das gilt für unser Konzept der Gemeinschaftsschule, das Chancen für alle jungen Menschen schafft und die soziale Spaltung im Bildungssystem überwindet.

105

Bei anderen Themen ist der Prozess der inhaltlichen Erneuerung noch im Gange. Hier arbeiten wir an zukunftsfähigen Lösungen. Die Menschen erwarten von uns zu Recht realistische Antworten. Deshalb entwickeln wir neue Konzepte im Dialog mit den Mitgliedern und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern und gestalten als zweitstärkster SPD-Landesverband die Positionierung auf Bundesebene entscheidend mit. Die Neuaufstellung der SPD im Bund auch ein Aspekt der Erneuerung der bayerischen SPD.

110

115 Das gilt für ein Konzept für Vollbeschäftigung und eine gerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen auch zwischen den Geschlechtern.

Das gilt für den Bereich der Altersversorgung, wo wir das gesetzliche Umlagesystem stärken und gegen Privatisierungsbestrebungen verteidigen. Wir müssen uns den

120

Auswirkungen der gestiegenen Lebenserwartung und dem Problem unterbrochener Erwerbsbiografien stellen. Der entscheidende Punkt ist dabei nicht das allgemeine Renteneintrittsalter, sondern flexible Lösungen, die die individuelle Leistungsfähigkeit älterer Beschäftigter berücksichtigen.

125

Das gilt für die Weiterentwicklung der Grundsicherung für Erwerbslose, wo wir möglichst unbürokratische Arbeitsvermittlung und Qualifizierung mit einem Leistungssystem verbinden müssen, das dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen entspricht und eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

130

Das gilt für den militärischen Einsatz in Afghanistan, den wir schnellstmöglich beenden müssen. Wir müssen der Verantwortung, die wir für eine friedliche und demokratische Entwicklung übernommen haben, auf nichtmilitärischem Wege gerecht werden.

Auf diese Fragen werden wir sozialdemokratische Antworten geben.

135

### **Unsere Schwerpunkte**

Die BayernSPD ist eine Volkspartei. Wir machen nicht Politik für Klientelgruppen, sondern für die Mehrheit in unserer Gesellschaft. Als Volkspartei bieten wir Lösungen

140

für alle wichtigen politischen Themen an. Trotzdem setzen wir in unserer Arbeit klare Schwerpunkte. Im Zentrum steht dabei die soziale Gerechtigkeit, sie ist Ziel und Maßstab unserer Politik.

145 **Wachstum, Vollbeschäftigung und gute Arbeit für Bayern:** Um Bayerns Zukunft zu sichern, muss es gelingen, den wirtschaftlichen Strukturwandel aktiv zu gestalten. Nur so schaffen wir die Grundlagen für hochwertige und gut entlohnte Arbeitsplätze in allen bayerischen Regionen.

150 **Zukunftsfähiger und gerechter Sozialstaat:** Um Bayerns Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit zu geben kämpfen wir für solidarische finanzierte Sozialsysteme und gegen die Privatisierung von Lebensrisiken. Eine solide Finanzierung der bayerischen Kommunen ist dabei die Grundlage für hohe Lebensqualität und ein funktionierendes soziales Netz vor Ort.

155

**Nachhaltige Entwicklung in Bayern:** Bayern muss auf umweltfreundliche Spitzentechnologie, Klimaschutzpolitik, regenerative Energieversorgung und nachhaltige Mobilität setzen, die für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar sind. In Zeiten knapper werdender Ressourcen ist nachhaltiges Wirtschaften gleichermaßen eine ökologische und soziale Frage.

**Bildungsgerechtigkeit in Bayern:** Bayern muss die soziale Spaltung im Schulsystem überwinden und Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel schaffen. Wir kämpfen für einen ganzheitlichen Bildungsbegriff, der nicht nur auf die Vermittlung von Wissen für den Arbeitsmarkt abzielt, sondern auch am Bild eines demokratischen Bürgers orientiert ist, der in der Lage ist für sich und andere Verantwortung zu übernehmen.

Auf Basis dieser Schwerpunkte entwickeln wir im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Leitbild Bayern 2030. Ziel ist es zu den nächsten Wahlen ein schlüssiges Gesamtkonzept anzubieten, das die notwendigen Weichenstellungen für die nächsten zwei Jahrzehnte aufzeigt.

## 2. Die Öffnung der BayernSPD

175 Alle demokratischen Parteien stehen vor dem Problem, dass es immer schwerer wird, Bürgerinnen und Bürger für das ehrenamtliche Engagement zu gewinnen. Es gibt in Teilen der Bevölkerung eine zunehmende Aversion gegen die etablierten Institutionen und Verfahren der repräsentativen Demokratie. Bei allen Schwächen, die die politische Meinungsbildung im Parteiensystem manchmal hat: Unser politisches System mit starken, demokratisch organisierten und gesellschaftlich verwurzelten Parteien ist eine Errungenschaft, die auf keinen Fall leichtfertig beschädigt oder gar verspielt werden darf.

Wir sind überzeugt davon, dass eine Stärkung der BayernSPD nur über eine Öffnung zu erreichen ist. Die Diskussion um den „richtigen“ Kurs der bayerischen SPD muss offen geführt werden. Dazu müssen wir in der Lage sein, innerparteiliche Konflikte auszuhalten und solidarisch auszutragen. Die Mitgliedschaft, die Mitarbeit und der Dialog in und mit der Sozialdemokratie müssen attraktiver werden. Wichtige Überlegungen in diesem Zusammenhang sind:

190 Die Öffnung unserer Wahllisten zur Kommunalwahl 2014 für engagierte Bürgerinnen



und Bürger, die noch nicht der SPD angehören.

Die Öffnung unserer Parteitage für Verbände und Vereine, die dort Rederecht bekommen  
195 können, um Ideen von außen besser in die Partei zu transportieren.

Den Dialog mit „jedermann und jederfrau“ – wie Waldemar von Knoeringen es  
ausgedrückt hat – verstärken und den Menschen die Möglichkeit geben, gemeinsam mit  
der SPD für ihre Interessen zu kämpfen.

200

Ein attraktives Angebot von Probemitgliedschaften, die es Bürgerinnen und Bürgern  
leichter machen sollen, in das parteipolitische Engagement „hineinzuschnuppern“.

Der Umbau unserer Geschäftsstellen in ganz Bayern zu attraktiven und serviceorientierten  
205 Bürgerbüros.

Maßgeschneiderte Angebote zur Mitarbeit für junge Menschen, Seniorinnen und  
Senioren, Frauen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständigen über  
unsere Arbeitsgemeinschaften.

210

Der Ausbau unserer Angebote für einen direkten und einfachen Kontakt über das Internet  
und in den Netzgemeinschaften.

### **3. Die organisatorische Erneuerung**

215

Glaubwürdige und realistische Positionen und ein offener Dialog mit den Menschen in  
Bayern sind entscheidend für unseren Erfolg. Um beides zu realisieren, brauchen wir  
auch eine bessere Organisation. Wir erneuern die BayernSPD deshalb mit dem Ziel, mit  
unseren begrenzten Ressourcen mehr zu erreichen.

220

Hauptaufgabe ist es dabei, unsere Mitglieder genauso wie unsere Unterstützerinnen und  
Unterstützer sprachfähig zu machen. Wir wollen, müssen und werden die politische  
Debatte in Bayern gewinnen: Auf der Straße, in den Wohnzimmern, in den Betrieben, in  
den Vereinen und an den Stammtischen – so wie uns das beim Thema Mindestlohn  
225 gelungen ist. Nur wer selbst überzeugt ist, kann auch andere überzeugen. Deshalb  
brauchen wir eine offene inhaltliche Debatte und eine Organisation, die unsere Inhalte  
auch effektiv transportiert.

Grundbedingung für die organisatorische Erneuerung der BayernSPD ist die  
230 Stabilisierung unserer Finanzen. Dies ist bei den weiteren Beschlüssen des Parteitages zu  
beachten.

### **12 Projekte für eine erfolgreiche BayernSPD**

235 Wir werden in der BayernSPD vieles ändern und haben damit im letzten Jahr bereits  
begonnen. Zwölf zentrale Projekte sind aus den Anregungen der Mitgliedschaft  
entstanden und stehen beispielhaft für unser Vorhaben:

1. Wir bleiben flächendeckend in ganz Bayern präsent und machen unsere  
240 Geschäftsstellen zu attraktiven Bürgerbüros.

2. Wir bauen die Landesgeschäftsstelle München zur Servicezentrale für unsere Mitglieder um und schaffen dort klare Verantwortlichkeiten.  
245
3. Wir sorgen in ganz Bayern für attraktive SPD-Listen zur Kommunalwahl 2014.
4. Wir unterstützen unsere Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort mit einer modernen Kampagne zu den Landtags- und Bundestagswahlen 2013 und zur Kommunal- und  
250 Europawahl 2014.
5. Wir professionalisieren unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen.
6. Wir verbessern die Abstimmung und Planung zwischen allen politischen Ebenen mit  
255 dem Projekt BayernKalender.
7. Wir nutzen die neuen technischen Möglichkeiten für Online-Druck und -Versand auf allen Ebenen.
- 260 8. Wir schaffen ein Online-Politiklexikon, in dem Bürgerinnen und Bürger sich über unsere Positionen zu allen wichtigen Themen informieren können.
9. Wir schaffen eine Online-Akademie zur Qualifizierung für das ehrenamtliche Engagement und stärken die innerparteiliche Bildungsarbeit.  
265
10. Wir machen die über tausend Webangebote unserer Gliederungen zu einem starken Netzwerk.
11. Wir bauen unser Videoangebot im Internet konsequent aus.  
270
12. Wir verbessern die Information für unsere Mitglieder – online und offline.

Wir werden den Prozess der Erneuerung der BayernSPD auch in den nächsten Jahren im Dialog mit der Basis, den gewählten Gremien und den Arbeitsgemeinschaften der Partei  
275 weiter vorantreiben und – nach dem Vorbild der erfolgreichen Bundeswahlkreiskonferenzen 2009 und 2010 – allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, die Ergebnisse vor Ort zu diskutieren.

### **Gemeinsam anpacken!**

Wir haben den Prozess der Erneuerung so offen und transparent gestaltet wie nie zuvor. Wir haben im Sommer 2009 alle Mitglieder zur Diskussion in den Bundeswahlkreisen eingeladen. Wir haben die Anregungen und Vorschläge der Mitglieder aufbereitet und ein halbes Jahr lang intensiv diskutiert. In einer neuen Runde von Bundeswahlkreiskonferenzen haben wir die Ergebnisse unserer Diskussion in den letzten zwei Monaten vorgestellt und allen Mitgliedern die Möglichkeit zur Kommentierung gegeben.

Damit ist der Prozess nicht abgeschlossen. Jetzt müssen wir die Umsetzung der organisatorischen Erneuerung vorantreiben. Jetzt müssen wir mit der Öffnung der Partei Ernst machen. Und wir müssen den inhaltlichen Diskussionsprozess in der Partei fortführen. So wie wir es in diesem Jahr mit dem Bildungskonzept gemacht haben, so

werden wir auch alle anderen zentralen Themen diskutieren und Positionen bestimmen. In Bayern und Deutschland und als gewichtiger Teil der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf Bundesebene.

Das ist nicht nur Auftrag an den Landesvorstand. Das ist eine Aufgabe, auf die sich die gesamte BayernSPD verpflichtet. Nur wenn alle mitmachen, kann die Erneuerung der BayernSPD gelingen.

Die BayernSPD wird gebraucht. Die Erneuerung unserer Partei ist kein Selbstzweck. Wir tragen Verantwortung dafür, dass in München und Berlin wieder bessere Politik gemacht wird. Das sind wir den Menschen schuldig.

Antrag E3

## **Informationsfluss stärken**

(Angenommen)

Die Fraktionen aller Ebenen (EU, Bund, Land und Kommunen) werden aufgefordert, die AsF-Gliederungen zu Diskussionen und Diskussionsstand innerhalb der SPD-Fraktionen 5 und des Parlaments über frauenpolitische Themen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu informieren.

Antrag E4

## **Frauen mit Gesicht, Sprache und Inhalten zeigen**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Es ist bei allen Veröffentlichungen- wie Pressemitteilungen, Stellungnahmen, 5 Zeitungsartikel (Vorwärts, Fraktionspublikationen, OV-Zeitungen etc.) - der SPD, ihrer Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Fraktionen eine geschlechtergerechte Sprache, Bildauswahl und Inhaltswertigkeit zu verwenden.

# Satzungsänderungen

Antrag X1

## Reform der Beitragsverteilung

(Angenommen)

1. § 23 Abs. 2 und 3 der Satzung der BayernSPD werden mit Wirkung vom 01.01.2011 wie folgt neu gefasst:

<sup>5</sup> (2) *Der Landesverband erhält bei einem Beitragsanteil des Parteivorstandes von 15 % einen Anteil von 60 % des Nettobeitragsaufkommens.*

<sup>10</sup> (3) *Die Ortsvereine, Kreisverbände, Unterbezirke und Bezirksverbände erhalten zusammen 25 % des Nettobeitragsaufkommens. Bezirksverbandssatzungen treffen Regelungen über die Aufteilung dieses Anteils; der Anteil des Bezirksverbandes beträgt bis zu 5 %.*

2. § 23 Abs. 4 der Satzung der BayernSPD wird mit Wirkung vom 18.07.2010 aufgehoben.

<sup>15</sup> 3. Präsidium und Landesvorstand wird aufgegeben, eine Anhebung des Durchschnittsbeitrages bis zum ordentlichen Landesparteitag 2011 um einen Euro anzustreben.

4. Die Ausgaben der Mitgliedsbeiträge erfolgen nach dem Prinzip des Gender Budgetings.

Antrag X3

## Delegiertenwahlen

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass zusätzlich zu dem aktuellen Wahlverfahren, <sup>5</sup> bei dem die Delegierten und Ersatzdelegierten in einem Wahlgang gewählt werden, auch das alte Verfahren mit 2 Wahlgängen möglich ist.

Jede Unterorganisation soll sich sein bevorzugtes Verfahren selbst auswählen können.

# Wirtschaft

Antrag W1

## Lehren aus der Griechenlandkrise ziehen - die Weichen für eine funktionierende EWU jetzt stellen

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

- Mit großer Sorge verfolgen die Bürgerinnen und Bürger in Europa die Entwicklung des Euro und die Spannungen innerhalb der EWU, die spekulativen Attacken gegen
- 5 Griechenland sowie das Krisenmanagement der europäischen Regierungen, die sich erst spät auf ein Rettungspaket einigen konnten. Und in der Tat handelt es sich bei der sog. „Griechenland-Krise“ nicht um das isolierte Problem eines einzelnen EU-Staates, sondern um eine veritable europäische Krise. Verhandelt wird letztlich über die Zukunft der Europäischen Währungsunion.
- 10 Wir Sozialdemokraten erwarten von der Bundesregierung, dass sie eine kooperative Rolle innerhalb Europas einnimmt, um die Gefahr eines Auseinanderbrechens der EWU zu bannen. Als exportierende Ökonomie hat gerade Deutschland ein massives Interesse an stabilen Währungsverhältnissen und einer funktionierenden Währungsunion.
- 15 Die Griechenlandkrise ist eine gesamteuropäische Krise
- Die tieferen Ursachen der Griechenlandkrise als Auslöser der jüngsten Spannungen innerhalb der Europäischen Währungsunion weisen in ihrem Kern eine eindeutig
- 20 europäische Dimension auf. Das finanzpolitische Desaster in Griechenland lässt sich nämlich nur zum Teil mit statistischen Manipulationen und dem traditionellen Unvermögen des griechischen Staates erklären, genügend Steuereinnahmen zu generieren. Auch das aktuelle Haushaltsdefizit bleibt als Erklärungsgrund unzureichend, liegen doch die Defizite in vielen anderen Staaten zum Teil noch höher (z.B. Irland,
- 25 Großbritannien, USA, Japan) Der rasante Anstieg der Fehlbeträge im letzten Jahr ist in allen diesen Ländern letztlich auf die globale Finanzmarktkrise zurückzuführen.
- Vielmehr kulminieren in der Griechenlandkrise die inneren Widersprüche, die in der bisherigen Konstruktion der Europäischen Währungsunion von vornherein angelegt
- 30 waren. Denn die EWU ist ein gemeinsamer Währungsraum mit zentralisierter Geldpolitik, aber weiterhin national bestimmten Finanzpolitiken und höchst unterschiedlichen und gegenläufigen Produktivitäts- und Lohnentwicklungen. Letztere führen zu massiven Ungleichgewichten in den Leistungsbilanzen der einzelnen EWU-Staaten, die in einem gemeinsamen Währungsraum nicht mehr mit Auf- bzw.
- 35 Abwertungen von Währungen abgefedert werden können. In den größten Überschussländern (z.B. Deutschland) sind die Löhne deutlich hinter der Produktivität zurück, was zu stagnierenden Reallöhnen und ebenso stagnierender Binnennachfrage und Zug um Zug zum Aufbau hoher Leistungsbilanzüberschüsse führte. Eine solche

Überschussstrategie kann nicht von Dauer sein. Denn im Großen und Ganzen werden die  
40 Überschüsse über den Bankensektor als Kredite in die Defizitländer transferiert, deren  
Zahlungsfähigkeit aber irgendwann erschöpft ist. Die Überschussländer hätten allerdings  
ihren Überschuss nicht ohne die schnellere Ausweitung der Nachfrage in den  
Defizitländern erzielen können. Vor der Währungsunion hätten die Defizitländer durch  
eine Währungsabwertung ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder verbessern können (eine  
45 Abwertung verbilligt nämlich die eigenen Produkte im Ausland). Doch dieser  
Ausgleichsmechanismus steht in einem gemeinsamen Währungsraum nicht mehr zur  
Verfügung. Wenn sich derartige Ungleichgewichte über viele Jahre verfestigen und  
aufschaukeln, gefährden sie die Stabilität der gemeinsamen Währungsunion. In einer  
Währungsunion müssen daher alle Mitgliedsländer auf einigermassen ausgeglichene  
50 Leistungsbilanzen hinwirken.

Zudem entpuppt sich die angeblich im Maastricht-Vertrag enthaltene sog. „No-Bail-Out-  
Klausel“ (Unterstützungsverbot), nach der die Eurostaaten nicht für die Schulden eines  
anderen Staates einstehen, vor dem Hintergrund engster wirtschaftlicher Verflechtungen  
55 im Krisenfall als wenig realitätstauglich. Denn gerade wegen dieser Verflechtungen kann  
die Inkaufnahme eines Staatsbankrotts Schockwellen durch die Bankensysteme der  
gesamten Währungsunion senden und über den eingeleiteten Wertverlust der Anleihen  
schnell die gesamte Ökonomie in Mitleidenschaft ziehen. Deshalb werden die  
europäischen Partner schon aus purem Eigeninteresse im Ernstfall kein einzelnes  
60 Partnerland in die Zahlungsunfähigkeit laufen lassen.

Um die Währungsunion jedoch auf eine dauerhaft stabile Grundlage zu stellen, müssen  
vor allem die tieferliegenden Ursachen der gegenwärtigen Malaise in den Fokus  
genommen werden. An zwei Fragestellungen wird sich die Politik dabei abarbeiten  
65 müssen. Zum einen muss die Frage beantwortet werden, welches Maß an koordinierter  
Wirtschafts- und Fiskalpolitik in einem gemeinsamen Währungsraum nötig und  
erforderlich ist, um der Entstehung stabilitätsgefährdender Ungleichgewichte  
vorzubeugen. Und zweitens muss offen darüber gesprochen werden, ob die angebliche  
„No-Bail-Out-Klausel“ angesichts unauflöslicher wechselseitiger Abhängigkeiten in  
70 dieser Form aufrechterhalten werden kann. Wenn die EWU nicht zu einer Transferunion  
werden soll, muss zumindest über die Schaffung eines leistungsfähigen  
Krisenmechanismus nachgedacht werden. Es müssen Strategien gefunden werden, die  
verhindern, dass sich die Krise auf andere gefährdete Staaten ausweitet. Denn im Verlauf  
der jüngsten Krise agierte die Politik letztlich nur als Getriebene, deren Hilfsangebote  
75 notorisch zu spät kamen, sodass die Spekulanten die Kosten für die Krisenlösung immer  
weiter in die Höhe treiben konnten. Das jüngste Krisenmanagement darf deshalb nicht  
Schule machen.

### 80 **Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik koordinieren:**

Ein stabiles Fundament für den gemeinsamen Währungsraum schaffen

Vor dem Hintergrund der auseinanderlaufenden Entwicklungen und den Gefährdungen,  
die sich hieraus für den gemeinsamen europäischen Währungsraum ergeben, fordern wir  
85 eine koordinierte wirtschaftspolitische Reaktion:

1. Die eigentliche Reformaufgabe deutscher wie europäischer Wirtschaftspolitik besteht  
in der **Schaffung einer modernen Wirtschaftsregierung in Europa**, damit eine  
wachstums-, beschäftigungs- und stabilitätsorientierte Abstimmung der großen makro-

90 ökonomischen Politikbereiche (Geld-, Finanz- und Steuerpolitik) ermöglicht wird. Die Politik muss stets in der Lage sein, konjunkturelle Ausschläge zu glätten und in Rezessionen expansive Impulse freizusetzen. Eine bewusste politische Koordinierung der Wirtschaftspolitik erfordert eine insgesamt stärker auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete Strategie im Euro-Raum.

95

2. In einer Währungsunion müssen daher alle Mitgliedsländer auf einigermaßen ausgeglichene Leistungsbilanzen hinwirken. Unter voller Wahrung der Tarifautonomie sprechen wir uns deshalb für **europäische Lohnuntergrenzen** aus, bezogen auf das Lohnniveau im Verhältnis zum Vokseinkommen wie auch auf die Lohnentwicklung im Vergleich zur Produktivität. Eine möglichst stabile wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone setzt voraus, dass die Überschussländer über eine angemessene Entwicklung ihrer Binnennachfrage nicht nur die eigene wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen, sondern darüber hinaus für ein dynamisches wirtschaftliches Umfeld sorgen.

105 3. Beinahe alle Versuche in der Vergangenheit, in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld eine nachhaltige Konsolidierung der Haushalte einzuleiten, sind gescheitert. Auch der gegenwärtige Weg, einzelnen Mitgliedsländern sofort umzusetzende massive Sparprogramme aufzuerlegen, führt nicht zu einer Lösung. Denn auf diese Weise wird deren Wirtschaft mitten in der derzeitigen Krise in die Knie gezwungen. Sparmaßnahmen  
110 in der erzwungenen Größenordnung beschwören die Gefahr einer langanhaltenden Deflation herauf. Diese würde sämtliche Konsolidierungsanstrengungen ad absurdum führen und massive ökonomische und soziale Verwerfungen nach sich ziehen. Stattdessen ist ein längerfristiges haushaltspolitisches Konsolidierungsprogramm erforderlich, das allerdings kurzfristig so wenig negative Auswirkungen auf die  
115 Nachfrage wie möglich hat (und insbesondere die Steuerhinterziehung drastisch reduziert), mittelfristig aber zu primären Haushaltsüberschüssen führt.

4. Die Europäische Zentralbank (EZB) muss die Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung und Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts so gut wie  
120 möglich unterstützen. Auf kurze Sicht bedeutet das, dass sie sich dazu verpflichtet, ihren Leitzins nahe Null zu halten. Den Zinssatz niedrig zu halten, ist von entscheidender Bedeutung für die Minimierung der Refinanzierungskosten bei gleichzeitiger Anhebung der nominalen Wachstumsrate des BIP. Sie muss **Staatsanleihen weiterhin als erwerben können**.

125

5. Generell müssen Strategien gefunden werden, die verhindern, dass sich Krisen auf andere Länder des gemeinsamen Währungsraums und die EU ausweiten. Die **Emission von Eurobonds** sollte als ein möglicher Weg zur Senkung der Finanzierungskosten in Betracht gezogen werden, um mehr Unabhängigkeit vom Kapitalmarkt zu gewinnen und  
130 den Anlegern zusätzliche Sicherheit zu gewähren

6. Wir brauchen eine europaweite Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher an den Kosten der Krise zu beteiligen und die Märkte zu stabilisieren.

135 Gefordert ist zudem eine baldige substanzielle **Reform der Ratingagenturen**, deren Versagen im Vorfeld der globalen Finanzmarktkrise evident wurde und die zuletzt eher wie Brandbeschleuniger gewirkt haben. Wenn etwa Spanien nicht zuletzt auf Druck der Ratingagenturen die Konsolidierung verschärft und als Dank dafür von den Agenturen eine Herabstufung seiner Bonität erfährt, weil die Konsolidierung zu Wachstumseinbußen  
140 führt, wird die Krisenbekämpfung ad absurdum geführt. Zu fordern ist daher der Aufbau

einer europäischen Ratingagentur, die sowohl die Bewertungsinformationen der privaten Agenturen überprüft als auch die Bewertung von Kreditrisiken selbst vornimmt. Bei Agenturen ist ein gleichzeitiges Beratungs- und Bewertungsgeschäft strikt zu verbieten.

145

Antrag W2

## Besteuerung der Finanzmärkte

(Angenommen)

Wir unterstützen die Petition „Steuer gegen Armut“ und fordern die SPD auf Bundes- und Landesebene auf, durch Einsatz ihrer Abgeordneten in Bundes- und Landtag die in der 5 Petition geforderte Einführung einer Finanzmarktsteuer zu unterstützen. Die SPD-Fraktion im Bundestag sollte einen Gesetzentwurf für eine nationale Finanzmarktsteuer in den Bundestag einbringen und die Bundesregierung dazu drängen, sich für die nationale und internationale Einführung der Finanzmarktsteuer einzusetzen, unter anderem bei der vom Bundesfinanzministerium für Mai 2010 geplante G20-Konferenz.

Antrag W5

## Leiharbeit einschränken

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Die Leiharbeit wurde in Deutschland zum 1. Januar 2004 umfassend dereguliert. Die 5  
Arbeitskräfte wurden rechtlich den übrigen Beschäftigten weitgehend gleichgestellt. Vor allem ist es den Unternehmen erlaubt, Leiharbeitskräfte unbefristet zu verleihen. ArbeitnehmerInnen dürfen befristet eingestellt werden, die Befristung darf auch auf den konkreten Einsatz (Verleih) bezogen werden. Einen besonderen Kündigungsschutz gibt es nicht. Im Gegenzug wird den LeiharbeiterInnen gesetzlich zugesichert, dass sie für die Dauer der Überlassung **hinsichtlich der wesentlichen Arbeitsbedingungen einen**  
10 **Anspruch auf Gleichbehandlung mit vergleichbaren Stammbeschäftigten haben. Dies bezieht sich vor allem auf die Entlohnung.**

Hiervon gibt es zwei wesentliche Ausnahmen:

15 1. in den ersten sechs Wochen kann bei zuvor Arbeitslosen ein niedrigerer Lohn vereinbart werden,

2. wenn in einem Tarifvertrag abweichende Regelungen getroffen werden.

20 Arbeitsrechtlich sind die Leiharbeitskräfte Beschäftigte des verleihenden Unternehmens. Das Verleihunternehmen ist zuständig für die Einstellung bzw. Beendigung des Arbeitsverhältnisses, die Lohnzahlung, Gewährung von Urlaub und die Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern. Das Verleihunternehmen überlässt die  
25 Arbeitskräfte einem Dritten zur Arbeitsleistung. Hierfür wird vom entleihenden Unternehmen ein Verrechnungssatz an das verleihende bezahlt, mit dem das Verleihunternehmen alle Kosten decken muss. Der Verrechnungssatz beträgt nach



Schätzungen rund das Zwei bis Zweieinhalbfache des Bruttolohnes der Beschäftigten.

30 Um über den Verleih Arbeitslose in Beschäftigung zu bringen, hat auch die Bundesagentur für Arbeit ihre Geschäftspolitik geändert. In Folge der Gesetzesänderung arbeitet sie seitdem intensiv mit den privaten Verleihunternehmen zusammen. Rund 1/3 der Stellen, die der Bundesagentur für Arbeit von ArbeitgeberInnen gemeldet werden, sind Angebote von Verleihunternehmen. Lehnen Arbeitslose eine Vermittlung in Leiharbeit ab, riskieren sie eine Kürzung ihrer staatlichen Arbeitslosenunterstützung.

35 Bis zum Beginn der Wirtschaftskrise ist die Leiharbeit in zweistelligen Prozentsätzen pro Jahr gestiegen. Gleich im ersten Jahr nach der Reform lag die Zuwachsrate bei über 20%, obwohl die Konjunktur zu dieser Zeit noch am Boden lag. Der bisherige Höchststand wurde im August 2008 erreicht. Zu dieser Zeit waren ca. 800.000 Beschäftigte als  
40 LeiharbeiterInnen tätig, das sind knapp 3% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Seit dem Beginn der aktuellen Krise ist die Leiharbeit rückläufig. Man kann aber befürchten, dass nach Ende der Beschäftigungskrise die Leiharbeit den bisherigen Höchststand schnell wieder erreicht und weiter zunimmt.

45 Ziel der Reform war es über die Leiharbeit Arbeitslose in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Ein Leiharbeiter oder eine Leiharbeiterin soll das Entleiherunternehmen so sehr von sich überzeugen, dass er bzw. sie bei diesem Unternehmen fest eingestellt wird. Man spricht hier von dem sogenannten Klebeeffekt. Mehrere Untersuchungen belegen, dass dieser Klebeeffekt gering ist und wahrscheinlich in der derzeitigen Krise gegen Null  
50 geht. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung ergibt sich ein Klebeeffekt von maximal 15%. Alle anderen Studien kommen sogar zu noch niedrigeren Werten.

Ursache hierfür sind vor allem die geringen Löhne in der Branche. Trotz zusätzlicher  
55 Kosten und der Gewinnspanne der Verleihunternehmen sind LeiharbeiterInnen für das entleihende Unternehmen in der Regel günstiger als ein regulär Beschäftigter. Damit entfällt die wichtigste Motivation für das Unternehmen, die Menschen selbst einzustellen. Fraglich ist auch, ob Beschäftigte über Leiharbeit gegenüber anderen Arbeitslosen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

60 Ziel war es auch die Dauer der Beschäftigung zu erhöhen und die soziale Situation der Beschäftigten zu verbessern. Dieses Ziel ist eindeutig verfehlt worden. Die Beschäftigung ist nach wie vor sehr instabil. In der Regel erreichen die Beschäftigten noch nicht einmal eine Beschäftigungsdauer von sechs Monaten, da dies die Mindestvoraussetzung wäre  
65 damit der Kündigungsschutz greift. Dies ermöglicht den Verleihunternehmen eine problemlose Kündigung, so dass sie keinerlei unternehmerische Risiken übernehmen müssen. Ebenso führen solch kurze Beschäftigungszeiten dazu, dass LeiharbeiterInnen oftmals keinen Anspruch auf ALG I Leistungen erhalten, sondern direkt nach ihrer Beschäftigung auf ALG II angewiesen sind.

70 Aber auch während eines Arbeitsverhältnisses können die LeiharbeiterInnen sich nicht darauf verlassen, dass sie durchgängig beschäftigt und vor allem durchgängig bezahlt werden. Oft werden sie wie TagelöhnerInnen eingesetzt. Das heißt, sie erhalten nur dann eine Entlohnung, wenn auch tatsächlich Arbeit abgerufen wird.

75 Nicht selten werden ArbeitnehmerInnen dazu gezwungen, ihren Urlaub zu verbrauchen,

wenn für sie keine konkrete Einsatzmöglichkeit besteht. Manchmal werden verleihfreie Zeiten unrechtmäßigerweise als Minusstunden auf die Arbeitszeitkonten gebucht.

80 Dadurch wird die Verpflichtung zur Lohnfortzahlung in verleihfreien Zeiten unterlaufen. Die Beschäftigten setzen sich zu selten zur Wehr aus Angst den Arbeitsplatz verlieren zu können oder bei Kritik ihre Chancen auf Übernahme zu mindern.

Es gibt weitere Missstände:

85

- Häufig erhalten LeiharbeiterInnen trotz gesetzlichem Anspruchs (§ 670 BGB) keine Fahrtkostenerstattung

90 • Durch eine absichtlich falsche Eingruppierung der LeiharbeiterInnen sollen weitere Kosten gespart werden. So werden Beschäftigte oft als HelferInnen eingestuft, obwohl sie tatsächlich Tätigkeiten einer höheren Entgeltgruppe verrichten

- Die Kündigungsfristen werden bei Entlassungen häufig nicht beachtet

95 • Die Unfallhäufigkeit bei LeiharbeiterInnen ist stark angestiegen. Oft erfolgt zu Beginn der Beschäftigung keine angemessene Einweisung und Unterrichtung über Gefahren am Arbeitsplatz. Es erhöht sich das Unfallrisiko und die Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz.

100 Das große Problem ist die völlig unzureichende Überwachung der Leiharbeitsunternehmen. Eigentlich ist für die Überwachung die Bundesagentur für Arbeit zuständig. Die Agentur erteilt den VerleiherInnen die Erlaubnis, dass sie als VerleiherIn tätig werden können. Diese Überwachung durch die Agentur für Arbeit erfolgt vor allem durch formale Kriterien: Die tatsächlichen Verhältnisse werden zu

105 wenig berücksichtigt. Nur in wenigen Fällen greift die Bundesagentur für Arbeit ein, wenn ArbeitgeberInnen gesetzliche Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten nicht einhalten. Die Agentur überlässt die Geltendmachung ihrer Ansprüche den Beschäftigten, die sich jedoch aufgrund ihrer schwachen Position in der Regel nicht wehren oder nicht wehren können.

110

### **Fazit:**

Leiharbeit ist in ihrer jetzigen Form ist eine für die Beschäftigten nicht akzeptable Beschäftigungsform. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Bedeutung der Leiharbeit erheblich

115 überschätzt. Auf der anderen Seite stehen die sozialen Kosten die unterschätzt werden. Das größte Problem liegt in der Verdrängung regulärer Beschäftigung und die damit zunehmende Destabilisierung des Arbeitsmarktes. Oft wird den Leiharbeitnehmern ein Gefühl vermittelt als wären sie Beschäftigte zweiter Klasse. Das liegt vor allem an dem hohen Lohnabstand zu vergleichbaren Beschäftigten in den Einsatzbetrieben.

120

Aus diesen Gründen fordern wir:

- Einschränkung der privaten Leiharbeit

125 • Wiedereinführung des Vermittlungsmonopols für die Bundesagentur für Arbeit

- Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes
- 130
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (ab dem 1. Arbeitstag)
  - Einführung einer Prekaritätsprämie in Höhe von 15% der Bruttolohnsumme. Aufgrund ihrer Flexibilität und ihres unsicheren Beschäftigungsverhältnisses müssen Leiharbeiter belohnt und nicht wie Deutschland mit schlechten Löhnen bestraft werden (siehe Frankreicher Modell).
  - Gleiche freiwillige soziale Leistungen des Arbeitgebers (z.B. Akkordzuschlag, zusätzlicher Weihnachtsbonus, Subventionierung der Kantine)
  - Vetorecht des Betriebs-/ Personalrates
  - Begrenzung der Leiharbeit in einem Unternehmen durch Einführung einer Höchstquote von Leiharbeitern gegenüber der Stammebelegschaft.

Antrag W6

## **Die Sechstageswoche muss auch für den Einzelhandel gelten? Gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten**

(Angenommen), weitergeleitet an Landtagsfraktion

5 Seitdem in der Föderalismusreform I 2006 die Gesetzgebungskompetenz für die Ladenöffnungszeiten auf die Länder übertragen wurde, ist eine zunehmende Tendenz zur Liberalisierung der Öffnungszeiten zu beobachten. Diesen Trend zur grenzenlosen Ausweitung der Ladenöffnungszeiten lehnen wir ab.

10 Im Sinne des ArbeitnehmerInnenschutzes ist eine Woche mit sieben Werktagen abzulehnen. Zusätzliche Arbeitskräfte werden oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen angestellt. Nur bei gerechtfertigtem öffentlichem Interesse, etwa im Bereich der medizinischen Versorgung oder des öffentlichen Nahverkehrs, sollte davon abgewichen werden. Im Bereich des privaten Konsums liegt kein solches öffentliches Interesse vor, weshalb dem Interesse der ArbeitnehmerInnen Vorrang eingeräumt werden muss. In diesem Sinne entschied auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 1.12.09  
15 gegen die Öffnung der Adventssonntage in Berlin.

20 Neben den Aspekten der ungerechtfertigten zusätzlichen Arbeitslast für die Angestellten sind auch die Interessen der Familien hervorzuheben: Der Sonntag steht bis jetzt den meisten Werk tätigen als arbeitsfreier Tag zur Verfügung. Da auch sämtliche Bildungseinrichtungen an diesem Tag geschlossen haben, kann der Sonntag in den allermeisten Fällen dem Familienleben dienen. Die Freigabe von Sonntagen für den Verkauf untergräbt somit dessen wichtige Funktion für die Familien. Insbesondere im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf lehnen wir in diesem

25 Zusammenhang die Ausweisung von verkaufsoffenen Sonntagen ab.

Auch wirtschaftliche Gesichtspunkte können die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten nicht rechtfertigen: Da jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann, ist nicht mit einer allgemeinen Steigerung des Konsums zu rechnen. Längere Öffnungszeiten alleine können  
30 nicht zu einer Erhöhung der Umsätze im Einzelhandel führen, solange die Menschen nicht mehr Geld zu Verfügung haben.

Eine Ausdehnung der Öffnungszeiten kann gewiss Einfluss darauf nehmen, in welchen Geschäften eingekauft wird. Kleine Läden können schwerlich regelmäßig bis spät am  
35 Abend, geschweige denn sonntags öffnen. Große Kaufhäuser und Fachmärkte hingegen verfügen über die personellen und finanziellen Ressourcen, mit denen sie längeren Verkaufszeiten begegnen und so ihre Marktmacht behaupten können. Längere Öffnungszeiten würden insofern deutlich zu Lasten der Marktanteile kleiner, teilweise familiengeführter Geschäfte gehen und damit letztlich die Angebotsvielfalt schmälern.  
40 Diese Konzentration im Einzelhandelssektor kann nicht im Sinne sozialdemokratischer Politik sein!

Neben den großen Ketten könnten von flexiblen Ladenöffnungszeiten auch die großen Städte im Vergleich zu den ländlichen Räumen gewinnen, indem sie es schaffen,  
45 KundInnen aus ihrem Umland z.B. an den Sonntagen in die Stadt zu locken. In diesem Fall wären jedoch massive Schäden für die Geschäftswelt in den ländlichen Gebieten zu befürchten, insbesondere die Nahversorgung auf dem Land wäre gefährdet. Einen solchen Profit der Städte auf Kosten des Landes können wir nicht gutheißen.

50 Weder die Liberalisierung der Öffnungszeiten allgemein noch die Ausweitung von verkaufsoffenen Sonntagen können folglich von der SPD und den Jusos unterstützt werden. Die BayernSPD spricht sich deshalb generell gegen die Einführung von verkaufsoffenen Sonntagen und die Verlängerung der Öffnungszeiten unter der Woche über 20 Uhr hinaus aus. Wir fordern die SPD Landtagsfraktion auf, auf die Verabschiedung eines Landesgesetzes zur Ladenöffnung in diesem Sinne hinzuwirken.

Antrag W7

## **Steuerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland**

(Angenommen), weitergeleitet an Landesvorstand, Bundesparteitag

5 Steuern sind die wichtigste Einnahmequelle eines modernen Staates. Sie werden von allen BürgerInnen erhoben, die einen spezifischen Steuertatbestand erfüllen.

Steuern unterscheiden sich von anderen Abgaben vor allem dadurch, dass ihnen keine direkte Gegenleistung und kein direkter Leistungsanspruch gegenüber stehen. Finanzmittel, die der Staat durch seine Steuererhebung generiert, haben keine Zweckbindung, sondern fließen stets in den allgemeinen Staatshaushalt, wo sie auf die  
10 einzelnen Politikbereiche zugeteilt werden. Grundsätzlich werden Steuern in direkte und indirekte Steuern unterschieden. Bei einer direkten Steuer sind Steuerschuldner und Steuerträger identisch, es findet also keine Übertragung der Steuerlast auf einen Dritten statt. Die wichtigste direkte Steuer ist die Einkommenssteuer. Bei der indirekten Steuer

sind Steuerschuldner und Steuerträger nicht identisch, es findet also eine Übertragung auf  
15 einen Dritten statt. Die wichtigste indirekte Steuer ist die Umsatzsteuer. Das Verhältnis  
zwischen den direkten und indirekten Steuern hat sich in den vergangenen Jahren  
drastisch verschoben.

Bis 1990 machten die direkten Steuern etwa 60 Prozent des Gesamtaufkommens aus.  
20 Damit lagen sie weit vor den indirekten Steuern. Doch seither steigen die  
Verbrauchssteuern stetig und haben die Einkommens- und Unternehmenssteuern überholt.  
Dieser Trend zeigt sich auch in der aktuellen Steuerschätzung für 2010. Die  
Einkommensteuer ist nur noch mit knapp 165 Mrd. Euro kalkuliert. Faktisch dürften die  
Einnahmen sogar weit geringer ausfallen, etwa weil die schwarz-gelben Steuergeschenke  
25 nicht berücksichtigt sind. Die Mehrwertsteuer hingegen soll rund 180 Mrd. Euro  
einbringen. Weitere große Verbrauchsteuern wie die Benzin- oder die Tabaksteuer  
dürften zusätzlich noch einmal mit knapp 60 Mrd. Euro zu Buche schlagen. Diese  
Entwicklung ist sehr bedenklich, da für die indirekten Steuern - anders als beispielsweise  
bei der Einkommenssteuer - keine Progression existiert. Einkommensstarke Personen  
30 werden demnach genauso besteuert wie sozial schwächere Menschen.

Im Jahr 2008 betrug das kumulierte Steueraufkommen von Bund, Ländern und  
Kommunen 561 Mrd. Euro. Hiervon entfielen lediglich 84,2 Mrd. Euro direkt auf den  
Bund, den weitaus größte Anteil von 396,5 Mrd. Euro teilten sich Bund und Länder (sog.  
35 Gemeinschaftssteuern). Das größte Steueraufkommen entfiel auf die beiden  
Gemeinschaftssteuerarten Einkommenssteuer mit 191,2 Mrd. Euro sowie Umsatz- und  
Einfuhrumsatzsteuer mit 176 Mrd. Euro. Diese beiden Steuerarten trug knapp 2/3 zum  
gesamten Steueraufkommen des Staates bei. Zu den wichtigsten Bundessteuern zählen  
vor allem die Energiesteuer mit 39,2 Mrd. Euro, die Tabaksteuer mit 13,6 Mrd. Euro, der  
40 Solidaritätszuschlag mit 13,1 Mrd. Euro sowie die Versicherungssteuer mit 10,5 Mrd.  
Euro. Die wichtigsten Ländersteuern sind die Kraftfahrzeugsteuer mit 8,9 Mrd. Euro  
sowie die Grunderwerbssteuer mit 5,7 Mrd. Euro. Insgesamt betrugen die reinen  
Ländersteuern rund 21,9 Mrd. Euro. Für die Kommunen stellen die Gewerbesteuer mit 14  
Mrd. Euro und die Grundsteuer B mit 10,5 Mrd. Euro die wichtigsten Einnahmequellen  
45 dar.

2008 hat der Bund insgesamt 283,2 Mrd. Euro ausgegeben. Neben Steuereinnahmen und  
Privatisierungserlösen beinhaltet diese Zahl auch 11,9 Mrd. Euro an Neuverschuldung.  
Der weitaus größte Teil des Bundeshaushalts floss in den Bereich Arbeit und Soziales.  
50 Hierzu verwendete der Bund 124 Mrd. Euro bzw. 44% seiner Mittel. Gefolgt wird dieser  
Bereich von den Zahlungen zur Schuldentilgung mit 42,9 Mrd. Euro und Ausgaben zur  
Verteidigung mit 29,5 Mrd. Euro. Den kleinsten Etat erhielt das Bundesjustizministerium  
mit 468 Millionen Euro.

55 Erst ein entsprechend hohes Steueraufkommen ermöglicht es dem Staat, seinen Aufgaben  
in vollem Umfang gerecht zu werden. Nur ein Staat der Steuermittel in entsprechender  
Höhe generiert, kann damit eine nachhaltige und sozialpolitische sinnvolle  
Umverteilungspolitik betreiben. Allerdings werden Steuern in der Öffentlichkeit oft als  
lästig wahrgenommen. Mit Organisationen wie dem „Bund der Steuerzahler“ existieren  
60 sogar Vereinigungen, die offen auf eine Verringerung des Steuernaufkommens hinwirken  
möchten. Weiterhin fordert auf parteipolitischer Ebene beispielsweise die FDP niedrigere  
Steuern und behauptet dies sei ein wichtiger Schritt hin zu einem gerechteren  
Steuersystems. Dabei wird der eigentliche Sinn der Steuererhebung ad absurdum geführt.  
Niedrigere Steuersätze entlasten vor allem die besserverdienende Minderheit der

65 Bevölkerung. Menschen die aufgrund ihres geringeren Einkommens keine oder nur wenig Steuern zahlen, bleiben bei den Vergünstigungen mehr oder weniger komplett außen vor. Im Gegenzug werden sie mit höheren Sozialversicherungsbeiträgen oder neuen Abgaben, wie zum Beispiel den Studiengebühren, überproportional mehr belastet. Ein Steuersystem sollte jedoch immer danach ausgerichtet werden, dass stärkere  
70 Schultern mehr tragen müssen als schwächere. Schon heute zeigt sich hier allerdings ein anderes Bild. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern, das durchschnittlich verdient, liegt die Gesamtbelastung von Steuern und Sozialabgaben bei 45,2 Prozent (Quelle: OECD). Deutschlands Millionäre kommen im Vergleich dazu sehr billig davon. Sie zahlen laut des Statistischen Bundesamts im Schnitt - unter Ausnutzung der Abzugsmöglichkeiten -  
75 rund 36 Prozent Steuern (Basis: Steuererklärung 2005). Die Sozialabgaben der Einkommensmillionäre können bei diesem Vergleich aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen mit ruhigen Gewissen ignoriert werden. Diese Ergebnisse sollten Anlass sein, die Steuerpolitik der Bundesrepublik Deutschland kritisch zu überdenken.

80 Neben dem Ziel, die notwendigen Einnahmen für den Staat zu generieren, hat das Steuersystem im Zusammenspiel mit dem Sozialstaat für uns auch die Aufgabe, die Einkommens- und Vermögensverteilung zu korrigieren und gleicher zu gestalten. Dabei ist eine Korrektur durch staatliche Umverteilung immer die zweite Wahl: Besser ist es,  
85 die Primärverteilung so auszugestalten, dass die Einkommen gleich verteilt sind und eine starke Vermögenskonzentration bei wenigen verhindert wird. Deshalb kämpfen wir für starke Organisationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gerechte Löhne. Soweit eine Korrektur bei der Primärverteilung aber nicht gelingt, ist es notwendig, über die Sekundärverteilung – Steuern und Abgaben einerseits, Sozialtransfers andererseits –  
90 einzugreifen.

Eine gleiche Einkommensverteilung ist dabei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Sie dient auch der ökonomischen Stabilität. Zwar wachsen Staaten mit einer ungleichen Einkommensverteilung phasenweise schneller. Sie sind jedoch auch deutlich anfälliger  
95 für Krisen, die häufig durch eine starke Vermögenskonzentration und eine dadurch bedingte Aufblähung von Finanzmärkten ausgelöst werden. Diese Krisen sorgen dann für erhebliche Rezessionen. Staaten mit einer gleicheren Einkommensverteilung wachsen gleichmäßiger und im Endeffekt nicht langsamer. Es werden Krisen, die ja mit Arbeitslosigkeit einhergehen, vermieden bzw. sie verlaufen zumindest deutlich milder.  
100 Dies liegt auch daran, dass Staaten mit einer gleicheren Einkommensverteilung meist eine stabile inländische Nachfrage aufweisen und daher nicht so anfällig für aus dem Ausland induzierte Konjunkturunbrüche (Exportschocks) sind.

### **Steuersenkungen finanzieren sich nicht von selbst**

105 Bei der immer wiederkehrenden Diskussion um generelle Steuersenkungen, spielt insbesondere die Selbstfinanzierungskraft von Steuersenkungen eine große Rolle. VerfechterInnen von Steuersenkungen führen diese nämlich gerne dafür an, um zu begründen wieso geringere Steuerabgaben sinnvoll und finanzierbar sein sollen.

110 Die Theorie der Selbstfinanzierung stützt sich auf die so genannte Laffer-Kurve, die nach dem US-Ökonomen Arthur Laffer benannt wurde. Die Laffer-Kurve hat die Form eines Hügels, wobei am Gipfel des Hügels der optimale Steuersatz liegt, der die höchsten Steuereinnahmen zur Folge hat. Doch schon alleine bei der Berechnung dieses Punktes  
115 scheiden sich unter den BefürworterInnen des Modells die Geister. Auch geht Laffer

davon aus, dass das zusätzlich verfügbare Einkommen investiert wird. Was geschieht jedoch, wenn dieses Geld auf den Bankkonten landet? Darauf geben die Theorien von Laffer keine Antwort.

120 Nichtsdestotrotz führen die AnhängerInnen der Laffer-Theorie gerne die gute  
konjunkturelle Entwicklung in den USA unter Präsident Ronald Reagan in den 80er-  
Jahren an. In dieser Zeit senkte Reagan radikal viele Steuern, die er als zu hoch empfand.  
Dabei vergessen sie allerdings, dass Reagan gleichzeitig die staatlichen Ausgaben - vor  
125 Staatshaushalt, sodass die Steuern später sogar noch drastischer angehoben werden  
müssen.

Bleibt weiterhin die Frage nach der tatsächlichen Selbstfinanzierungskraft von  
Steuersenkungen. Laut dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)  
130 finanzieren sich Steuererleichterungen heute höchstens zu 20 Prozent selbst. In der  
Zukunft sollen es laut IMK noch weniger werden. Der Grund dafür ist die beschlossene  
Schuldenbremse, die die Verschuldung ab 2016 deutlich begrenzen soll. In einem solchen  
finanzpolitischen Umfeld hätten Steuersenkungen sogar einen negativen Effekt auf das  
Wachstum, weil der Staat gezwungen ist, seine eigenen Investitionen drastisch  
135 zurückzufahren.

Daher sind Steuersenkungen, wie von der schwarz-gelben Bundesregierung geplant,  
abzulehnen. Vielmehr muss das komplette Steuersystem als Ganzes betrachtet werden -  
nur daran lassen sich Handlungsansätze für ein zukunftsfähiges Steuerkonzept ableiten.  
140 Bei diesem Konzept müssen ein handlungsfähiger Staat sowie mehr soziale Gerechtigkeit  
uneingeschränkt im Vordergrund stehen. „Ferner muss eine gerechte  
Unternehmenssteuerreform ein dringender Bestandteil eines Handlungsansatzes für ein  
zukunftsfähiges Steuerkonzept sein, denn weitere Steuergeschenke und Entlastungen an  
Unternehmen ziehen nicht zwangsweise den Schutz vor Entlassungen oder  
145 wirtschaftlichen Aufschwung nach sich.“

### **Ein gerechtes System für die Einkommenssteuer**

Schwarz-Gelb hat angekündigt, die Einkommenssteuer mit Beginn des Jahres 2011 vom  
150 bisherigen progressiven Verlauf auf einen Stufentarif umstellen zu wollen. Weitere  
Details zur Ausgestaltung, insbesondere zur Zahl, Breite und Höhe der Stufen, sind bisher  
nicht bekannt.

Wir lehnen einen solchen Stufentarif – genauso wie einen konstant-linearen Tarif –  
155 entschieden ab. Eine Umstellung auf einen derartigen Tarifverlauf entlastet notwendig die  
Einkommen stark, die sich am oberen Ende einer Stufe befinden, während die  
Einkommen am unteren Ende einer Stufe gar nicht bzw. – Einnahme-Neutralität oder  
geringes Entlastungsvolumen vorausgesetzt – sogar stärker belastet werden. Dies ist  
zwingend, da die Differenz der Grenzsteuersätze zwischen dem progressiven  
160 Kurvenverlauf und einem (innerhalb einer Stufe) konstanten Tarif mit steigendem  
Einkommen größer wird; daraus folgt die größere Entlastungswirkung.

Wir halten an einem progressiven Steuertarif fest. Denn dieser stellt eine Besteuerung  
nach Leistungsfähigkeit dar. Je größer das Einkommen ist, desto mehr Anteil des  
165 Einkommens kann auch dem Staat zur Verfügung gestellt werden. Der progressive

Steuerverlauf leistet außerdem einen Beitrag dazu, eine zunehmend ungleiche Einkommensverteilung teilweise zu korrigieren. Außerdem wirkt er als automatischer Stabilisator: In Konjunkturaufschwüngen mit Lohnsteigerungen wird ein Teil der  
170 Lohnsteigerungen absorbiert, in Abschwüngen mit Lohneinbußen wird das verfügbare Einkommen der Haushalte und damit der Konsum stabilisiert. Auch deshalb ist der progressive Tarif unverzichtbar.

Auch wir fordern allerdings Reformen im Bereich der Einkommenssteuer. Der  
175 progressive Steuerverlauf muss wieder für alle Einkommensarten gelten. Mit der Einführung der Abgeltungssteuer ist ein erheblicher Bruch in der Steuersystematik erfolgt, der die Bezieherinnen und Bezieher von hohen Kapitaleinkommen massiv entlastet hat. Künftig müssen Kapitaleinkünfte wieder dem regulären Steuertarif unterliegen. „Aus diesem Grund fordern wir, dass die Höhe der Abschlagssteuer  
180 (Abgeltungssteuer) für Kapitalerträge auf den Prozentsatz des Spitzensteuersatzes angehoben wird. Die Abschlagssteuer wird direkt von den Banken an das Finanzamt abgeführt. Die SteuerzahlerInnen haben dann über ihre individuelle Steuererklärung die Möglichkeit, die zuviel bezahlten Steuern erstattet zu bekommen.“

185 Der Tarifverlauf soll gestreckt werden. Durch die massiven Absenkungen des Spitzensteuersatzes leider auch unter rot-grün ist das Ende der Progression derzeit bereits bei einem vergleichsweise geringen Jahreseinkommen von 52.551 Euro erreicht; es folgen dann nochmals zwei Sprungstellen, bei denen die Grenzsteuerbelastung steigt. Die Progressionszone soll verlängert werden, der Spitzensteuersatz muss mindestens 50  
190 Prozent betragen und über die Progression erreicht werden. Die Mehreinnahmen, die sich aus der Verlängerung der Progressionszone ergeben, sollen genutzt werden, um die starke Progression im Bereich niedriger Einkommen („Mittelstandsbauch“) abzuflachen, so dass sich eine konstante Progression ergibt. Soweit dann immer noch Mehreinnahmen anfallen, soll die gesamte Progressionszone gestreckt werden.

195 Um die „kalte Progression“ zu vermeiden, ist eine Koppelung der Grenzen im Tarifverlauf an die Inflationsrate zu überprüfen. Eine Kopplung an die Lohnentwicklung – wie häufig gefordert – würde dagegen die Wirkung der progressiven Einkommenssteuer als automatischer Stabilisator vermindern.

200 Wir wollen nach wie vor das Ehegattensplitting abschaffen. Es bevorteilt Einverdiener-Ehen und benachteiligt damit insbesondere Frauen; es stellt außerdem eine einseitige Subvention der Beziehungsform „Ehe“ dar. In Ehen soll die individuelle Besteuerung beider Ehepartner gelten.

205 Der bisherige Kinderfreibetrag soll mit dem Grundfreibetrag der Kinder zu einem Kindergrundfreibetrag zusammengeführt werden. Hierbei wird der Teil des Grundfreibetrags des Kindes, der nicht durch Einkommen des Kindes ausgeschöpft wird, auf die Eltern übertragen. Damit wird die Möglichkeit, Einkommen der Eltern auf die  
210 Kinder zu übertragen, deutlich reduziert (was insbesondere bei hohen Kapitaleinkommen bisher „rentabel“ ist).

Im Zuge einer Reform der Einkommenssteuer müssen auch die Steuerabzüge und Freibeträge überprüft werden. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass insbesondere die  
215 abhängig Beschäftigten nicht mehr belastet werden.



Deshalb lehnen wir beispielsweise die Streichung der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen ab. Zwar handelt es sich hierbei um eine nicht erwünschte Subvention von ArbeitgeberInnen, die Arbeit zu diesen Zeiten anordnen. Bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage ist aber nicht erkennbar, dass es den ArbeitnehmerInnen gelingen könnte, nach einer Abschaffung der Steuerfreiheit die notwendigen Erhöhungen der Zuschläge durchzusetzen, die ihnen ein konstantes Nettoeinkommen garantieren. Daher würde eine solche Streichung die ArbeitnehmerInnen stärker belasten und ist abzulehnen.

Auch die Streichung der Entfernungspauschale lehnen wir ab. Zwar fördert diese auch die Zersiedlung, indem sie die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort subventioniert. Dies kann aber nicht durch Kürzung der Entfernungspauschale ausgeglichen werden, sondern nur durch eine Strukturpolitik, die Arbeitsplätze an den Wohnorten der Menschen schafft. Eine Abschaffung der Entfernungspauschale dagegen bestraft jene, die aufgrund der derzeitigen Strukturpolitik zum Pendeln gezwungen sind.

Wo immer möglich, ist die Abzugsfähigkeit bestimmter Beträge von der Steuerschuld gegenüber der Abzugsfähigkeit vom zu versteuernden Einkommen zu bevorzugen. Dies verringert die Bevorzugung von Bezieherinnen und Beziehern höherer Einkommen, die bei einer Abzugsfähigkeit vom zu versteuernden Einkommen zusätzlich vom niedrigeren Grenzsteuersatz profitieren. Dies gilt z.B. bei der Abzugsfähigkeit von Sozialversicherungsbeiträgen bzw. den entsprechenden privaten Versicherungen oder der Förderung der privaten Altersvorsorge (Riester-Rente).

### **Umsatzsteuern und Verbrauchsteuern**

In den letzten Jahren ist die Umsatzsteuer zunehmend zur „Ersatzsteuer“ geworden, die regelmäßig erhöht wurde, wenn dem Staat Einnahmen fehlten, oft wegen Senkungen bei den Einkommens- und Unternehmenssteuern. Binnen 20 Jahren ist der reguläre Satz der Umsatzsteuer so von 14 Prozent auf mittlerweile 19 Prozent gestiegen.

Wie alle Verbrauchssteuern wirkt auch die Umsatzsteuer regressiv. Mit zunehmender Höhe des Einkommens nimmt der Konsum relativ ab, entsprechend sinkt auch die proportionale Belastung durch Verbrauchssteuern. Dieser Effekt wird auch nicht dadurch beseitigt, dass sich mit steigendem Einkommen der Konsum zunehmend zu Gütern verlagert, die dem regulären Umsatzsteuersatz unterliegen, während bei niedrigerem Einkommen stärker Güter aus dem Bereich des ermäßigten Satzes konsumiert werden. Der regressive Effekt bleibt. Deshalb ist für uns Jusos die Umsatzsteuer keine geeignete Steuer, um die Finanzprobleme des Staates zu lösen.

Statt, wie dies unter schwarz-gelb absehbar ist, die Umsatzsteuer immer weiter zu erhöhen, fordern wir mittelfristig eine Senkung der Sätze. Für eine sozial gerechte Steuerpolitik muss der Staat wieder überwiegend aus Einkommens-, Unternehmens- und Vermögenssteuern finanziert werden, die an der Leistungsfähigkeit und nicht am notwendigen Konsum ansetzen.

Über die Jahrzehnte ist die Abgrenzung zwischen dem regulären und dem ermäßigten Steuersatz zunehmend willkürlich geworden und kaum noch nachvollziehbar. Schwarz-Gelb hat mit der Zuordnung von Hotel-Übernachtungen zum ermäßigten Steuersatz die Intransparenz noch verstärkt. Die willkürliche Abgrenzung führt zu Marktverzerrungen

- und lädt auch zu – oft auch unfreiwilligem – Steuerbetrug ein, z.B. wenn in einer  
270 Bäckerei beim belegten Brötchen zwischen dem Verzehr in der Bäckerei (regulärer Tarif)  
und dem Verzehr außerhalb der Bäckerei (ermäßigter Tarif) unterschieden werden muss,  
oder wenn Milch und Milchmixgetränke dem ermäßigten Satz unterliegen, andere  
Getränke aber dem regulären Satz.
- 275 Dieser Wildwuchs muss durch eine Strukturreform bereinigt werden. Alle Waren, die  
zum täglichen Bedarf gehören sollen dem ermäßigten Tarif unterliegen, alle anderen  
Artikel dem regulären Tarif. Für Abgrenzungsprobleme (z.B. bei der Gastronomie) muss  
eine transparente Regelung gefunden werden.
- 280 Ähnliche wie die Umsatzsteuer sind auch andere weiteren Verbrauchsteuern, wie die  
Mineralöl- oder die Tabaksteuer, bei staatlichen Einnahmeproblemen regelmäßig erhöht  
worden. Bei diesen beiden Steuern häufig auch deshalb, weil ihre Anpassung nicht der  
Zustimmung des Bundesrates bedarf.
- 285 Einige dieser Steuern dienen ausdrücklich neben der Einnahmeerzielung auch  
Steuerungszwecken. Dies ist in Einzelfällen auch erfolgreich. Meist sind aber  
ordnungspolitische Beschränkungen (z.B. Vorschriften für den Kraftstoffverbrauch bei  
Neufahrzeugen) oder die Förderung von Alternativen (z.B. des öffentlichen Nahverkehrs)  
290 bei der Steuerung deutlich effektiver als eine Verbrauchsteuer (im Beispiel die  
Mineralölsteuer). Zusätzlich wirken diese Maßnahmen, anders als die Verbrauchsteuern,  
meistens nicht oder zumindest nicht so stark sozial regressiv. Steuern sollten daher nur  
dort zu Steuerungszwecken eingesetzt sind, wo andere, sozial ausgewogenere Mittel  
(Ordnungspolitische Maßnahmen oder direkte Subventionen) nicht zur Verfügung stehen.
- 295 Wir sprechen uns grundsätzlich gegen weitere Erhöhungen bei den Verbrauchsteuern aus.  
Auch hier ist im Gegenteil wie bei der Umsatzsteuer zu prüfen, ob die Steuern nicht  
gesenkt und über die Vermögens-, Einkommens- und Unternehmenssteuern refinanziert  
werden können. Die Steuerungswirkung sollte soweit möglich über Ordnungspolitik und  
Förderung von Substituten erfolgen.

300

### **Besteuerung der Finanzprodukte**

- Im Jahre 1991 wurde in Deutschland die Börsenumsatzsteuer abgeschafft. Die damalige  
Regierungskoalition aus Union und FDP folgte damit blindlings der in Europa  
305 vorherrschenden Meinung, dass nur gering oder gar nicht besteuerte Finanzmärkte eine  
wachsende Wirtschaft ermöglichen. Auch das Platzen der New Economy-  
Spekulationsblase (Dotcom-Blase) im Jahr 2000 änderte bei vielen BefürworterInnen  
einer neoliberalen Wirtschaftspolitik nichts an ihrer Einstellung. Schließlich kam es im  
Jahr 2007 zur so genannten US-Immobilienkrise (Subprimekrise), die immer höhere  
310 Wellen schlug. Trotz milliardenschwerer Banken-Rettungsmaßnahmen erreichte die  
Finanzkrise Ende des Jahres 2008 die Realwirtschaft. Dort sorgte die Krise für eine  
drastische Rezession, die erneut mit riesigen staatlichen Ausgaben bekämpft wurde. Zwar  
ist die Krise noch nicht vorbei, doch hat es den Anschein, als sei das Casino an den  
Börsen bereits wieder eröffnet. Wirkungsvolle Maßnahmen zur Finanzierung der  
315 aktuellen Krise und zur Vermeidung Künftiger sucht man leider vergebens. Das darf  
nicht so bleiben! Neben den ordnungspolitischen müssen auch steuerpolitische  
Maßnahmen ergriffen werden.

320 Deshalb fordern wir die schnellstmögliche Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) zwischen 0,05 % und 0,10 % auf alle Spot- und Derivattransaktionen (Handel mit Devisen, Aktien und Anleihen sowie mit Derivaten, die sich auf Devisen, Aktien, Anleihen und Rohstoffe beziehen) auf organisierten Börsen. Zusätzlich sollen von einer FTS auch alle außerbörslichen Transaktionen – so genannte Over-the-Counter-  
325 Transaktionen (OTC) – erfasst werden. Ein Steuersatz von nur 0,1% auf alle über die Börse und außerbörslich gehandelten Spot-Transaktionen (Aktien, Anleihen) und Derivat-Transaktionen (Aktienindizes, Zinsinstrumente) würde – sehr konservativ gerechnet – zu Mehreinnahmen für den deutschen Fiskus von rund 13,5 Milliarden Euro führen (Quelle: DGB Bundesvorstand). Nachdem auch Devisengeschäfte – also  
330 Geschäfte mit Währungen – erfasst werden sollen, ist eine Einführung auf nationalstaatlicher Ebene weniger sinnvoll. Daher müssen wir darauf hinarbeiten, dass die Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene, besser noch auf globaler Ebene, eingeführt wird. Doch die internationalen Verhandlungen dürfen kein Argument dafür sein, auf nationalstaatlicher Ebene nichts zu unternehmen.

335 Aus diesem Grund fordern wir die sofortige Einführung einer nationalen Börsenumsatzsteuer. Nachdem durch eine Börsenumsatzsteuer lediglich die an der Börse gehandelten Wertpapiere (Aktien, Anleihen) erfasst werden, muss sie durch eine Finanzprodukte-Steuer ergänzt werden. Die Finanzprodukte-Steuer erreicht auch  
340 außerbörsliche Geschäfte und Finanzderivate. Devisengeschäfte werden leider nicht erfasst, was allerdings dazu führt, dass beide Steuern problemlos auf nationalstaatlicher Ebene zu realisieren sind. Im Hinblick auf die Höhe dieser Steuern muss zwischen verschiedenen Produktformen unterschieden werden. Ein möglicher Rahmen liegt zwischen 0,01 % und 0,5 %. Das Argument nationalstaatliche Besteuerungen würden zu  
345 wirtschaftlich schädlichen Verlagerungen der Transaktionen führen, weißt Prof. Dr. Spahn, Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Hohenheim, in seiner Studie für das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als überzogen zurück. London ist wohl der beste Beweis dafür: Trotz einer Transaktionssteuer ist es noch vor New York der weltweit größte Finanzplatz.

350 Es wird höchste Zeit für eine konsequente Besteuerung der Finanzmärkte. Denn neben den bereits erwähnten Mehreinnahmen für den Staatshaushalt würden auch kurzfristige Spekulationen (z. B. Daytrading), die keinen Bezug zur Realität haben, deutlich an Attraktivität verlieren. PrivatanlegerInnen, die in der Regel einen viel längeren  
355 Anlagehorizont besitzen, werden von dieser Steuer nahezu nicht belastet, da sie nicht andauernd Käufe und Verkäufe tätigen. Im Gegenteil: Auch sie profitieren davon, dass die Finanzmärkte deutlich stabilisiert werden und somit ihr Geld wesentlich sicherer wird. Zwar argumentieren GegnerInnen einer Finanztransaktionssteuer, dass die Reduktion der Liquidität in den Finanzmärkten kurzfristig zu Instabilitäten führen könnte.  
360 Jedoch haben diejenigen, die so argumentieren, nicht die langfristigen Effekte einer FTS untersucht. Nach Studien des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) würde die FTS langfristig stabilisierend wirken. Technisch ist die Einführung im Zeitalter von elektronischen, standardisierten und sehr zentralisierten Handelssystemen ebenfalls kein Problem.

365 **Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer**

Bei der Erbschafts- und Vermögenssteuer geht es vor allem darum, wieder ein Stück mehr an Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Bekanntlich verfügen gerade einmal ein  
370 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung über 25 Prozent des Geldvermögens. Vor

allem dieser Personenkreis wird von der Erbschafts- und Vermögenssteuer getroffen.

Bei der Erbschafts- und Vermögenssteuer gibt es keine negativen Auswirkungen auf die Konjunktur. Die Reichen sollen hierdurch einen höheren Beitrag leisten. Mit z.B. einem  
375 Freibetrag von 500.000 Euro trifft diese Steuer die Masse der Bevölkerung nicht. Der Massenkonsum wird nicht beschnitten.

Allerdings kann mit aufgrund dieser Steuern besser ausgestatteten öffentlichen Haushalten die Binnennachfrage gestützt werden. Weitere nachfrageschwächende  
380 Ausgabekürzungen können vermieden und die Investitionen gesteigert werden.

Eine Einführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer sind konjunkturpolitisch geboten, da sie zu Mehreinnahmen von etwa 20 Milliarden Euro führen könnten.  
385

Schwarz- Gelb beabsichtigt eine Regionalisierung der Erbschaftssteuer. Eine solche Regionalisierung würde die Kluft zwischen reichen und ärmeren Bundesländern weiter vertiefen, da es sich z. B. ein Bundesland wie Bayern leisten könnte, auf die Erbschaftssteuer zu verzichten. Dies hätte zur Folge, dass sich Unternehmen vorwiegend  
390 in Ländern ansiedeln würden, die keine Erbschaftssteuer erheben. Eine solche Entwicklung stünde im Widerspruch zum verfassungsrechtlichen Gebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, ebenso im Widerspruch zum Gleichbehandlungsgrundsatz aus Artikel 3 GG.

395 Vielmehr ist darauf hinzuwirken, dass die Erbschaftssteuer dahingehend ausgestaltet wird, dass sie im ganzen Bundesgebiet einheitlich zu Mehreinnahmen führt. Die Erbschaftssteuer besitzt alle Vorteile einer Vermögenssteuer, ohne einen direkten Eingriff in das verfassungsrechtlich geschützte Eigentum darzustellen. Dies wird damit begründet, dass das zu besteuerte Vermögen nicht mehr im Eigentum des Erblassers steht, aber  
400 aufgrund der sechswöchigen Frist, in der das Erbe ausgeschlagen werden kann, auch noch nicht endgültig zur freien Verfügung des Erben steht, bzw. vor Eintritt des Erbfalls nicht gestanden hat.

Darüber hinaus ist die Ungleichbehandlung von Erbschaft gegenüber anderen  
405 Einkunftsarten, vor allem des Lohn Einkommens, abzuschaffen. Die Erbschaft wäre somit langfristig der Einkommenssteuer zu unterwerfen.

Allein die korrekte Bewertung von Immobilienvermögen und der Abbau der übermäßigen Begünstigung von Betriebsvermögen könnte bei einem Freibetrag von 250.000 € fast 3,6  
410 Milliarden EUR neue Steuern bringen.

Schwarz-Gelb plant, die zehnjährige Fortführungsregel von Betrieben bei Betriebsübergaben erheblich zu verkürzen. Derzeit muss ein Betrieb zehn Jahre nach der Übergabe weitergeführt werden, da ansonsten die Schenkungssteuer fällig wird.  
415

Zwar wäre eine solche Verkürzung eine große Erleichterung für kleine landwirtschaftliche Familienbetriebe, da diese von der nachfolgenden Generation oft nicht aufgrund des ländlichen Strukturwandels fortgeführt werden können, sondern nur als Wohneigentum weiter genutzt werden. Auch können solche Betriebe nicht so einfach  
420 verkauft werden, da sie meist in strukturschwachen Regionen liegen, in denen die

Nachfrage nach Bauland eher gering ist.

Allerdings ist für Familienbetriebe im Handwerk oder im Gewerbe mit mehreren  
425 Angestellten eine solche Verkürzung bzw. Streichung der Fortführungsfrist abzulehnen.  
Daher fordern wir keine einheitliche Verkürzung, sondern eine differenziertere Regelung  
als bisher. Außerdem ist vor dem Hintergrund der Veränderung der familiären Strukturen  
die Behandlung der Verwandtschaftsgrade neu zu überdenken. Angesichts der Zunahme  
von Patchwork- Familien sind für nicht leibliche Kinder die günstigeren Steuersätze wie  
430 für eigene Kinder einzuführen, wenn z.B. der Erblasser von nicht leiblichen Kindern  
gepflegt wurde. Besonders bei minderjährigen Kindern, die zwar im Haushalt leben, aber  
ohne Einverständnis des getrennt lebenden Elternteils auch nicht adoptiert werden  
können, ist an eine Neuregelung zu denken.

435 Wir fordern eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die SPD setzt sich für eine  
Wiedererhebung einer Vermögenssteuer auf privates Vermögen zur Erreichung eines  
Steuervolumens von mind. 20 Mrd. Euro jährlich ein. Diese Vermögenssteuer auf  
privates Vermögen, die nach den Regeln der Verfassung den Länder zusteht, ist  
zweckbestimmt für Investitionen in Schulen und Bildung, dieses sind u.a. für  
440 Kinderbetreuung, Schule, Berufsschule, Hochschule zu verwenden. Die Vermögenssteuer  
ist so zu gestalten, dass sie die oberen 5 % der Vermögenden trifft. Das selbstgenutzte  
Wohneigentum ist frei zu stellen.

Die Vermögenssteuer wird seit dem 1. Januar 1997 nicht mehr erhoben. 1995 hatte das  
445 Bundesverfassungsgericht die unterschiedliche Bewertung von Immobilien- und  
Geldvermögen als verfassungswidrig eingestuft. Immobilienvermögen wurde steuerlich  
bevorzugt, weil als Bemessungsgrundlage nicht die aktuellen Verkehrswerte, sondern  
lediglich sogenannte Einheitswerte herangezogen wurden, die auf das Jahr 1964  
zurückgingen und nur einen Bruchteil der aktuellen Werte erfassten. Laut  
450 Bundesverfassungsgericht hätte diese Ungleichbehandlung für die weitere  
Steuererhebung bis Ende 1996 beseitigt werden müssen. Stattdessen hat der Gesetzgeber  
die Erhebung der Vermögenssteuer bis auf weiteres ausgesetzt.

Festzuhalten ist jedoch, dass das Bundesverfassungsgericht nicht die Vermögenssteuer als  
455 solche, sondern nur ihre damalige Ausgestaltung als verfassungswidrig eingestuft hat.

Auch der Einwand, dass die Vermögenssteuer gegen den Halbteilungsgrundsatz verstoße,  
kann nicht greifen. Im Urteil zur Vermögenssteuer wurde formuliert, dass die steuerliche  
Gesamtbelastung der Erträge in der Nähe einer hälftigen Teilung zwischen privater und  
460 öffentlicher Hand bleiben sollte. Allerdings war dies nicht der Grund für die  
Verfassungswidrigkeit der damaligen Vermögenssteuer, sondern die im Widerspruch  
zum Gleichheitsgrundsatz stehende Unterbewertung und die damit zu niedere  
Besteuerung des Grundvermögens.

465 Der Halbteilungsgrundsatz ist in der Rechtslehre umstritten. Selbst in wichtigen  
Kommentaren ist die juristische Haltbarkeit des Halbteilungsgrundsatzes bestritten  
worden. Offensichtlich wird auf die effektive Durchschnittsbelastung des ökonomischen  
Gewinns oder Ertrags abgestellt, nicht auf die nominelle Grenzbelastung.

470 Aufgrund der massiven Untererfassung der Erträge aus Vermögen, vielfältiger  
Freibeträge, abziehbarer Aufwendungen und sonstigen Entlastungen dürfte bisher in

kaum einem Fall die Gesamtbelastung in die Nähe bzw. über 50 % gekommen sein. Folglich ist bei einem niedrigen Spitzensteuersatz der Spielraum für eine zusätzliche  
475 Vermögenssteuerbelastung umso größer, selbst wenn eine Gültigkeit des  
Halbteilungsgrundsatzes angenommen wird.

Auch ist der Verwaltungsaufwand zur Umsetzung der Vermögenssteuer hinnehmbar. Die Erhebungskosten beliefen sich Mitte der 90er Jahre auf 5,5 %.  
480

Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine Reform der Erbschaftssteuer ist vor dem Hintergrund der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich längst überfällig.

Ferner fordern die Jusos Bayern die Bundesrepublik Deutschland auf, die Personaldecke  
485 in den Finanzämtern zu verbessern, mehr junge Leute auszubilden, mehr  
ArbeitnehmerInnen in den Dienst an Finanzämtern zu übernehmen, um die vollständige, flächendeckende Erhebung der einzelnen Steuern auf die verschiedenen Einkunftsarten zu gewährleisten. Es ist nicht hinnehmbar, dass wegen fehlender MitarbeiterInnen in der Steuerfahndung und der Betriebsprüfung organisierte Steuerungerechtigkeit akzeptiert  
490 wird.

### **Gemeindefinanzen**

Starke Kommunen brauchen eigenständige Finanzquellen. Deshalb lehnen wir die Pläne der schwarz-gelben Koalition ab, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch Zuschläge auf die Einkommens- und die Körperschaftssteuer zu ersetzen. Derartige Zuschläge würden vor allem die Finanzsituation der Großstädte und Oberzentren weiter schwächen: Da sie viel Infrastruktur vorhalten müssen, wären dort die Zuschläge höher. Dies hätte aber zur Folge, dass verstärkt Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen in die Umlandgemeinden ziehen würden, wo die Sätze niedriger sind, da dort auch weniger Infrastruktur vorgehalten wird. Dadurch drohen ein Steuerwettbewerb und ein finanzielles Ausbluten der Oberzentren. Die Gewerbesteuer dagegen knüpft an das Vorhandensein von Arbeitsplätzen an, die zumeist in den Oberzentren angesiedelt sind.

Die Politik der vergangenen Jahre hat die Finanzsituation der Kommunen nicht gestärkt, sondern zunehmend geschwächt. Während vermehrt Aufgaben auf die Kommunen übertragen wurden, sind die kommunalen Einnahmen durch diverse Reformen der Unternehmenssteuern, Veränderungen der Gewerbesteuerumlage und einen in Bayern drastisch unterfinanzierten kommunalen Finanzausgleich zurückgegangen und im Verlauf der Konjunktur stark schwankend. Die eigenständige Finanzierung der Kommunen wird zunehmend von einem Zuschusswesen abgelöst, die die Kommunen von eigenständigen politischen Einheiten zu Bittstellern gegenüber Land und Bund werden lässt.

Daher müssen die eigenständigen kommunalen Finanzen gestärkt werden. Die Gewerbesteuer muss, statt abgeschafft zu werden, weiter ausgebaut werden. Dies ist unter rot-grün schon in leider zu geringem Umfang durch die (anteilige) Hinzurechnung von Fremdkapitalzinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren zum Unternehmensgewinn gelungen. Derartige Faktoren, die die Gewerbesteuer weniger manipulationsanfällig und weniger konjunkturabhängig werden lassen, müssen ausgebaut werden. Dies belastet auch nicht die kleineren Betriebe. Soweit diese als Personengesellschaften geführt werden, kann die Gewerbesteuer weitgehend auf die Einkommenssteuer angerechnet werden, wodurch die gesamte Steuerbelastung

weitgehend konstant bleibt. Mittelfristig soll die Gewerbesteuer durch Einbeziehung auch der Lohnsummen sowie der Freiberuflerinnen und Freiberufler zu einer kommunalen Wertschöpfungssteuer weiterentwickelt werden.

Antrag W8

## **Zur Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

I) Die BayernSPD fordert die SPD und die Fraktionen in Bundestag, Landtagen und  
5 Kommunalparlamenten auf, ein Konzept eines öffentlichen Beschäftigungssektors für  
Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderung zu entwickeln und auf die Umsetzung  
desselben hinzuarbeiten. Dieser Öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) soll unseren  
Anforderungen an Gute Arbeit (vor allem Mindestlohn, Mitbestimmung,  
Sozialversicherungspflicht) gerecht werden. Der ÖBS erfüllt die Kriterien der  
10 Gemeinwohlorientierung, der Freiwilligkeit und gefährdet keine bestehenden  
Beschäftigungsverhältnisse. Er ist als neu geschaffene Arbeitsstelle zusätzlich und ersetzt  
dadurch keine bisher bestehenden Beschäftigungsverhältnisse.

II) Die Finanzierung erfolgt über die Bündelung der bisherigen gesamtstaatlichen  
15 Ausgaben für Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderung. Die Einbeziehung  
weiterer Fördermittel, z.B. aus dem Europäischen Sozialfonds wird überprüft. Dies  
geschieht in der Überzeugung, dass es humaner, effektiver und effizienter ist, sinnvolle  
und anspruchsvolle Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Zur Schließung  
etwaiger Finanzierungslücken sind Fördermittel bereitzustellen, die von kommunalen  
20 Beschäftigungsprojekten abrufbar sind.

III) Träger öffentlich geförderter Beschäftigung sind die Kommune selbst oder  
gemeinnützige Einrichtungen (Wohlfahrtsverbände, Sozialverbände, Vereine,  
Bürgerinitiativen), die selbstständig über die Form und Organisation der von ihrem  
25 Beschäftigungsprojekt erbrachten Dienstleistungen entscheiden. Es besteht  
Rechenschaftspflicht gegenüber einem regionalen Gremium aus Gewerkschaften,  
Arbeitgebern und Kommune, dieses ist Organisator und Koordinator von  
Beschäftigungsprojekten. Profitorientierte Einrichtungen kommen wegen drohender  
Mitnahme- und Verdrängungseffekte nicht als Träger in Frage.

30

Antrag W9

## **Gute Arbeit sichern**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundes-SPD werden aufgefordert, ein Programm  
„Gute Arbeit“ zu entwickeln und umzusetzen, das Forschungs-, Arbeits-, Bildungs- und  
5 Wirtschaftspolitik eng miteinander verzahnt.

Gute Arbeit heißt: Zahlung fairer Löhne, Abschaffung prekärer Beschäftigung, Stärkung der Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Sicherung der Arbeitnehmerrechte, Entwicklung von Humanisierungsstrategien zur  
10 Arbeitsplatzgestaltung, sowie eine progressive und innovative Arbeitsförderung. Dies beinhaltet insbesondere:

#### 1. Begrenzung der Leiharbeit:

- 15
- zeitliche Begrenzung: Leiharbeit darf lediglich ein Mittel sein, um auf Arbeitsspitzen reagieren zu können
  - Begrenzung der Anzahl der beschäftigten Leiharbeiter in einem Betrieb auf maximal 5 % der Stammebelegschaft.
  - Wiedereinführung des Synchronverbots (Verbot der Befristung der
- 20
- Arbeitsverhältnisse bei der Leihfirma auf die Dauer des Einsatzes beim Entleiher)
  - gleicher Lohn für gleiche Arbeit

#### 2. Gerechter Lohn:

- 25
- Unser Ziel bleibt der gesetzliche flächendeckende Mindestlohn.
  - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen
  - Sicherung der Tarifautonomie und der Flächentarifverträge.
  - Veränderung der Zumutbarkeitsregelung im SGB II. Diese ist mit ursächlich für die massive Ausbreitung des Niedriglohnssektors. Zumutbar dürfen nur Tätigkeiten
- 30
- sein, die nach Tarif oder ortsüblichem Lohn bezahlt werden.
  - Tariftreue gesetzlich sichern – Bundestariftreuegesetz beschließen.

#### 3. Sichere Arbeitsplätze:

- 35
- Abschaffung befristeter Beschäftigung ohne Sachgrund
  - Sozialversicherungspflicht auch für geringfügige Beschäftigung
  - gesetzliche Abgrenzung von Praktika zu Arbeitsverhältnissen
  - Entscheidungen zu Standortverlagerungen müssen als zustimmungsbedürftiges Geschäft, das eine Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat erfordert, verbindlich für
- 40
- alle Kapitalgesellschaften geregelt werden
  - Entwicklung und Umsetzung von Humanisierungsstandards für die Qualität der Arbeitsbedingungen
  - Erhalt des gesetzlichen Kündigungsschutzes
  - eine alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung; hierzu gehören insbesondere die
- 45
- Wiedereinführung der geförderten Altersteilzeit und die Abschaffung der Rente mit 67
  - Förderung einer auf Kollegialität beruhenden Arbeitskultur

#### 4. Mehr Mitbestimmung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte:

- 50
- Entscheidungsbefugte Ausschüsse des Aufsichtsrates sollen paritätisch zusammengesetzt sein.
  - Ausdehnung der Mitbestimmung in Deutschland auf Auslandsgesellschaften mit inländischem Verwaltungssitz.
- 55
- Einbeziehung von im Ausland beschäftigten Belegschaften in die Vertretung im Aufsichtsrat.



- Leiharbeiter müssen bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die Schwellenwerte mitgezählt werden.
- 60 • Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats für Leiharbeiter in den Einsatzbetrieben.
- Ausbau des bestehenden Vorschlags- und Beratungsrechts zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung durch ein generelles Initiativrecht auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungsmaßnahmen.
- 65 • Schärfere Sanktionierung der Behinderung von Betriebsräten.
- Arbeitnehmerdatenschutzgesetz
- Analog der verbindlichen Festschreibung einer Mindestvertretung beider Geschlechter im Betriebsrat soll eine solche Mindestvertretung auch in den Aufsichtsräten der Unternehmen festgeschrieben werden.
- Entwicklung der systematischen Weiterbildung als 4. Säule im Bildungssystem
- Sicherung des Prinzips Ein Betrieb, eine Branche, ein Tarifvertrag durch eine gesetzliche Korrektur der möglichen Auswirkungen der jüngsten Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.

# Soziales

Antrag S1

## Gut und sicher leben - auch im Alter

(Angenommen)

Die SPD hat bei den Bundestagswahlen 2009 eine schwere Wahlniederlage hinnehmen müssen. Eine zentrale Ursache ist der massive Vertrauensverlust der Menschen in dem sozialdemokratischen Kompetenzfeld der Sozialpolitik. Dies gilt besonders für die Alterssicherungspolitik. Zielsetzung einer inhaltlichen Neuorientierung der SPD muss daher auch die Bewertung der rentenpolitischen Maßnahmen der Vergangenheit, kurzfristige Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut und die Erarbeitung einer Konzeption für die langfristige finanzielle Stabilisierung der Rentenversicherung mit einer gerechten Verteilung der Lasten sein.

### **I. Bestandsaufnahme – Paradigmenwechsel von der Lebensstandardsicherung zur Beitragssatzsicherung**

#### **15 1. Ursachen der Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung**

In der öffentlichen Diskussion werden die Probleme der Finanzierung der Rentenversicherung überwiegend mit dem demographischen Wandel in Zusammenhang gebracht. Die Hauptursachen der Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung waren in den letzten Jahren und auch in näherer Zukunft nicht demographischer Natur, sondern sind überwiegend politisch verursacht. Der Anteil der Rentenausgaben am BIP ist in den letzten 20 Jahren relativ stabil geblieben. Unter Druck ist allerdings der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung, verursacht durch massive Mindereinnahmen.

25 Die Hauptgründe liegen vor allem in folgenden Punkten:

- Die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit und dementsprechend weniger Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme.
- Der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Neben der schwachen Konjunktur haben zu dieser Entwicklung auch die politische Förderung geringfügiger Beschäftigung und neuer Formen der Selbständigkeit beigetragen.
- Die Frühverrentungspolitik durch Politik und Unternehmen.
- Die Finanzierung der deutschen Einheit über die Beitragszahler zur Sozialversicherung.
- Die sinkende Lohnquote. Die jahrelange, auch von der Mehrheit der Politik gepredigte Lohnzurückhaltung hat wesentlich zur Schwäche der Binnenkonjunktur und zu den Einnahmedefiziten der Sozialversicherung

- beigetragen.
- 40 • Politisch verursachte Verschiebepunkte zu Lasten der Sozialversicherung.

Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund der globalen Finanzkrise, die die neoliberalen Protagonisten einer vorwiegend kapitalgedeckten Altersvorsorge gründlich entlarvt. So haben etwa die – kapitalgedeckten – US-amerikanischen Pensionsfonds nach Angaben  
45 der amerikanischen Zentralbank seit Ausbruch der Finanzkrise mehr als drei Billionen Dollar an Wert eingebüßt. Millionen von US-amerikanischen Arbeitnehmern haben damit im Zeitraffertempo einen dramatischen Verfall ihrer privaten Rentenanwartschaften hinnehmen müssen. Im Kalenderjahr 2008 haben die privaten Pensionsfonds nach OECD-Angaben weltweit insgesamt 23% ihres Werts eingebüßt, was rund 5,4 Billionen  
50 Dollar entspricht. Das bedeutet, dass viele Menschen einen beträchtlichen Teil ihrer in Altersvorsorgeplänen und anderen Vermögenswerten angelegten Altersersparnisse verloren haben. Alle über 45-jährigen müssen nach OECD-Berechnungen mit Einbußen ihrer Pensionsansprüche von 17- 25 Prozent rechnen. Die am stärksten betroffene Gruppe sind jene Personen, die kurz vor dem Ruhestand stehen. Im Gegensatz zu jüngeren  
55 Arbeitskräften verbleibt ihnen nicht mehr genügend Zeit, um auf eine Erholung der Märkte zu warten. Sie werden nicht mehr in der Lage sein, die Verluste wieder auszugleichen, die sie bei ihren privaten Pensionsfonds jüngst verzeichnet haben. Damit sind die eklatanten Risiken einer vorwiegend privaten und kapitalgedeckten Altersversorgung evident geworden. Die Ausweitung kapitalgedeckter Elemente in der  
60 Altersversorgung hat in den letzten Jahrzehnten einen spekulationsgetriebenen Finanzkapitalismus befeuert, der auf kurzfristige Renditen statt auf nachhaltige Unternehmensentwicklung setzt. Diese Entwicklung muss grundlegend korrigiert werden, wenn der Wandel hin zu einem auf Nachhaltigkeit und sozial-ökologischer Verantwortung basierenden Wirtschaftsmodell gelingen soll.

65

## **2. Rentenreformen“ bekämpfen Symptome, nicht die Ursachen**

Rentenpolitik wurde und wird vorrangig unter dem Gesichtspunkt der Senkung der Beitragsbelastung gestaltet. Von Seiten der Politik wurde ein anzustrebender Beitragssatz  
70 für die gesetzliche Rentenversicherung festgelegt. Danach soll der Beitragssatz 20 Prozent bis 2020 und 22 Prozent bis 2030 nicht übersteigen. Zur Umsetzung dieses willkürlich festgelegten Ziels wurde mehrfach massiv die Rentenanpassungsformel verändert.

75 Der mit dem Altersvermögensergänzungsgesetz 2001 eingeführte Altersvorsorgeanteil (AVA) (der fiktive Beitrag der Beschäftigten für die Riester-Rente) und der mit dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz 2005 eingeführte so genannte Nachhaltigkeitsfaktor (Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Beschäftigten und Rentenbeziehern) sollen bewirken, dass Rentensteigerungen, die sich bisher an der Lohnentwicklung orientierten,  
80 erheblich reduziert werden.

Allerdings konnten beide Faktoren aufgrund der schwachen Bruttolohnentwicklung bislang kaum Wirkung entfalten. Mit dem RV-Altersgrenzenanhebungsgesetz wurde deshalb ein Ausgleichsfaktor beschlossen, der bewirkt, dass aufgrund der  
85 Sicherungsklausel unterbliebene Minderungen der Rentenanpassung ab 2011 nachgeholt werden, in dem dann evtl. fällige Rentenerhöhungen halbiert werden.

Die langfristige Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf das 67. Lebensjahr soll ebenfalls der Beitragssatzentlastung dienen. Die voraussichtliche Entlastungswirkung

90 von maximal nur 0,5 Beitragssatzpunkten steht jedoch in keinem Verhältnis zu den Folgebelastungen für die Beschäftigten und geht an der Realität der Arbeitswelt vorbei.

- Die SPD lehnt die Anhebung der gesetzlichen Regelaltersgrenze für einen abschlagsfreien Rentenzugang ab.

95

### **3. Leistungskürzungen untergraben die Akzeptanz der Rentenversicherung**

Im Ergebnis der genannten Veränderungen soll das Nettorentenniveau vor Steuern auf 43 Prozent im Jahre 2030 sinken.

100

Bereits heute muss ein Durchschnittsverdiener ca. 26 Jahre in Vollzeit arbeiten, um eine Rente auf der Höhe der Sozialhilfe, bzw. der bedarfsorientierten Grundsicherung zu erhalten. Künftig muss ein Durchschnittsverdiener sogar 35 Jahre arbeiten, um eine Rente auf Grundsicherungsniveau zu erhalten. Bei einem Verdienst von nur 75 Prozent des Durchschnittseinkommens sind bereits heute 32 Beitragsjahre erforderlich, um Grundsicherungsniveau zu erreichen, künftig werden es 42 Jahre sein.

105

Ist die Erwerbsbiographie zusätzlich durch Zeiten der Arbeitslosigkeit, Versicherungslücken durch phasenweise Selbständigkeit, Erwerbsminderung, lange Beschäftigung im Niedriglohnbereich oder vorzeitigen Renteneintritt mit Abschlägen gekennzeichnet, so reichen selbst langjährige Beitragszeiten nicht mehr aus, um im Alter eine Altersversorgung oberhalb der steuerfinanzierten Grundsicherung zu erreichen.

110

Von diesem Problem sind besonders Frauen betroffen.

115

Die Leistungskürzungen in der Rentenversicherung führen dazu, dass

- die Gefahr der Altersarmut zunimmt, und
- die Einkommensverteilung im Alter deutlich ungleicher wird.

120

Das Vertrauen der Menschen in die gesetzliche Rentenversicherung ist bereits heute beschädigt. Die gesetzliche Rentenversicherung wird an Legitimationsgrenzen stoßen, wenn selbst jahrzehntelange Beitragszahlung nicht mehr zu einer Altersversorgung oberhalb der Armutsgrenze reicht.

125

- Die Orientierung an der Lebensstandardsicherung muss wieder zentrales Ziel der gesetzlichen Rentenversicherung werden.

## **II. Kurzfristige Maßnahmen zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Bekämpfung von Altersarmut Stärkung der sozialen Sicherungssysteme**

130

Die Finanzierungsgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung (wie auch aller anderen sozialen Sicherungssysteme) kann nur dauerhaft gestärkt werden, wenn die Massenarbeitslosigkeit signifikant gesenkt und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder gestärkt wird.

135

Unser Land braucht wieder einen beschäftigungspolitischen Ansatz, der sich

140

- auf die Stärkung der Konjunktur, insbesondere der Binnenkonjunktur konzentriert,
  - die öffentlichen und privaten Investitionen fördert,
  - eine beschäftigungswirksame Lohnpolitik, mindestens mit den Elementen
- 145 Produktivitätserhöhung und Inflationsausgleich fördert,
- den Förderaspekt der Arbeitsmarktpolitik unterstreicht, und
  - auf Bildung und (Weiter-) Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzt.

150 Wir wollen die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, unbefristet und sozial abgesichert. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen zurückgedrängt werden.

### **1. Flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand**

155 Die Arbeitsmarktlage ist für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach wie vor schwierig. Nur 31,4 Prozent der über 55-jährigen sind derzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. In weiten Teilen insbesondere der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herrscht tiefe Verunsicherung vor.

160 Die Bundesregierung hat unter sozialdemokratischer Verantwortung die richtigen Schritte für eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer eingeleitet. Dieser Kurs muss konsequent fortgesetzt werden, denn wir brauchen die Erfahrungen und Kenntnisse älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

165 Nicht nur die Politik, auch die Tarifpartner sind gefordert. Altersveränderte Belegschaften und differenzierte Altersstrukturen müssen von allen betrieblichen Akteuren wahrgenommen werden. Altersbezogenes Personalmanagement muss sich etablieren. Innovation, Qualifizierung und Wissens- und Erfahrungstransfer muss in den Belegschaften organisiert werden.

170 Die Politik muss dennoch neue Instrumente für einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand auf den Weg bringen. Denn insbesondere in körperlich belastenden Tätigkeiten bleibt das Erreichen der gesetzlich vorgeschriebenen Altersgrenze für viele Beschäftigte eine Fiktion.

175

- Deshalb muss das bewährte Instrument der durch die BA geförderten Altersteilzeit beibehalten werden.
- Die bestehenden Möglichkeiten des Teilrentenbezuges müssen verbessert werden, damit sie stärker genutzt werden können.

180

### **2. Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut**

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns: Der Mindestlohn verbessert nicht nur die Einkommenslage der betroffenen Beschäftigten, sondern auch ihre künftige Rentenhöhe.

185 Insofern ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ein erster wichtiger Schritt, auch wenn klar ist, dass dies allein nicht zu einer Altersversorgung oberhalb der Grundsicherung ausreicht.

Verbesserung des Erwerbsminderungsrechts: Erwerbsminderung stellt heute ein zentrales

190

Risiko für Altersarmut dar. Deshalb ist es notwendig,

- 195 • für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Zugang zu einer vollen Erwerbsminderungsrente zu erleichtern, wenn schwerwiegende Leistungseinschränkungen bestehen und eine Vermittlung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausgeschlossen ist.
- die Zurechnungszeiten schrittweise an die gesetzliche Regelaltersgrenze anzupassen.
- 200 • rentenrechtliche Abschläge abzuschaffen, da Erwerbsunfähigkeit nicht auf einer freiwilligen Entscheidung der Betroffenen beruht.

### **3. Reform der Rentenanpassungsformel**

205 Die Entwicklung der Renten muss wieder stärker der Lohnentwicklung folgen. Deshalb muss der Altersvorsorgeanteil (AVA) aus der Rentenanpassungsformel ersatzlos gestrichen werden.

Der vorgesehene so genannte Ausgleichsfaktor ab 2011 ist nicht in Kraft zu setzen.  
210

### **4. Verbesserung der Bewertung von Zeiten der (Langzeit-) Arbeitslosigkeit**

Langzeitarbeitslosigkeit ist ein weiteres zentrales Risiko für Altersarmut. Die Beitragszahlung der Bundesagentur für Arbeit für Langzeitarbeitslose wurde bereits für  
215 Arbeitslosenhilfeempfänger in mehreren Schritten drastisch reduziert. Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende wurden zwar erwerbsfähige ehemalige Sozialhilfeempfänger in die Sozialversicherung einbezogen, die Beitragsbemessung für ehemalige Arbeitslosenhilfe-Empfänger jedoch nochmals drastisch gekürzt.

220 Die Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe bis 31.12.2004 sowie der Grundsicherung für Arbeitssuchende ab 01.01.2005 sollen künftig wieder als beitragsgeminderte Zeiten in der Rentenberechnung Berücksichtigung finden. Sie werden damit in der Rentenberechnung mit dem Wert berücksichtigt, der dem durchschnittlichen Wert der Beitragszeiten des jeweiligen Versicherten entspricht. Damit spiegelt sich die jeweilige  
225 Lebensleistung der Versicherten angemessen in der Bewertung dieser Zeiten wieder. Um eine Schlechterstellung von Beziehern des regulären Arbeitslosengeldes I zu verhindern, soll maximal ein Wert von 0,5 Entgeltpunkten für jedes Bezugsjahr gewährt werden (entspricht einem halben Durchschnittsverdienst). Die jährliche Rentenanwartschaft erhöht sich damit von etwa 2,19 Euro (geltende Regelung) auf bis zu 13,60 Euro (halber  
230 Durchschnittsverdienst). Diese Regelung soll für Versicherte gelten, die zum Zeitpunkt des Rentenbeginns nicht mehr als 35 Entgeltpunkte aufweisen.

Die SPD unterstützt den Vorschlag des DGB, bei der Beitragsbemessung die Hälfte des Durchschnittsentgeltes zu veranschlagen.  
235

### **5. Entfristung der Rente nach Mindesteinkommen**

Bereits seit der Rentenreform 1972 existiert im geltenden Rentenrecht eine Norm (§ 262 SGB VI), die eine höhere Bewertung von Zeiten der Niedriglohntätigkeit vorsieht (sog.  
240 „Rente nach Mindesteinkommen“), falls bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Damit sollen regional- und branchenbedingte Lohngefälle partiell ausgeglichen werden. Die

Regelung greift für langjährig Versicherte, die mindestens 35 Jahre an rentenrechtlichen  
Zeiten aufweisen. Hierzu zählen sämtliche Beitrags-, Ausfall- und Ersatzzeiten sowie  
245 alle Kindererziehungs- und Kinderberücksichtigungszeiten, damit insbesondere auch  
Frauen von der Regelung profitieren können. Bei Erfüllung dieser Voraussetzung werden  
alle Beitragszeiten mit Niedriglöhnen um 50 Prozent aufgewertet, maximal bis zu einer  
Höhe von 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes (ein Monatsverdienst von 1000 Euro  
wird also in der Rentenberechnung fiktiv so behandelt, als sei ein Entgelt von 1500 Euro  
250 erzielt worden). Allerdings ist die Regelung begrenzt auf Beitragszeiten, die bis  
31.12.1991 zurückgelegt wurden. Damit werden die problematischen Entwicklungen der  
letzten Jahrzehnte nicht mehr von der Regelung erfasst. Wir schlagen deshalb vor, die  
Regelung der Rente nach Mindesteinkommen zunächst auf alle Beitragszeiten bis zum  
31.12.2010 auszuweiten. Nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der auch zu  
255 einer entsprechenden Steigerung der Rentenanwartschaften führt, kann über den  
endgültigen Zeitpunkt entschieden werden.

Die Höherbewertung rentenrechtlicher Zeiten von Versicherten, deren Zahl an  
Entgeltpunkten im Durchschnitt unter 75 Prozent des Durchschnittseinkommens liegt,  
260 sollte entfristet werden.

### **III. Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung mit Orientierung an der Lebensstandardsicherung und Mindestrente**

265

Die gesetzliche Rentenversicherung hat sich bewährt und ist ihrer Aufgabe, den  
Menschen eine auskömmliche Altersversorgung zu gewährleisten, für lange Zeit gerecht  
geworden. Die Gesetzliche Rentenversicherung ist gegenüber allen bekannten  
ausschließlich kapitalgedeckten Systemen im Vorteil. Sie ist solidarischer und sozial  
gerechter, denn sie bezieht die Arbeitgeber in die Verantwortung für ihre Beschäftigten  
ein, berücksichtigt Nichterwerbszeiten etwa für Kindererziehung und bietet Leistungen  
(z. B. die Erwerbsminderungsrente), die bei anderen Anlageformen nicht oder nur sehr  
teuer versichert werden können. Sie weist also einen soliden Sicherheits- und  
Stabilitätsfaktor auf und übernimmt bei relativ hoher Rentabilität zugleich  
gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

- Aus Sicht der SPD gibt es keine gerechte Alternative zu der gesetzlichen  
Rentenversicherung mit ihren Elementen des sozialen Ausgleichs.
- Die gesetzliche Rentenversicherung muss tragende Säule der Altersversorgung  
der Menschen bleiben.

Moderne Alterssicherungspolitik muss sich an dem Ziel orientieren, den Lebensunterhalt  
im Alter und bei Invalidität in ausreichendem Maße zu sichern. Sie muss zugleich  
Altersarmut vermeiden sowie eine nachhaltige Rentenfinanzierung durch eine größere  
Verteilungsgerechtigkeit im System erzielen.

Die bisherige Diskussion über die langfristige Stabilisierung der Rentenfinanzen  
orientiert bislang auf eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer  
Erwerbstätigenversicherung. Dies ist auch Beschlusslage der SPD. Es stellt sich jedoch  
die Frage, ob die bloße Ausweitung des Versichertenkreises, so richtig sie auch ist, den  
zentralen Herausforderungen der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung gerecht wird.

Wie reagiert moderne Alterssicherungspolitik auf zunehmend gebrochene Erwerbsbiographien? Wie gehen wir mit dem zunehmenden Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit und insbesondere der steigenden Zahl Solo-Selbständiger um? Ist vor diesem Hintergrund die Begrenzung der Versicherungspflicht auf im Wesentlichen abhängige Beschäftigung noch zeitgemäß oder brauchen wir nicht ein Alterssicherungssystem für die gesamte Wohnbevölkerung? Ist die Beitragsbemessungsgrenze angesichts immer ungleicherer Einkommensverteilung noch gerechtfertigt, oder müssen hohe Einkommen nicht stärker in die Solidarität einbezogen werden? Ist die Rentenversicherung armutsfest? Muss für langjährige Beitragszahler nicht eine Mindestrente oberhalb der heutigen Grundsicherung gewährleistet sein?

### **Eckpunkte einer solidarischen Weiterentwicklung der Rentenversicherung**

Die SPD wird die Diskussion über die solidarische Weiterentwicklung der Rentenversicherung führen und ihre Vorstellungen in die Zukunftswerkstatt „Gut und sicher leben“ des SPD-Parteivorstandes einbringen. Eine offene Diskussion über eine solidarische Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung könnte sich an folgenden Eckpunkten orientieren:

- Individuelle Versicherungspflicht, die sich auf die gesamte Wohnbevölkerung ab dem 18. Lebensjahr mit einem individuellen Rentenversicherungsbeitrag erstreckt. Vorrangiges Ziel ist es, für jedes Gesellschaftsmitglied eine eigenständige und ausreichende Anwartschaft aufzubauen, also eine individuelle Altersabsicherung unabhängig von der Familien- und Haushaltskonstellation. Damit entfallen die Hinterbliebenenversorgung (-35 Mrd. Euro für 2006) sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (-3,2 Mrd. Euro für 2006).
- Beibehaltung der Lebensstandardsicherung (Nettorentenniveau bei knapp 70 %).
- Beibehaltung der paritätischen Finanzierung.
- Vorzusehen ist die Einführung einer Mindestrente von nach heutigen Werten mindestens 800 Euro.
- Die Beitragsbemessungsgrenze wird aufgehoben. Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Beiträge sind die individuellen Erwerbseinkommen.
- Das Äquivalenzprinzip wird bis zu einer Rentenhöhe, die dem 1,5-fachen der Durchschnittsrente entspricht, gewahrt. Rentenansprüche, die darüber hinausgehen, erfahren eine degressive Berechnung.

Die Einbeziehung der gesamten Wohnbevölkerung in Verbindung mit dem Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) führt in einer Modellberechnung (Status-quo-Berechnung und Modellstatus für das Jahr 2006) für die Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer Erhöhung der Einnahmen in der Rentenversicherung um 105 Milliarden Euro pro Jahr. Die Aufhebung der BBG und die Einbeziehung aller Personen in den Versichertenkreis führen auf der Ausgabenseite zu Mehrkosten von rund 54 Milliarden Euro. Insgesamt ergibt sich durch die Umstellung auf ein universelles Alterssicherungssystem in der statischen Berechnung ein Einsparpotenzial von rund 50 Milliarden Euro.

Die bisherige Rentenversicherung könnte also mittel- bis langfristig in eine der modernen Erwerbslandschaft entsprechende Bürgerversicherung ohne zum Teil privilegierte „Nebensysteme“ überführt werden. Ein derartiges die gesamte Wohnbevölkerung einbeziehendes Pflichtversicherungssystem wäre aus Finanzierungsgesichtspunkten im Verhältnis zur heutigen gesetzlichen Rentenversicherung deutlich stabiler und zugleich



unabhängig von strukturellen Verschiebungen innerhalb der verschiedenen Formen der Erwerbsarbeit. Das universelle Alterssicherungssystem emanzipiert jedes Individuum. Ein zusätzlicher Schutz für die gesamte erwachsene Bevölkerung (auch Selbständige und erwerbslose Verheiratete) ergäbe sich durch den aus der Pflichtmitgliedschaft in der GRV ergebenden Anspruch auf Erwerbsminderungsrente.

Antrag S4

## **Demografischer Wandel und "Altersversorgung 2050"**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Die SPD AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Parteivorstand auf,  
5 Grundlagen zu erarbeiten, wie die Sicherung der Sozialsysteme, vor allem der gesetzliche Rentenversicherung, vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft langfristig finanziert werden kann. Ein fundiertes Konzept zur langfristigen Sicherung der Altersvorsorge soll hierfür entwickelt werden, das die Vermeidung von Altersarmut als Kernziel aufnimmt, wozu der gesetzliche Mindestlohn gehört. Dabei muss eine weitere  
10 Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ausgeschlossen und eine massive Erhöhung der Beschäftigungsrate von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern berücksichtigt werden.

Antrag S7

## **Umsetzung der Frauen-spezifischen Forderungen der UN-Konvention für behinderte Menschen**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundestagsfraktion

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Umsetzung der Frauen-spezifischen Forderungen der UN-Konvention für behinderte Menschen einzusetzen

5

Das bedeutet im Einzelnen:

- Behinderte Frauen und Männer werden als gleichberechtigt anerkannt und behandelt.
- 10 • Auf allen Regierungsebenen erfolgt Bewusstseinsbildung durch Kampagnen und Informationen zu Mehrfachdiskriminierung und zur besonderen Gefährdung von Frauen, die behindert sind.
- Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch
- Ehe, Familie, Kinder, Fortpflanzungsfähigkeit, Unterstützung bei elterlichen Pflichten
- 15 • Gesundheitsversorgung, unentgeltlich bzw. erschwinglich, wie auch für andere, incl. geschlechtsspezifischer Versorgung (fortpflanzungsmedizinische Leistungen)
- Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz (2b, Frauen und Mädchen Zugang zu Programmen für sozialen Schutz und Bekämpfung der Armut sichern),
- 20 • Zugang zu Versorgung mit sauberem Wasser, und anderen Hilfen für besondere Bedürfnisse, staatliche Hilfe für arme Familien, sozialem Wohnungsbau und

- Altersversorgung)
- Auf allen Ebenen wird geeignetes Informationsmaterial (z.B. in Brailleschrift) zu den oben genannten Themen entwickelt.
- 25
- Im Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung gibt es eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter.

Antrag S8

## **Keine Anrechnung von Kindergeld auf Leistungen von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Anlässlich des neuesten Urteils des Bundessozialgerichts fordert die AsF-Landeskonferenz:

5

Keine Anrechnung von Kindergeld auf Leistungen von Arbeitslosengeld II nach SGB II (für Erwerbsfähige) bzw. SGB XII (für nicht Erwerbsfähige und im Alter). Hierzu sind die Vorschriften über die anrechenbaren Einkommensarten entsprechend zu ändern.

10 Denn:

1. Jedes Kind muss gleich viel wert sein.
  2. Kindergeld wird grundsätzlich einkommensunabhängig gewährt. Gutverdiener profitieren sogar von höheren Freibeträgen als die Höhe des Kindergeldes beträgt.
- 15 Einkommensschwachen und Bedürftigen wird das Kindergeld praktisch völlig entzogen.  
Insbesondere bei den sog. „Aufstockern“ (ergänzende Leistungen nach SGB II zu Erwerbstätigkeit) führt dies zu Ungerechtigkeiten.

Antrag S9

## **Hartz IV reformieren - Existenzminimum sicherstellen - Existenz sichernde Arbeit fördern**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

- Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil die Unvereinbarkeit der geltenden Regelsätze im SGB II mit Artikel 1 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 20 Grundgesetz
- 5 festgestellt. Eine verfassungskonforme Neuregelung ist noch in diesem Jahr notwendig.

Aber auch unabhängig von diesem Urteil besteht dringender Reformbedarf im SGB II. Die Evaluationsergebnisse und verschiedenen Bewertungen des SGB II fünf Jahre nach seiner Einführung (Forschungsinstitute, IAB, DGB) kommen zwar zu unterschiedlichen

10 Einschätzungen in der Gesamtbewertung, einige Defizite werden jedoch von allen gemeinsam benannt.

- Es ist weiter ein hoher Sockel von Arbeitslosengeld II-Beziehern zu verzeichnen, denen der Ausstieg aus der Hilfebedürftigkeit nicht gelingt. Von den  
15 Bedarfsgemeinschaften, die im Jahr 2005 in Hartz IV waren, sind heute immer noch 45 Prozent auf ALG II angewiesen.
- Gleichwohl ist eine hohe Fluktuation zu verzeichnen. Viele Hilfebedürftige nehmen eine Erwerbstätigkeit auf, die aber entweder nicht oder nicht dauerhaft bedarfsdeckend ist. Die Zahl der erwerbstätigen Aufstocker ist auf über 1,3  
20 Millionen angewachsen.
- Im Hartz IV-System dominieren kurzzeitige Maßnahmen. Ein-Euro-Jobs und Trainingsmaßnahmen sind die quantitativ bedeutendsten Maßnahmen. Aber bei keinem anderen Instrument sind die beruflichen Eingliederungschancen schlechter als bei Arbeitsgelegenheiten.
- Individuelle Betreuung ist wichtig. Gezielte Förderung gelingt aber noch zu  
25 selten. Zu häufig kommen Ein-Euro-Jobs zum Einsatz, die gerade für jüngere Leistungsbezieher negative Wirkungen zeigen.
- Die Betreuungspraxis unterscheidet sich nach Geschlecht deutlich. Frauen werden weniger Vollzeitstellen angeboten, unabhängig von der Zahl der Kinder.
- Kritisch ist weiter die Situation der Alleinerziehenden. Obwohl häufig gut  
30 qualifiziert und motiviert, haben sie die längste Verweildauer im Leistungsbezug. Hauptursache ist die mangelnde Kinderbetreuung.

35 Nicht die Sozialleistungen sind zu üppig, die Entwicklung der Löhne ist katastrophal.

§ Leistung muss sich lohnen. Wer etwas leistet, muss die Chance zum Aufstieg haben. Das sind Forderungen, die schon immer zum Kernbestand der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie gehört haben.

40 § Weil das so ist, brauchen wir wieder Ordnung im Lohngefüge.

§ Wenn mittlerweile mehr als ein Fünftel der abhängig Beschäftigten im  
Niedriglohnsektor arbeitet, ist das nicht nur sozial ungerecht, sondern auch ökonomisch  
kontraproduktiv. Hinzu kommen jahrelange Reallohnverluste der Arbeitnehmerschaft  
45 insgesamt. Deutschland ist bei der Entwicklung der Reallöhne Schlusslicht Europas. Dies belastet massiv die Binnennachfrage und erschwert die konjunkturelle Erholung.

§ Die Ausweitung des Niedriglohnsektors gefährdet auch ein grundlegendes Prinzip  
unserer Arbeitsgesellschaft. Leistung lohnt sich eben nicht mehr. Niedriglöhne sind nicht  
50 mehr nur ein Problem von Geringqualifizierten. 80 Prozent der Niedriglöhner haben eine abgeschlossene Ausbildung. Auch wer sich anstrengt, hat kaum Möglichkeiten aufzusteigen.

§ Die steigende Zahl der Aufstocker ist Ausdruck dieses Prinzipienbruchs. Zunehmend  
55 gehen Unternehmen dazu über, sich die Zahlung von Armutslöhnen von der Gemeinschaft der Steuerzahler subventionieren zu lassen. Auch dies ist nicht nur asozial, sondern auch ein Bruch mit den Prinzipien fairen Wettbewerbs. Betriebe, die anständige Löhne zahlen, werden benachteiligt.

60

## 1. Erste Schlussfolgerungen der SPD zum Reformbedarf im SGB II

### Hilfe aus einer Hand aufrechterhalten

- 65 Kernziel der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war die Hilfe aus einer Hand. Die gemeinsame Betreuung der Langzeitarbeitslosen unter einem Dach und aus einer Hand wird in der Evaluation positiv bewertet. Eine durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Dezember 2007 notwendig gewordene Neuorganisation der Job-Center muss diesem Prinzip gerecht werden. Wir halten an der Zusammenarbeit von Arbeitsagentur und Kommune in gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung fest. Eine Änderung des Grundgesetzes ist dazu unausweichlich. Die Evaluation hat dieser Form der Aufgabenwahrnehmung die besseren Erfolge bei der Überwindung der Hilfebedürftigkeit und der Integration in bedarfsdeckende Beschäftigung bescheinigt. Die Einflussmöglichkeiten der Kommunen dürfen aber nicht verschlechtert werden.

75

### Arbeitsförderung aufwerten

- Das Prinzip des Forderns und Förderns hat eine deutliche Schlagseite zugunsten des Forderns. Fordern, ohne eine Perspektive zu bieten, hilft den Menschen aber nicht. Die stärker betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Bundesagentur für Arbeit führte zu einer starken Segmentierung der Arbeitslosen. Das eigentliche Ziel, allen Langzeitarbeitslosen durch Zugang zu allen arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten die Reintegration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, wurde dadurch konterkariert.

- 85 Die Chancen auf Vermittlung steigen deutlich, wenn individuelle Betreuung gewährleistet ist. Ein hoher Betreuungsschlüssel ist deshalb notwendig.

Beim Einsatz der Arbeitsförderungsinstrumente dominieren kurzzeitige Maßnahmen. Deren Erfolgsaussichten zur Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt sind gering.

- 90 Insbesondere Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante (Ein-Euro-Jobs) bleiben hinsichtlich der Vermittlungschancen zum größten Teil wirkungslos.

Daher ist ein Paradigmenwechsel beim Einsatz der Instrumente erforderlich:

- 95
- Maßnahmen beruflicher Weiterbildung mit längerer Maßnahmedauer müssen einen deutlich höheren Stellenwert bekommen.
  - Als Alternative zu Ein-Euro-Jobs ist stattdessen der Ausbau zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger öffentlich verantworteter Beschäftigungsangebote notwendig.
- 100
- Ein besonderes Augenmerk muss auf die Situation alleinerziehender Frauen gelegt werden. Der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten ist Voraussetzung für höhere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

### Existenzminimum sichern

105

- Die Regelsätze müssen das soziokulturelle Existenzminimum gewährleisten.
- Die Regelsätze müssen entsprechend den Vorgaben des Verfassungsgerichtes neu berechnet werden. Um eine vernünftige Berechnungsgrundlage zu haben, müssen in die Entscheidung, welche

110

Ausgaben regelsatzrelevant sind, die Sozial- und Wohlfahrtsverbände einbezogen werden.

- Eigenständige Regelsätze von Kindern müssen so ermittelt werden, dass alters- und entwicklungsspezifische Bedarfe von Kindern gesichert sind.

115

Gerechtigkeitsdefizite im System beseitigen

Wird Lebensleistung anerkannt?

120

Ein zentrales Problem der mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende verbundenen Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ist, dass Menschen, die jahrzehntlang gearbeitet haben, nach relativ kurzer Zeit genauso behandelt werden, wie diejenigen, die nur kurz oder nie gearbeitet und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Diese

- 125 Menschen fühlen sich um ihre Lebensleistung betrogen. Die Arbeitsmarktreformen haben in weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft Furcht vor sozialem Abstieg durch Arbeitslosigkeit ausgelöst. Daran konnte auch der im SGB II eingeführte Zuschlag für Arbeitslose beim Übergang vom Arbeitslosengeld in das Arbeitslosengeld II nichts ändern. Dieser Zuschlag ist auch durch die Deckelung auf 180/360 Euro willkürlich
- 130 gewählt.

Dieses Problem lässt sich nur lösen, wenn insbesondere langjährige Beitragszahler eine zumindest zeitlich begrenzte Leistung nach dem Arbeitslosengeld erhalten, die sich noch am vorherigen Einkommen orientiert. Dabei ist eine Benachteiligung von Frauen, die z.B. wegen Kindererziehung keine Beiträge entrichten können, zu vermeiden.

135

Welche Arbeit ist angemessen und zumutbar?

Die Arbeitsmarktforscher des IAB stellen seit der Einführung der Grundsicherung fest, dass Arbeitslose eher bereit sind, einen Job auch zu schlechteren Bedingungen anzunehmen. Die neue Zumutbarkeitsregelung des SGB II, nach der jeder Job auch zu Niedrigstlöhnen angenommen werden muss, hat auch zur Ausbreitung des Niedriglohnsektors beigetragen.

140

- 145 ○ Die Zumutbarkeitsregelung im SGB II muss so geändert werden, dass die Aufnahme einer Beschäftigung nur dann zumutbar ist, wenn sie nach Tariflohn oder ortsüblichem Lohn bezahlt wird.

2. Existenz sichernde Arbeit fördern

150

Eine verfassungskonforme Neuberechnung der Regelsätze in den Grundsicherungssystemen, die neben der materiellen Existenzsicherung auch angemessene gesellschaftliche Teilhabechancen berücksichtigt und insbesondere die Berücksichtigung des eigenständigen Bedarfes von Kindern wird zu einer Erhöhung der Regelsätze führen.

155

Neoliberale Ideologen versuchen derzeit, Menschen mit geringem Einkommen gegen Menschen ohne Arbeit auszuspielen. Tatsache ist, dass Menschen, die erwerbstätig sind, immer mehr haben, als diejenigen, die ausschließlich auf Sozialtransfers angewiesen sind.

160

Dies ist im SGB II durch den Erwerbstätigenfreibetrag gesetzlich verankert und

zusätzlich durch Instrumente wie den Kinderzuschlag und das Wohngeld gewährleistet.

165 Höhere Regelsätze werden aber zu einer steigenden Zahl von Menschen im Niedriglohnsektor führen, die auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind.

Die SPD fordert daher:

170

- Vorgelagerte Sicherungssysteme, wie der Kinderzuschlag und das Wohngeld müssen ausgebaut werden, damit insbesondere Familien mit Kindern nicht in Hartz IV-Abhängigkeit geraten.
- Arbeit muss sich lohnen. Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn. Der Mindestlohn muss bei Vollzeitarbeit existenzsichernd sein. Die SPD unterstützt die Forderung des DGB nach einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro.

175

- Mindestlöhne alleine werden aber nicht alle Probleme lösen. Wir brauchen wieder eine Orientierung an wesentlichen Standards, die zur Grundlage der sozialen Marktwirtschaft gehören. Dazu gehört unabdingbar die Stärkung der Tarifbindung. Die Tarifbindung geht seit Jahren zurück. 2008 waren noch 63 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 52 Prozent in Ostdeutschland über einen Tarifvertrag abgesichert. Im Dienstleistungsbereich liegt die Tarifbindung oft noch weit darunter. Eine Möglichkeit dazu ist die vereinfachte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen.

# Frauenpolitik

Antrag F1

## Menschlich statt männlich

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 war eine vernichtende Niederlage für die Sozialdemokratie.

5

Gerade auch Frauen waren nicht mehr bereit, SPD zu wählen. Das ist der traurige Schlusspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf die SPD Millionen von

Wählerinnen, die Regierungsmacht in sechs Bundesländern, Hunderte von

10

Mandaten und Zehntausende von Mitgliedern verloren hat.

Die Existenz der SPD als Mitglieder- und Volkspartei hängt davon ab, ob sie ab sofort bereit und fähig ist, die Dramatik der Lage, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung und die Auswirkungen ihrer eigenen Politik realistisch zu analysieren und daraus tiefgreifende inhaltliche, strategische, organisatorische und personelle Konsequenzen zu ziehen.

15

Unsere Partei hat die weibliche Hälfte der Bevölkerung viel zu lange nicht im Blick gehabt. Es ist Zeit für echte sozialdemokratische Frauenpolitik und die SPD muss auch intern damit anfangen.

20

Frauen dürfen in der SPD nicht nur in der zweiten Reihe stehen. Wir sehen, dass selbst die Quote in der SPD nicht wirklich ernst genommen wird. Das zeigen unter anderem die übermäßig häufigen Pressebilder, auf denen wir ausschließlich männliche Genossen sehen. Zudem sind Podien immer noch hauptsächlich mit Männern besetzt. Deshalb erscheint die SPD auch in der öffentlichen Wahrnehmung verstärkt als die Partei der Männer!

25

Die SPD ist inzwischen offensichtlich dem Trugschluss erlegen, dass Frauenemanzipation weitgehend erreicht ist und es keiner weiteren Anstrengung bedarf.

30

Gleichzeitig haben die Delegierten auf dem Hamburger Parteitag mit großer Mehrheit beschlossen, den Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“ als Forderung beizubehalten.

35

Von allen politischen Parteien hat die SPD in der Vergangenheit am meisten zur Emanzipation von Frauen beigetragen. Sozialdemokraten haben zusammen mit Sozialdemokratinnen frauenpolitische Visionen entwickelt und realisiert. Zeitgemäße

40 Visionen und frauenpolitische Zielsetzungen, mit denen die SPD bisher punkten konnte, sind zurzeit nicht erkennbar.

Statt neue Wege zu gehen wurde im letzten Jahrzehnt in der Bundespolitik unter SPD-Führung Frauen- und Gleichstellungspolitik gleichgesetzt mit Familienpolitik.

45

Die Forderungen der AsF:

Ø Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

50 Ø Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

Ø Gleiche Karrierechancen

Ø Quotierung von Aufsichtsräten

55

– um nur einige zu nennen – waren im politischen Handeln der SPD kaum erkennbar.

Die Niederlage ist auch die Folge einer Politik, die sich nicht mehr an den Bedürfnissen, Interessen und Hoffnungen von Frauen in Deutschland orientiert hat, und nichts mehr mit  
60 den Sonntagsreden vielbeschworener sozialdemokratischen Werten zu tun hatte. Tatsache ist, dass die SPD den Zugang zu Frauen in allen Altersgruppen und Bevölkerungsschichten verloren hat. Frauen glauben nicht mehr, dass sie die Partei ist, die sich dafür einsetzt, die Lebenssituation von Frauen zu verbessern und individuell zu fördern.

65 Die SPD muss aus dieser Forderung eine konkrete Vision entwickeln. Sie muss Vorreiterin für neue gesellschaftliche Perspektiven sein und ausgehend von der Vielfalt von Frauenbiografien die Lebenswirklichkeit von Frauen erkennen und akzeptieren.

70 Denn ohne die Wählerinnen hat die SPD keine Chance wieder Wahlen zu gewinnen.

„Jetzt sind wir dran!“ muss das Motto der AsF in den nächsten Jahren sein.

Das ist notwendig und ist zwingend in allen Gliederungen der Partei zu verankern

75 Podien, Ausschüsse usw. sind paritätisch zu besetzen.

Verstöße gegen die Quotierung/Reißverschluss müssen geahndet werden, unabhängig davon, ob ein Widerspruch betroffener Frauen stattfindet oder nicht.

80 Alle Beschlüsse der Partei müssen gegendert sein.

Wir erwarten von allen FunktionärInnen und MandatsträgerInnen Gleichstellungsbeschlüsse der Partei öffentlich zu vertreten.

85 Die SPD ist nur dann zukunftsfähig, wenn Frauen in allen Gremien und auf allen Ebenen gleichberechtigt vertreten sind.

Wir fordern eine Quote für Ehrenamtliche in Landes- und Bundesvorständen.



Nur so ist die Einbindung der Parteibasis gewährleistet.

Wir fordern ein Ende der Lippenbekenntnisse! Die SPD muss eine Partei für und von Frauen werden, eine Partei, die Fraueninteressen wahrnimmt und vertritt und sich nicht auf den historisch fortschrittlichen Positionen der Sozialdemokratie ausruht.

Antrag F2

## **Gegen eine Verlängerung des Mutterschutzes**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Die BayernSPD lehnt die zwangsweise Verlängerung des Mutterschutzes ab.

5

# Bildung

Antrag B1

## Solidarisierung mit dem Bildungstreik

(Angenommen)

5 Im Sommer und Herbst 2009 fanden in ganz Deutschlands Bildungstreiks statt. Zentrales Ziel ist es für eine andere Bildungspolitik in Deutschland zu kämpfen. Die inhaltlichen Forderungen der SchülerInnen einerseits, der Studierenden andererseits, gehen eng mit den Positionen der Jusos einher. Auch wir setzen uns für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems ein. Stattdessen wollen wir eine Schule für alle. Der sozialen Selektivität und dem lernhinderlichen Leistungsdruck in unserem Bildungssystem muss entgegen gewirkt werden.

10 Ebenso treten wir für die Abschaffung von jeglichen Bildungsgebühren wie etwa an Hochschulen ein. So scheuen laut einer Studie des Hochschul-Informationssystem (HIS) 77% der Hochschulzugangsberechtigten die kein Studium aufnehmen dieses aus finanziellen Gründen. Studiengebühren halten finanziell Schwächere von der Aufnahme eines Studiums ab. Es ist originäre Aufgabe des Staates für eine ordentliche Finanzierung von Bildung zu sorgen. Bildung darf nicht privatisiert werden!

20 Ebenso wollen wir eine Demokratisierung des Bildungssystems. So müssen SchülerInnen endlich echte Mitbestimmungsrechte an ihren Schulen bekommen. Dazu gehört auch, dass die Wahrnehmung des demokratischen Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung, wie zum Beispiel die Teilnahme an einer Demonstrationen, nicht zu Disziplinarmaßnahmen gegen SchülerInnen führen darf. Die Studierenden haben zwar schon Mitbestimmungsmöglichkeiten, die jedoch deutlich noch ausgebaut werden müssen. So haben wir in Bayern bis heute keine Verfasste Studierendenschaft.

25 Trotz der massiven Proteste hat sich leider noch nicht viel bewegt. Daher gehen die Proteste gegen eine neoliberale und elitäre Bildungspolitik auch 2010 in Deutschland weiter. Wir erklären uns mit dem Bildungstreik solidarisch und unterstützen den für 2010 erneut geplanten Bildungstreik.

Antrag B2

## Rücknahme der Kürzungen der Mensazuschüsse

(Angenommen), weitergeleitet an Landtagsfraktion

5 Am 29.12.2009 setzte das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die bayerischen Studentenwerke darüber in Kenntnis, dass im Entwurf des Nachtragshaushalts 2010 der Mensazuschuss des Studentenwerks um 2,63 Millionen Euro gekürzt wird.

Die Kürzung bedeutet eine Reduktion des Mensazuschusses um rund 35 %. Sie erreichte

die Studentenwerke zu Beginn des Jahres 2010, zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Wirtschaftsplanung bereits abgeschlossen sein musste, dem Ministerium vorlag und das 10 Haushaltsjahr bereits angelaufen war.

Auftrag der Studentenwerke ist, die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur zu schaffen, die Studierende benötigen, um ihr Studium erfolgreich abzuschließen. Dazu gehören vor allem die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, kompetenter Beratung, Hilfestellung 15 bei der Studienfinanzierung und nicht zuletzt ein hochschulnahes Angebot preisgünstiger und qualitativ hochwertiger Verpflegung. Es geht darum, die Lebenshaltungskosten am Studienort finanzierbar zu machen.

Diese Kürzung trifft vor allem diejenigen Studierenden, denen die Finanzierung ihres 20 Studiums ohnehin schwer fällt. So belegt die im Dezember 2009 im Auftrag der Bundesregierung erstellte HIS-Studie zum Studienabbruch erneut, dass rund ein Drittel aller StudienabbrecherInnen als wichtigsten Grund für diesen Schritt angeben, ihr Studium nicht finanzieren zu können. Jeder einzelne Studienabbruch aus finanziellen Gründen spiegelt ein grundlegendes Scheitern der Bildungs- und Sozialpolitik wieder. Mit der einen 25 Hand zusätzliche Studienplätze an den Hochschulen zu schaffen, mit der anderen aber die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen kontinuierlich zu verschlechtern, ist vor diesem Hintergrund die falsche Weichenstellung. Hörsäle, Labore und Bibliotheken sind wichtig, eine bezahlbare Unterkunft und die Möglichkeit, sich täglich in Hochschulnähe zu verpflegen sind unverzichtbar.

30 Wir fordern daher nicht nur die Rücknahme der Kürzungen sondern auch die Aufstockung der Mensazuschüsse im Hinblick auf die wachsenden StudienanfängerInnenzahlen in Bayern aufgrund des doppelten Abiturjahrganges.

35 Daher unterstützen wir die Petition gegen die Kürzungen der Mensazuschüsse, die von der Landes-ASten-Konferenz Bayern initiiert wurde.

Antrag B3

## **Förderung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund an Schulen**

(Angenommen)

Die Bayern-SPD setzt sich dafür ein dass, solange Religion ein Pflichtfach an den bayrischen Schulen ist, als weitere Wahlmöglichkeit neben Ethik, evangelischem 5 Religionsunterricht, und katholischem Religionsunterricht auch islamischer Religionsunterricht angeboten wird. Der islamische Religionsunterricht soll in deutscher Sprache nach bayrischen Lehrplänen und von staatlichen Lehrer/innen durchgeführt werden.

Antrag B6

## **Neuordnung der Büroberufe darf nicht zu Schmalspurausbildungen führen**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Das Ergebnis der Neuordnung der drei Büroberufe darf zu keinen Kurzausbildungen führen.  
5 Wir fordern ausschließlich mindestens dreijährige Ausbildungszeiten.

Antrag B7

## **Frühkindliche Bildung fördern - Beruf und Familie vereinbaren - keine Herdprämie!**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Die AsF-Landeskonferenz lehnt das von schwarz-gelb geplante Betreuungsgeld ab.  
5

Die dafür vorgesehenen Gelder sollen für den Ausbau kostenfreier frühkindlicher Erziehungs- und Bildungseinrichtungen eingesetzt werden.

Antrag B8

## **Finanzierung und Sicherstellung eines flächendeckenden und nutzbaren Angebots von Deutschkursen für Migrantinnen**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Um der vom Bund geforderten Eingliederung von Migrantinnen nachzukommen, müssen  
5 qualifizierte niederschwellige Deutschkurse für diese Frauen angeboten werden. Diese müssen zeitlich und örtlich so organisiert sein, dass Migrantinnen die Möglichkeit haben, daran teilzunehmen. Der Umfang muss so gestaltet werden, dass eine Schulung der Teilnehmerinnen auch von Erfolg gekrönt ist. Darüber hinaus muss die Bundesregierung einen finanziellen Rahmen gewährleisten, um die Kosten für qualifizierte Deutsch-  
10 DozentInnen zu garantieren und Kommunen und ehrenamtliche Organisationen nicht gezwungen sind, auf ehrenamtliche und nicht ausreichend geschulte ReferentInnen ausweichen zu müssen.

Antrag B9

## **Wir fordern eine interkulturelle Bildungsreform**

(Angenommen), weitergeleitet an Landtagsfraktion

5 Unser Bildungssystem braucht ein neues Selbstverständnis, das insbesondere den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund besser gerecht wird.

Wir benötigen deshalb eine Neuausrichtung, d.h.

- neue Lehrpläne und Lehr- und Lernmedien, die ein konstruktives Bild von Migration zeichnen und Ansätze antidiskriminierender Pädagogik erkennen lassen
  - Sprachenlernen, das einerseits den qualifizierten Erwerb der Verkehrssprache Deutsch fördert, andererseits aber Zwei- und Mehrsprachigkeit nicht nur beachtet, sondern auch als individuelles Potenzial und gesellschaftliche Ressource wertet und stärkt.
- 10
- 15 - eine Qualifizierungsoffensive für das pädagogische Personal
- in der Erzieher- als auch in der Lehreraus- und Fortbildung müssen verpflichtende Module verankert werden, die die pädagogischen Fachkräfte in ihrer Kompetenz stärken. Die Kenntnisse über Anti-Diskriminierungsprinzipien für den pädagogischen Alltag, Qualifikationen im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“, intelligenter Umgang mit
- 20 sprachlicher und kultureller Heterogenität in Lerngruppen etc. dürfen nicht länger lediglich Kompetenzen von Spezialisten darstellen. Kenntnisse interkultureller Bildung und Erziehung und in „Deutsch als Zweitsprache“ gehören in jede grundständige Ausbildung für pädagogisches Personal.

Antrag B10

## **Jedem Kind ein Instrument**

(Angenommen), weitergeleitet an Landtagsfraktion

5 Die bayerische SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die Einführung des Projekts „Jedem Kind ein Instrument“ in den Grundschulen in Bayern zu beantragen. Das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ ist eine musikpädagogische Initiative, die allen GrundschülerInnen die Möglichkeit eröffnet, ein Musikinstrument zu erlernen. Das Angebot soll den Musikunterricht ergänzen und soll sich an alle Grundschul Kinder, unabhängig ihrer Herkunft oder ihrem sozialem Umfeld, wenden. Die Instrumente sollen

10 kostenlose Leihgaben sein.

Antrag B11

## **Keine Lobbygruppen in Schulen!**

(Angenommen), weitergeleitet an Landtagsfraktion

In den bayerischen Lehrplänen wird verankert, dass Schülerinnen und Schüler zu allen 5 aktuellen gesellschaftlichen Grundfragen (z.B. Energieversorgung, Kriegseinsätze der Bundeswehr, Gentechnologie) niemals einseitig, z.B. durch Lobbygruppen, informiert werden dürfen.

Antrag B13

## **Abschaffung der Zensur von SchülerInnenzeitungen**

(Angenommen), weitergeleitet an Landtagsfraktion

Im Artikel 5, Absatz 1 des GG heißt es: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Dies gilt für sämtliche Medien. Eine Ausnahme hierzu bieten allerdings die bayerischen 5 SchülerInnenzeitungen. Zwar führte die bayerische Staatsregierung im Jahr 2006 die Möglichkeit ein, dass SchülerInnenzeitungen als „Druckwerk im Sinne des bayrischen Presserechts“ erscheinen können. Dies führt allerdings das Risiko mit sich, dass Schüler und Schülerinnen für Artikel juristisch belangt werden können. Da in einem solchen Fall die Eltern schriftlich der Mitarbeit bei der SchülerInnenzeitung zustimmen müssen und nur 10 die wenigsten Eltern ein Schriftstück unterschreiben werden, auf dem zu lesen ist, dass gegen ihr Kind rechtliche Schritte eingeleitet werden können, können es sich nur die wenigsten SchülerInnenzeitungen leisten, auf diese Art und Weise zensurfrei zu erscheinen.

15 Erscheint die SchülerInnenzeitung klassischerweise als Zeitung der Schule, was ja letztlich auch der Sinn einer SchülerInnenzeitung ist, besteht für den Direktor, bzw. die Direktorin nach wie vor die Möglichkeit einer Vorabzensur.

Nach Artikel 63 Absatz 4 des bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und 20 Unterrichtswesen (BayEUG) ist es dem Schulleiter, bzw. der Schulleiterin möglich, die Herausgabe einer SchülerInnenzeitung zu untersagen, wenn, nach seiner bzw. ihrer Auffassung, „das Recht der persönlichen Ehre verletzt oder in anderer Weise gegen Rechtsvorschriften“ verstoßen wird. Dieser muss, wenn er die Ausgabe einer SchülerInnenzeitung auf diese Weise zensiert, nichts weiter tun als dem Schulforum eine 25 Begründung dazu vorzulegen. Das Schulforum, als einzig halbwegs demokratisches Organ der Schule, kann nach der momentanen Rechtslage den Beschluss des Schulleiters, bzw. der Schulleiterin, nicht annullieren.

Durch diese Möglichkeit wird Demokratie in der Schule verhindert, statt gefördert. 30 Selbstverständlich darf eine SchülerInnenzeitung keine Beleidigungen oder ähnliches abdrucken, es kann aber nicht sein, dass eine Zensur alleine durch den Schulleiter bzw. die Schulleiterin durchgeführt wird.

Wir Jusos fordern deswegen, dass der Artikel 63, Absatz 5 des BayEUG wie folgt  
35 erweitert wird:

„Soweit der Inhalt der SchülerInnenzeitung das Recht der persönlichen Ehre verletzt oder  
in anderer Weise gegen Rechtsvorschriften verstößt, kann die Schulleiterin oder der  
Schulleiter die Verteilung auf dem Schulgelände, und für den Fall, dass die  
40 SchülerInnenzeitung als Einrichtung der Schule im Rahmen der  
SchülerInnenmitverantwortung erscheint, auch die Herausgabe untersagen; die  
Schulleiterin oder der Schulleiter begründet die Entscheidung innerhalb einer Woche  
schriftlich. Sollte die Mehrheit des Schulforums diese Begründung als nicht zutreffend,  
beziehungsweise ungenügend ablehnen, ist der Schulleiter / die Schulleiterin verpflichtet,  
45 die Herausgabe der SchülerInnenzeitung zu gestatten. Der Schulleiter hat dem zustimmen,  
wenn es nicht der Rechtsordnung widerspricht.“

# Gesundheit

Antrag G1

## Transparenz bei Arztrechnungen

(Angenommen), weitergeleitet an Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für mehr Transparenz bei den  
5 ärztlichen Abrechnungen einzusetzen. Vorbild ist hierbei der SPD-Entwurf zum GKV-  
Modernisierungsgesetz des Jahres 2003. Arztrechnungen sollen künftig dem gesetzlich  
versicherten Patienten regelmäßig zugestellt werden. Hat der oder die Versicherte Zweifel  
an einer korrekten Arztrechnung soll er/sie sich automatisiert, einfach, unbürokratisch und  
ohne Einflussnahme des Arztes an die Krankenkasse wenden können. Einen  
10 Kostenerstattungsmechanismus wie bei der PKV lehnen wir für die Mitglieder der GKV  
ab.

Antrag G2

## Gesundheitspolitik

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich gegen die von der schwarz-gelben  
5 Bundesregierung geplante unsoziale Kopfpauschale sowie die im Rahmen des  
Gesundheitsfonds ermöglichten Zusatzbeiträge einzusetzen. Der allein von den  
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Rentnerinnen und Rentnern zu schulternde  
Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozent muss zudem abgeschafft und das von der  
Bundesregierung geplante Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags gestoppt werden. Das Ziel  
10 muss wieder die paritätische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)  
sein.

Langfristig muss das Nebeneinander von GKV und Privater Krankenversicherung (PKV)  
abgeschafft und in eine solidarische Bürgerversicherung überführt werden, die auch  
15 Einnahmen aus Kapital berücksichtigt.

Einsparmöglichkeiten bei den Leistungserbringern, wie der Pharmaindustrie, müssen  
konsequent genutzt werden. Zu diesem Zweck muss das Institut für Qualität und  
Wirtschaftlichkeit (IQWiG) im Gesundheitswesen finanziell, personell und rechtlich  
20 gestärkt werden.

Die unter anderem von der Jungen Union Bayern geforderte Einführung des  
Kostenerstattungsprinzips als Regel muss ebenso abgelehnt werden wie eine Reduzierung  
des Leistungsangebotes der GKV auf eine Grundversorgung.



Antrag G5

## **Staatliche Versicherung für Hebammen**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag

Die Bundestagsabgeordneten mögen sich dafür einsetzen, dass für freiberuflich tätige  
5 Hebammen eine staatliche Versicherung zur Absicherung von Haftpflichtfällen in Relation  
zu deren Einkommen errichtet wird. Bei angestellten Hebammen ist eine kostengerechte  
Bezahlung und ein verantwortbarer Personalschlüssel in geburtshilflichen Abteilungen und  
Einrichtungen einzuhalten. Es ist analog § 72 SGB V ein Sicherstellungsauftrag der  
Versorgung durch Hebammen zu erteilen.

Antrag G6

## **Wasser und Seife**

(Angenommen), weitergeleitet an Landtagsfraktion

Die bayerische Landtagsfraktion der SPD möge sich dafür einsetzen, dass einfache Mittel  
zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse (warmes Wasser und Seife, einschließlich  
5 Möglichkeiten zum Trocknen der gewaschenen Hände) in sämtlichen öffentlichen  
Gebäuden und (auch privaten) Gemeinschaftseinrichtungen in ausreichender Menge  
vorzuhalten sind.

Antrag G7

## **Giftiges Blut?**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundestagsfraktion

Laut Angaben des Paul-Ehrlich-Instituts beträgt der jährliche Bedarf an Blutspenden ca.  
5 4,4 Mio., Tendenz steigend. Immer wieder wird von offizieller Seite auf die dringende  
Notwendigkeit von Blutspenden hingewiesen und vor drohender Knappheit, wie zuletzt  
angesichts des Ausbruchs der Schweinegrippe, hingewiesen. Trotzdem wird eine Gruppe  
der Bevölkerung lebenslang von der Möglichkeit Blut zu spenden ausgeschlossen:  
homosexuelle Männer. Begründet wird dieser Ausschluss damit, dass homosexuelle  
10 Männer aufgrund ihrer Sexualpraktiken ein grundsätzlich erhöhtes Risiko haben, sich mit  
dem AIDS-Virus zu infizieren und deshalb ebenso als Risikogruppe zu gelten haben, wie  
z.B. Prostituierte und Drogenabhängige.

Tatsächlich jedoch entspringt dieser Ausschluss lediglich Vorurteilen und einer veralteten  
15 Denkweise, die AIDS immer noch als „Schwulenkrankheit“ ansieht, und stellt somit eine  
Diskriminierung homosexueller Männer dar.

Wir fordern daher, die Richtlinien der Bundesärztekammer zur Gewinnung von Blut und  
Blutbestandteilen zu ändern und den lebenslangen Ausschluss homo- und bisexueller  
20 Männer abzuschaffen.

# Kommunales

Antrag K1

## **Stabile Kommunalfinanzen sichern den Sozialstaat, stützen die Konjunktur und stabilisieren das Vertrauen in Staat und Demokratie**

(Angenommen)

### **I. Die Lage**

- 5 Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland stehen in der größten Finanzkrise der Nachkriegsgeschichte.

Nach einem Defizit von 7,1 Mrd. Euro im Jahr 2009 droht 2010 ein Rekorddefizit von 15 Mrd. Euro.

10

2010 werden die kommunalen Gebietskörperschaften fast 15% weniger Einnahmen haben als 2008, das sind 11,5 Mrd. Euro.

- 15 Die Steuerschätzung von Mai 2010 erklärt die Städte zu den großen Verlierern: Sie sind im Vergleich zu ihrem Anteil am Steuertopf überproportional von den Mindereinnahmen betroffen und werden sich auch später erholen als Bund und Länder.

### **II. Die Folgen**

20

Die staatlichen Leistungen, die die Bürgerschaft wahrnimmt, werden fast ausschließlich von Städten bereitgestellt oder von ihnen durch Zuschüsse initiiert: ÖPNV, sozialer Wohnungsbau, Straßen, Wege, Plätze, Kindergärten, Schulen, Bäder, Theater, Sportförderung, Feuerschutz usw..

25

Erst die Summe all dieser Angebote schafft das, was wir alle zu Recht von der Bundesrepublik erwarten: einen modernen Dienstleistungsstaat.

- 30 Kann dieses Angebot nicht mehr aufrechterhalten werden, erodiert das Vertrauen in Staat und Demokratie, weil berechtigte Erwartungen nicht mehr oder nur noch unzulänglich berücksichtigt werden.

*Stabile Kommunalfinanzen stabilisieren das Vertrauen in Staat und Gesellschaft.*

- 35 Aus früheren Finanzkrisen kennen wir leider die idealtypischen Reaktionsmuster auf

solche Einnahmerückgänge. Zunächst und bei unerwartet schlechten Einnahmeprognosen erfolgt die Vollbremsung bei noch nicht begonnenen Investitionen und das Sparen beim Substanzerhalt der öffentlichen Infrastruktur. In der Krise 2003 sind die öffentlichen Investitionen um rund 1/3 zurückgegangen. Das droht auch in den Jahren 2010 und  
40 folgende wieder. Damit werden die konjunkturellen Entzugseffekte durch zurückgehende Investitionstätigkeit ein Vielfaches des Konjunkturpaketes II betragen.

*Stabile Kommunalfinanzen sind das beste Konjunkturpaket.*

45 An die Vollbremsung bei der Investitionstätigkeit schließen sich in der Regel klassische Konsolidierungspakete an, die über Kosteneinsparungen, Gebühren- und Steuererhöhungen und das Reduzieren und den Wegfall von Angeboten versuchen, die Haushalte zu entlasten.

50 Dazu gilt es, zwei Anmerkungen zu machen:

1. Es wird in nahezu keinem öffentlichen Haushalt gelingen, die Steuermindereinnahmen durch Konsolidierung auch nur annähernd auszugleichen.

55 2. Nahezu alle Maßnahmen kommunaler Konsolidierungspakete haben eine Regressionswirkung, d.h. sie belasten private Haushalte mit niedrigen Einkommen stärker als die mit hohen.

*Stabile Kommunalfinanzen sichern soziale Gerechtigkeit.*

60

### **III. Die Forderungen**

1. Erhalt und Ausbau der Gewerbesteuer

Es muss nicht nur allen Versuchen, die Gewerbesteuer auszuhöhlen strikt Einhalt geboten  
65 werden, vielmehr muss über die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (Einbeziehung der freien Berufe in die Steuerpflicht) eine über die Zeit und über die Fläche hinweg höhere Stabilität der Gewerbesteuer erreicht werden. Die Maßnahmen aus dem sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz müssen zurückgenommen werden. Zuschlagsmodelle auf Einkommensteuer, Beteiligung an der Körperschaftssteuer bzw. höhere Beteiligung an  
70 der Umsatzsteuer sind keine Alternativen und verschieben die Finanzierungslast der Kommunen auf Masseneinkommen. (Am Beispiel: Sollte die Gewerbesteuer durch einen höheren Umsatzsteueranteil ausgeglichen werden, müsste der Mehrwertsteuersatz auf 30 % steigen.)

75 2. Die Kostenaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss zugunsten der Gemeinden geändert werden (Grundsicherung im Alter, Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfe, Kinderbetreuung).

80 3. Der Freistaat Bayern muss die Verbundmasse für den kommunalen Finanzausgleich spürbar erhöhen. Nur so ist gewährleistet, dass nicht auch in Bayern immer mehr Kommunen handlungsunfähig werden.

85 4. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, ein Soforthilfepaket für die Bayerischen Kommunen zu beschließen. Hierbei sollen die Investitionsförderung und Investitionszuschüsse bis 2014 so erhöht werden, dass die oben beschriebene

Vollbremsung bei den kommunalen Investitionen ausbleibt oder wenigstens deutlich abgemildert wird. Das ist eine Investition in Substanz und Infrastruktur und gut für die mittelständische Wirtschaft in Bayern.

Antrag K2

## **Mehr Demokratie wagen - Transparenz ausbauen - Kommunaloffensive starten**

(Angenommen)

Die BayernSPD ruft eine Kommunaloffensive "Mehr Demokratie wagen - Transparenz ausbauen" ins Leben.

5

Diesbezüglich wird die BayernSPD in allen bayerischen Kommunen dazu aufrufen und beitragen, dass in jeder Kommune eine entsprechende Satzung über den Zugang zu gemeindlichen Informationen (Informationsfreiheitssatzung) erlassen wird. Um dies zu umzusetzen, werden alle Ortsvereine der BayernSPD über diese Initiative informiert und 10 erhalten dazu ein entsprechendes Informationsschreiben und Materialien (Mustersatzung etc.). Zeitgleich hat eine PR-Kampagne des Landesverbandes zu diesem Thema zu erfolgen.

Die Kommunaloffensive ist spätestens bis zum 15. September 2010 einzuleiten.

Antrag K4

## **Kommunales Wahlrecht für alle**

(Angenommen), weiter an Bundesparteitag

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die 5 verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die „Einführung des allgemeinen kommunalen Ausländerwahlrecht für Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten, die auf Dauer im Bundesgebiet leben“ geschaffen werden.

# Innenpolitik

Antrag II

## Freiheit versus Sicherheit im digitalen Zeitalter

(Angenommen)

### Einleitung

- 5 *Those who would give up essential liberty to purchase a little temporary safety deserve neither liberty nor safety.*

(Benjamin Franklin)

- 10 Spätestens seit der Auseinandersetzung um die „Internetsperre“ hat sich gezeigt, dass die Jusos zu Fragen des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung eine andere Position als die SPD einnehmen. Die Gründung und die Wahlergebnisse der Piratenpartei, die vor allem von jungen Menschen Zuspruch erhielt, waren ein weiteres deutliches Zeichen dafür, dass einige politische Entscheidungen rund um „Neue Medien“  
15 aus Sicht der jungen Generation falsch waren.

Das hier als „Neue Medien“ bezeichnete Politikfeld entspringt der rasanten Ausbreitung und Entwicklung der Computer- und Telekommunikationsnutzung der vergangenen Jahrzehnte, deren Ende immer noch nicht in Sicht ist. Dabei geht es ebenso um die

- 20 Zunahme von elektronischen Hilfsmitteln im privaten, im wirtschaftlichen sowie im politischen Bereich, wie auch um das Internet, Software und elektronische Daten. Die Gesetzeslage wurde mehr als einmal vom technischen Fortschritt überholt. Der Grund dafür ist, dass die technischen Möglichkeiten sehr groß sind und ihre Anwendung sich technisch in der Regel schwierig beschränken lässt.

25

Ähnlich wie in anderen Bereichen der Innenpolitik entsteht der klassische Konflikt zwischen Freiheit und Sicherheit. Wichtig ist an dieser Stelle, von welcher Art der Freiheit geredet wird. Ist ausschließlich von der Freiheit eines Individuums die Rede, wie es die neoliberalen Parteien im Zuge dieser Debatte oft verstehen, so werden die beiden  
30 Begriffe zu eindeutigen Gegenspielern. Der sozialdemokratische Freiheitsbegriff definiert sich allerdings aus der Gerechtigkeit heraus und ist daher mit Sicherheit besser vereinbar; *Freiheit* – um es mit Rosa Luxemburgs viel zitierten Worten zu sagen – *„ist immer die Freiheit der Anderen“*.

- 35 Big Sister BRD?

In der Orwellschen Anti-Utopie „1984“ tritt der Staat als totalitärer Überwachungsstaat auf, der alle Bürgerinnen und Bürger zu kontrollieren versucht. In dieser Namenstradition werden daher Negativpreise wie der Big-Brother-Award vergeben (im Übrigen 2009 für  
40 das „Lebenswerk“ von Wolfgang Schäuble). Doch der Populismus hat einen wahren Kern: Viele Gesetze im Bereich der neuen Medien erscheinen als sicherheitspolitische

Aufrüstung ohne Augenmaß mit fragwürdiger Zielsetzung.

45 Natürlich hat der rasante technische Fortschritt zum einen die Gesetzgebung „überholt“,  
so dass neue Straftaten entstanden sind, zum anderen bieten die neuen technischen  
Möglichkeiten auch bereits bekannten Straftatbeständen neue Plattformen und  
Hilfsmittel. Wir Jusos bestreiten nicht, dass sich die Gesetzgebung dringend an die neuen  
technischen Begebenheiten anpassen muss. Auch dass nach neuen technischen  
50 Möglichkeiten zur Bewältigung staatlicher Aufgaben gesucht wird, finden wir richtig. Bei  
vielen der neu eingeführten Instrumente ist aber aus unserer Sicht der Grundsatz der  
Verhältnismäßigkeit außer Acht gelassen worden.

An einigen Punkten wurde das mittlerweile auch durch die Rechtsprechung festgestellt:

55 Die in Deutschland seit der Europawahl 1999 und anschließend bei den  
Bundestagswahlen 2002 und 2005 eingesetzten **Wahlcomputer**, wurden am 3. März  
2009 für verfassungswidrig erklärt. Die BundesrichterInnen sahen das Demokratieprinzip  
gefährdet, laut dem bei demokratischen Wahlen in Deutschland der gesamte Wahlablauf  
grundsätzlich öffentlich und damit auch verifizierbar sein muss. Diese Möglichkeit der  
60 Kontrolle sei durch den Einsatz der Wahlcomputer, bei denen eben nicht jeder Schritt  
nachvollzogen werden kann („Black Box“) und die zudem manipulierbar sind, nicht  
gegeben. Wir Jusos setzen uns dafür ein, dass dieses Urteil auch bei kommunal vereinzelt  
verwendeter elektronischer Wahlunterstützung beachtet wird.

65 Auch gegen die so genannte **Vorratsdatenspeicherung**, die seit 1. Januar 2008 geltende  
Pflicht der TelekommunikationsanbieterInnen, die Verbindungs- und Standortdaten ihrer  
KundInnen zu speichern, gibt es ein Verfassungsgerichtsverfahren. Nachdem das  
umstrittene Gesetz bereits im März 2008 mit einer einstweiligen Anordnung  
eingeschränkt wurde, wird das endgültige Urteil im Frühjahr 2010 erwartet. Auch wir  
70 Jusos teilen die Kritik an der Vorratsdatenspeicherung: Die Vorratsdatenspeicherung  
verstößt gegen die Grundrechte der Kommunizierenden und der  
Telekommunikationsunternehmen, insbesondere gegen das Brief-, Post- und  
Fernmeldegeheimnis, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, sowie gegen  
Meinungs-, Informations- und Rundfunkfreiheit. Wir sehen weiterhin kritisch, dass eine  
75 solche Speicherung nur einen eingeschränkten Nutzen hat[1](ein Einfluss auf das  
Kriminalitätsniveau insgesamt ist in anderen Staaten in der Praxis nicht zu beobachten),  
allerdings wird Missbrauch und Irrtum Tür und Tor geöffnet. Wir Jusos sehen die Gefahr  
von Datenmissbrauch[2], sowie die Möglichkeit, Rückschlüsse auf intime Details,  
Aufenthaltsorte, Gewohnheiten und Vorlieben im Leben jedes einzelnen Bürgers oder  
80 jeder einzelnen Bürgerin zu ziehen. Diese stehen aus unserer Sicht in keinem Verhältnis  
zu dem möglicherweise im Einzelfall bestehenden Vorteil bei der Strafverfolgung.

Doch auch weitere unlängst eingeführte oder ausgeweitete Verfahren zur Strafverfolgung  
und -aufklärung sehen wir kritisch. Angesichts der zahlreichen neuen Maßnahmen in  
85 diesem Bereich ist es nicht verwunderlich, dass das Thema „Überwachungsstaat“  
zunehmend auch von der Medienöffentlichkeit thematisiert wird.

Die private **Videoüberwachung** in Geschäften wird zunehmend ausgebaut. Doch es gibt  
auch immer mehr kommunale Überlegungen, Plätze flächendeckend überwachen zu  
90 lassen. Dabei wurde in einer vom britischen Innenministerium in Auftrag gegebenen  
Studie erneut die geringe Effizienz von Überwachungskameras bestätigt. Wir Jusos  
setzen uns dafür ein, dass eine solche Überwachung wenn, dann nur mit Augenmaß

erfolgt.

95 Auch die **Telekommunikationsüberwachung** durch Ermittlungsbehörden hat sich nach ihrer Einführung sehr rasch ausgedehnt. Aus Sicht der Jusos muss der Tatbestand für die Überwachung auf das Notwendige reduziert werden und die Genehmigungspraxis restriktiver reguliert werden. Durch Zentralisierung (wie das Bundesüberwachungszentralamt) der Infrastruktur oder deren Outsourcing entstehen  
100 zusätzliche Risiken, denen man sich endlich bewusst werden muss.

Die Möglichkeit der **Onlinedurchsuchung** untergräbt die freie Meinungsäußerung und schafft ein hohes Missbrauchspotenzial, vor allem da es im bestehenden System gravierende Sicherheitslücken entdeckt wurden. Wir Jusos lehnen sie daher entschieden  
105 ab.

Besonders legen wir darauf Wert, dass die „**digitale Intimsphäre**“ gewahrt bleibt, da auf Festplatten gespeicherte Daten oft das gesamte Leben eines Menschen widerspiegeln. Dies muss bei Datendurchsuchungen wie beispielsweise bei Festplattenbeschlagnahme  
110 berücksichtigt werden.

Weiterhin sehen wir Jusos das so genannte „**BKA-Gesetz**“ kritisch, da wir keine stichhaltigen Gründe für die Ausweitungen der BKA-Ermittlungsbefugnisse erkennen. Sinnvoller wäre aus unserer Sicht, die im BKA herrschenden Personalmängel zu beheben  
115 und damit eine bessere Polizeiarbeit zu ermöglichen. Wir fordern daher die SPD auf, die Einhaltung des Trennungsgebots zwischen Verfassungsschutz und Polizei zu überprüfen.

Nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September wurde die **Flugsicherheit** in der ganzen Welt aufgerüstet. Wir raten an dieser Stelle wiederum zu einer Umsetzung mit  
120 Augenmaß. Beispielsweise sind die Forderungen nach der Einführung der so genannten „Nacktscanner“ weder technisch gerechtfertigt, noch notwendig, da es genügend andere erprobte Methoden gibt.

Sowohl bei Flugdaten, als auch bei Bankdaten gibt es zudem einen zunehmenden  
125 **internationalen Datenaustausch**, der aus Sicht von uns Jusos dringend eingeschränkt werden muss. Deutschland ist verpflichtet die Schutzfunktion für seine Bürgerinnen und Bürger auch im digitalen Raum wahrzunehmen und dafür zu sorgen, dass Drittstaaten nicht weiterhin Zugriff auf sensible Daten bekommen. Speziell das SWIFT-Abkommen sehen wir unter diesen Gesichtspunkten höchst kritisch. Wir begrüßen die Ablehnung des  
130 SWIFT-Abkommens durch das Europäische Parlament.

Doch auch in anderen Bereichen gibt es, angestoßen durch die Politik, die Entwicklung großer Datensammelstellen, bei denen wir Jusos es kritisch sehen, ob alle Gefahren bis zum Ende durchdacht wurden.  
135

Die **elektronische Gesundheitskarte** soll die Krankenversicherungskarte ablösen, ist gesetzlich vorgeschrieben und benötigt die Einrichtung einer komplexen technischen Infrastruktur. Auf ihr sollen neben der Speicherung der Stammdaten wie bisher auch elektronische Rezepte und die freiwillige Option der elektronischen PatientInnenakte  
140 festgehalten werden. Wir Jusos haben Bedenken, ob letztere die hohen Anforderungen an den Datenschutz erfüllen kann, da wir die Gefahr von „gläsernen PatientInnen“ sehen. Weiterhin ist zu kritisieren, dass der Aufbau der komplexen Infrastruktur wirtschaftlich

nicht sinnvoll und der Entwicklungsvorgang der Komplexität entsprechend nicht  
145 hinreichend durchdacht zu sein scheint (die Einführung hat sich mittlerweile um über  
zwei Jahre verzögert und Teile der notwendigen geplanten Tests wurden aus Zeitmangel  
weggelassen).

Auch die Einführung eines **biometrischen Passes** ist aus unserer Sicht zu kostenintensiv,  
150 im Vergleich zum verschwindend geringen Sicherheitsgewinn und dem hohen  
Missbrauchspotential. Auch angesichts der verschiedenen Datenskandale wäre jetzt Zeit  
für die Notbremse.

Die SPD und alle MandatsträgerInnen der Partei werden aufgefordert, sich auf allen  
155 Ebenen für die Abschaffung des **elektronischen Entgeltnachweises** (kurz: „ELENA“) einzusetzen.

Begründung:

160 Bestimmte Daten (z.B. Name, Adresse etc.) werden bereits heute bei Bescheinigung des  
Arbeitslosengeldes abgefragt und bei der jeweiligen Arbeitsagentur gespeichert. Eine  
zentrale Erfassung dieser Daten ist nicht von Nöten.

Des Weiteren ist die Forderung der meisten Daten unzulässig und verletzt das Recht auf  
165 informationelle Selbstbestimmung. Beispiele sind „Fehlverhalten des/der  
Arbeitnehmers/in“, „Fehlzeiten“, „Abmahnungen“, etc.

Bis jetzt ist ein Zugriff auf die gesammelten Daten durch Arbeitgeber, Finanzämter oder  
die Staatsanwaltschaft explizit ausgeschlossen, doch eine derart gewaltige  
170 Informationssammlung weckt bei den entsprechenden Behörden in Zukunft wohl  
Begehrlichkeiten.

Insgesamt ist es unerheblich, welche Daten erfasst werden und mit welchen Regelungen  
der „Elena-Beirat“ bestehende Vorgaben/Ideen noch entschärfen will. Entscheidend ist  
175 die zentrale Speicherung einer riesigen Menge persönlicher Daten. Dass solche Daten  
nicht sicher sind, bewiesen große, deutsche Unternehmen in den letzten Jahren zur  
Genüge. Deshalb sollte auch von Seiten des deutschen Staates von einer Datensammlung  
dieses Ausmaßes abgesehen werden, bzw. diese rigoros unterbunden werden.

180 Ein großes Thema war im letzten Jahr die Diskussion über die **Internetsperre**, gegen die  
sich die Jusos vehement und mittlerweile auch die SPD ausgesprochen haben. Sie löst aus  
unserer Sicht keine der Probleme wie Kinderpornographie, sondern führt vielmehr zur  
Entwicklung einer risikobehafteten Technologie. Die Neutralität und Zensurfreiheit des  
Internets hat aus unserer Sicht höchste Bedeutung und muss gesetzlich festgeschrieben  
185 werden. Wir müssen uns zudem der Diskussion stellen, wie mit dem Internet weiter  
umgegangen werden soll und sind ebenfalls der Meinung, dass es keinen rechtsfreien  
Raum darstellt. Es muss ein tragfähiges Konzept zur Ermöglichung von Löschung (nicht  
Sperrung!) rechtswidriger Inhalte geben. Dafür ist auch der europäische und  
internationale Austausch wichtig. Auf keinen Fall darf es sich wiederholen, dass die SPD  
190 einer derart kurzsichtigen Maßnahme wie der Internetsperre zustimmt.

Neueste Verhandlungen rund um den **Jugendmedienschutz-Staatsvertrag**[3] legen nahe,  
dass die Politik noch nichts aus dem Widerstand gegen die Internetsperre gelernt hat, und



195 die geforderten Maßnahmen stellen aus unserer Sicht tatsächliche Internet-Zensur dar.

Bei den geschilderten Instrumenten werden aus unserer Sicht teilweise unwissentlich Infrastrukturen mit Repressionspotential geschaffen, die nur so lange keine größere Gefahr darstellen wie sie in den Händen demokratisch gesinnter Menschen sind und eine  
200 wirksame rechtsstaatliche Kontrolle gewährleistet ist. Wir müssen die Diskussion über die Gefahr einer Erosion der Grundrechte und die Probleme des Datenschutzes anstoßen, die bislang vor allem in einer tief beunruhigten (Fach-)Öffentlichkeit oder vor dem Bundesverfassungsgericht geführt wird.

205 Selber schuld? Sorglosigkeit im privaten Bereich

Der Datenschutz ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein Grundrecht (Recht auf informationelle Selbstbestimmung). Danach kann der oder die Betroffene grundsätzlich selbst darüber entscheiden, wem er bzw. sie welche  
210 persönlichen Informationen bekannt gibt. Dieses Grundrecht wird im Grundgesetz allerdings nicht explizit erwähnt und ist großen Teilen der Bevölkerung unbekannt.

Selbstbestimmung und damit die Fähigkeit, selbstständige Entscheidungen zu treffen, ist aus unserer Sicht nur möglich, wenn auch die Folgen des Handelns einigermaßen  
215 abgesehen werden können. Betrachtet man nämlich aus datenschutzrechtlicher und technischer Sicht die täglichen multimedialen Aktivitäten vieler Menschen, fällt die unreflektierte Sorglosigkeit im Umgang mit dem Schutz der eigenen Daten auf, die im Widerspruch zu einer mündigen Selbstbestimmung steht.

220 Durch den gewohnheitsmäßig hohen, aber unbedarften Umgang mit den neuen Medien gehen die meisten NutzerInnen davon aus, dass das, was ihnen der PC anzeigt, auch der „Wahrheit“ entspricht. Die Hinweise über das Ausspionieren von **Online-Banking-Daten** werden bislang immer noch zu wenig beachtet und auch die technischen Sicherheitsgefahren der verschiedenen Varianten des elektronischen Geldes sind vielen  
225 nicht bekannt. Durch die Ausweitung der **sozialen Netzwerke** wird von vielen immer weniger hinterfragt, welche Daten sie effektiv dort hinterlegen und wer alles darauf Zugriff hat.

Ein weiterer Bereich der privaten Mediennutzung berührt den Bereich des  
230 **Urheberrechts**. Die Nutzung von Bild- und Musikdaten, die im Internet gefunden werden, sowie der Austausch von geschützten Daten und Software ist für viele Menschen alltäglich. Teilweise kennen sie die Grenzen der Legalität nicht, teilweise übertreten sie – aus Bequemlichkeit oder durch die schiere Möglichkeit verführt – die Grenzen bewusst. Schallplatten oder Bücher ließen sich nur schwer und mit Verlust kopieren. Heute  
235 dagegen können digitale Klänge, Bilder und Texte in Sekunden praktisch kostenlos kopiert, verändert und über das Internet weltweit getauscht werden. Damit fordern die neuen Medien das Urheberrecht fundamental heraus. Der am 1. Januar 2008 in Kraft getretene „zweite Korb“ des Urheberrechts hat offenbar keinen wirklich glücklich gemacht. Unsere Kritik ist unter anderem, dass der Schutz von großen globalen  
240 Medienunternehmen eine zu große Rolle spielt und der Weg zu einer VerbraucherInnenkriminalisierung gegangen wird, ohne dass die wirklichen Herausforderungen der Situation gelöst wurden. Die SPD muss sich für einen „dritten Korb“ stark machen und grundsätzlich überlegen, wie mit geistigem Eigentum in Zukunft

245

umgegangen werden soll.

Ein großes Feld ist zudem die eindeutig kommerzielle Nutzung von Daten. Das fängt bei der Auswertung der Profile in Sozialen Netzwerken und dem Anzeigen **kontextsensitiver**  
250 **Werbung** bei diesen und anderen Onlinediensten an. Allerdings sind viele Menschen auch beim Ausfüllen von **Gewinnspielkarten** oder anderen Belegen sehr vertrauensvoll bei der Herausgabe ihrer Daten. Hinzu kommt, dass viele Firmen beim Ausfüllen von Verträgen, Rücknahmebelegen oder sonstigen Dokumenten weder eine Kennzeichnung, noch Möglichkeiten des Widerspruchs der Weitergabe von persönlichen Daten  
255 ermöglichen. Teilweise werden auch handschriftliche Bemerkungen über das Verbot der Weitergabe der persönlichen Daten nicht beachtet. Als einzelne Person ist man an dieser Stelle allerdings machtlos, denn angesichts der hohen Dichte von SPAM und Postwurfsendungen ist es sehr schwierig die Schuldigen zu finden und nachzuweisen. Ähnlich unsicher, uninformiert und insgesamt machtlos ist man bei **Telefonwerbung**, da  
260 man sich weder sicher ist, ob man in den sämtlichen Verträgen bei Online- oder Katalogkäufen irgendwo „erlaubt“ hat, angerufen zu werden, noch wissen viele nicht, wie sie sich an dieser Stelle wehren sollen. Wir erwarten, dass es endlich echte Sanktionen bei Verstößen gegen diese Verbote gibt, bzw. dass eine echte Kontrolle der VerbraucherInnen über ihre Daten möglich wird, beispielsweise durch die Einführung  
265 eines „Datenbriefs“[4].

Auch verschiedene „**Treupunkte**“-Aktionen müssen kritisch gesehen werden, da sie die Erstellung eines Nutzer-Innenprofils ermöglichen. Uns Jusos ist klar, dass kein Unternehmen derartige Mengen an Geld in Rabatte und Geschenkaktionen investieren  
270 würde, wenn es sich nicht lohnen würde.

Wir sehen zudem den vermehrten Einsatz von **RFID-Chips**[5](Radio-frequency identification) kritisch. Dabei geht es sowohl um „Extremfälle“, wie Diskotheken, die das Implantat eines derartigen Chips anbieten, wie um Chips, die auf Konsumartikeln  
275 angebracht sind. Die einzelne Person hat durch die „versteckten“ Sender keinen Einfluss mehr darauf, welche Informationen preisgegeben werden, und dabei kann dieser Sender ohne weiteres fremd ausgelesen werden. Auch die Frage eines sinnvollen Recyclings dieser mittlerweile inflationär im Gebrauch stehenden Chips ist bislang ungeklärt. Richtig gefährlich wird es, sobald Szenarien wie von Metro Group auf der CeBIT 2006  
280 dargestellt, komplett umgesetzt werden: Eine Koppelung von durch Treuepunkt-Aktionen gewonnen KundInnen-Informationen und im Einkaufswagen angebrachten RFID-Scanner, der die in Reichweite befindlichen Konsumprodukte zugeschnitten auf das KundInnenprofil anpreist ist aus unserer Sicht ein Horrorszenario von „gläsernen KundInnen“.

285

Wie beschrieben wird die informationelle Selbstbestimmung in vielen Bereichen des privaten Lebens bereits von den meisten sorglos über Bord geworfen und die Privatwirtschaft arbeitet an der systematischen Ausweitung dieses Prozesses. Wen wundert es da, dass auch die geschilderten staatlichen Eingriffe in die informationelle  
290 Selbstbestimmung von vielen Menschen als unkritisch betrachtet werden? Viele handeln hier nach dem Motto: „Ich habe mir nichts zu schulden kommen lassen, also stört es mich nicht.“ ohne die Folgen einer derartigen Datensammelwut erkennen zu können. Allerdings machen die Datenskandale der letzten Jahre deutlicher, denn je, dass das Eingreifen der Politik dringend notwendig ist.

295

Einen letzten Punkt aus dem privaten Umgang den neuen **Medien** sehen wir ebenfalls als

schwerwiegend an: Von vielen Menschen werden die Medien nicht mehr kritisch wahrgenommen. Das ist bei den neuen Medien insbesondere relevant, da dort vieles ungeprüft veröffentlicht wird. Wir brauchen daher eine stärkere Förderung der  
300 **Medienkompetenz** in der Erziehung aber auch im Erwachsenenbereich. Die Folgen der beschriebenen Sorglosigkeit führen bislang nur zur reflexartigen, unreflektierten Dämonisierung von Teilen der digitalen Welt, wie etwa gewissen Computer- und Onlinespielen. Natürlich ist das Informationspotpourri, das konsumiert wird, meinungsbildend und -beeinflussend. Das lässt sich beispielsweise auch in der  
305 Geschlechterwahrnehmung nachweisen. Verbote von Darstellungsformen, Computerspielen oder sonstigen sind allerdings hier aus unserer Sicht kein adäquates Mittel, den überbordenden gesellschaftsbildenden Einfluss der Medien einzuschränken, vielmehr bedarf es einer umfassenden Diskussion über Medienethik einerseits und der gezielten Förderung von Medienkompetenz der „breiten Masse“ andererseits.  
310 Forderungen

Uns ist bewusst, dass der digitale Fortschritt nicht nur gute Seiten hat, sondern auch Gefahren mit sich bringt. Doch gegen die Gefahren hilft keine Verteufelung oder totale  
315 Überwachung, sondern eine entsprechende Aufklärung, auch bei den PolitikerInnen, damit diese mehr Ahnung haben worüber sie entscheiden sollen. Der Zwiespalt zwischen Dämonisierung und Sorglosigkeit zeigt den gesellschaftlichen Konflikt im Umgang mit Neuen Medien auf. Die Politik darf an dieser Stelle weder das eine noch das andere fördern, sondern vielmehr:

320

- **Kritik ernst nehmen**

Wir Jusos fordern, die SPD auf, die von uns geäußerte Kritik an den bestehenden Verfahren, ernst zu nehmen und zu prüfen. Wir fordern weiterhin die Einstellung der  
325 angesprochenen problematischen Verfahren wie Vorratsdatenspeicherung oder Internetsperre.

- **Technikfolgenabschätzung**

330 Wir fordern die SPD auf, über die angesprochenen Themenbereiche hinaus weiter eine intensive Technikfolgenabschätzung zu betreiben. Dabei müssen die Berichte des Büros für Technikfolgenabschätzung und Gutachten von ExpertInnen auch ernst genommen werden. Die gewonnen Erkenntnisse müssen in politisches Handeln umgesetzt werden, selbst wenn sie strategisch ungünstig erscheinen mögen.

335

- **Aufklärung über einen wirksamen Datenschutz**

Die Politik muss die Bürgerinnen und Bürger über wirksamen Datenschutz aufklären und sie für einen verantwortungsbewussten Umgang mit ihrer informationellen  
340 Selbstbestimmung sensibilisieren. Sie muss die Probleme der Sorglosigkeit im Umgang mit privaten Daten benennen und Möglichkeiten des rechtlichen Vorgehens gegen DatensünderInnen erläutern.

- **Reform des VerbraucherInnenschutzes**

345

Wir fordern ein geschlossenes Vorgehen gegen Datenmissbrauch, damit

VerbraucherInnen wieder mehr Kontrolle über die eigenen Daten zurückgewinnen. Eine wirksame Eindämmung des privatwirtschaftlichen Datenmissbrauchs muss grundlegend  
350 passieren, etwa durch die Einführung eines „Datenbriefs“, eine verpflichtende jährliche Mitteilung an die BürgerInnen über alle gespeicherten und weiterverarbeiteten Daten, deren Herkunft bzw. Weitergabe. Ebenso müssen die Strafen für Datenverbrechen drastisch verschärft und das Listenprivileg (nach dem die Übermittlung oder Nutzung von Daten zulässig ist, wenn es sich um listenmäßig zusammengefasste Daten über  
355 Angehörige einer Personengruppe handelt) abgeschafft werden. Für neue Datenerhebungen muss eine explizite Zustimmung zur Verarbeitung bzw. Weitergabe notwendig werden, die nicht an den Vertragsabschluss gekoppelt sein darf, sofern sie nicht notwendig sind. Der Kreis der „notwendigen“ Verarbeitung und Weitergabe muss geprüft werden und es müssen echte Sanktionen gegen „DatensünderInnen“ ergriffen  
360 werden.

#### • **Sinnvolles eGovernment**

Die Vereinfachung und Durchführung von elektronisch unterstützten  
365 Verwaltungsaufgaben, auch eGovernment, muss in Zukunft so verstanden werden, dass Regierungshandeln transparent gemacht, aber die BürgerInnen nicht gläsern werden. Derzeitige Projekte müssen auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft und nicht zum Zweck der Industrieförderung umgesetzt werden. Ziele müssen die Verbesserung des BürgerInnenservices, die Entbürokratisierung, sowie die Transparentmachung von  
370 Verwaltungshandeln sein. Prozesse müssen so ausgelegt werden, dass sie Datenschutzprobleme minimieren, zentrale Datenhaltung vermeiden und Auskünfte nach Informationsfreiheitsgesetz vereinfachen.

#### • **Umgang mit dem Internet**

375 Die SPD muss sich nach dem Eingeständnis zur Internetsperre umfassend damit beschäftigen, als was sie das Internet sieht und wie die dort vorkommenden Formen der Kriminalität wirksam bekämpft werden können. Wir müssen weiterhin gegen existierende Formen der Internetsensur in anderen Ländern wirksam vorgehen.

380

#### • **Novellierung des Urheberrechts**

Die SPD muss sich mit einer Neugestaltung des Urheberrechts beschäftigen und die VerbraucherInnenkriminalisierung des bestehenden Rechts überwinden. Dabei müssen  
385 neue verbraucherInnenfreundliche und wirklichkeitsnahe Regelungen geschaffen werden, welche die Interessen der KonsumentInnen und AutorInnen gegenüber VerwerterInnen stärkt. Die Nutzung von alternativen Rechten wie Creative Commons oder GPL (General Public License) muss in einer Novellierung gestärkt werden. Wir Jusos setzen uns für den Gedanken von freier Software[6]und Open Access[7]ein. Weiterhin stellen wir uns  
390 entschieden gegen Software- und Biopatente.

#### • **Medienkompetenz fördern statt Verbotsrufe**

Wir Jusos fordern die SPD auf, sich grundlegend mit Medienkritik und Förderung der  
395 Medienkompetenz zu beschäftigen und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf den Neuen Medien liegen. Wir hoffen, dass dadurch führende PolitikerInnen angeregt werden, willkürlichen Verbotsrufen

(beispielsweise gegen Computerspiele) sinnvolle Vorschläge entgegenzusetzen.

- **Datenschutzbeauftragte stärken**

Die Datenschutzbehörden in Bund und Ländern müssen personell und finanziell gestärkt und strukturell unabhängig von den Innenministerien werden. Weiterhin setzen wir uns für eine Stärkung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten ein und fordern, dass die Zusammenarbeit zwischen betrieblichen Datenschutzbeauftragten und dem Betriebsrat verbessert und unterstützt werden muss. Insgesamt müssen auch hier die Sanktionsrechte von Datenschutzbeauftragten ausgeweitet werden.

- **Polizei aufstocken**

Der Trend geht immer mehr dazu, sicherheitstechnische Probleme über bessere und teurere Technik zu lösen. Gleichzeitig wird die zu Verfügung stehende Technik auf einen möglichst großen Personenkreis angewandt. Aus Sicht der Jusos muss bei jeder Maßnahme überlegt werden, ob nicht der Einsatz von ausreichend PolizistInnen bzw. Sicherheitskräften, vor Ort bessere Ergebnisse bringen kann.

[1] Nachzulesen beispielsweise in der wissenschaftlichen Stellungnahme unter <http://www.americanscientist.org/issues/pub/connecting-the-dots/1>

[2] Nachzulesen beispielsweise im Gutachten des Chaos Computer Clubs zur Vorratsdatenspeicherung unter <http://213.73.89.124/vds/VDSfinal18.pdf>

[3] Einzelheiten siehe unter <http://ak-zensur.de/2010/01/jmstv-stellungnahme.html>

[4] Zum Weiterlesen <http://de.wikipedia.org/wiki/Datenbrief>

[5] Detaillierte Informationen siehe unter <http://de.wikipedia.org/wiki/RFID>

[6] Begriffsklärung beispielsweise [http://de.wikipedia.org/wiki/Freie\\_Software](http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Software)

[7] Weitere Informationen unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Open\\_Access](http://de.wikipedia.org/wiki/Open_Access)

Antrag I2

## **Rechtsstaat stärken - Polizeikennzeichnung jetzt!**

(Angenommen)

Die BayernSPD fordert, alle PolizeibeamtInnen, die ihren Dienst in Uniform ausüben, beim Einsatz gut lesbaren und einprägsamen Dienstnummern auszustatten, die sichtbar an den 5 Uniformen anzubringen sind. Die hierfür nötigen Rechtsgrundlagen sind schnellstmöglich zu schaffen.

# Umwelt- und Energie

Antrag U1

## **Für eine nachhaltige Zukunft - von links gestaltet**

(Angenommen), weitergeleitet an Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion

Der Mensch hat stets in seine Umwelt eingegriffen, sie gestaltet und geprägt. Doch der Eingriff des Menschen in die Natur hat mit wachsenden technischen Möglichkeiten und steigendem, ungezügelterm Verbrauch der Ressourcen, insbesondere durch die entwickelten Industrienationen, ein Maß erreicht, an dem er die Lebensgrundlage aller bedroht.

Das wir eine umfassende Energiewende brauchen, sollte unumstritten sein. Es geht dabei nicht nur um Naturschutz oder Moral, sondern darum, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu retten und eine soziale und wirtschaftliche Zukunft, nicht nur für Deutschland, zu erreichen. Gerade wir, als Jusos, müssen uns bewusst sein, dass die Folgen des Klimawandels zuerst die Menschen treffen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Deshalb müssen wir handeln. Und zwar jetzt.

Mittlerweile haben sich die meisten Parteien den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben – es ist nicht sozial und links, für eine Energiewende zu sein, sondern wer links ist, muss für eine Energiewende stehen und für deren Ausgestaltung, besonders auch im sozialen Sinne, eintreten. Wir wollen weg von einer Symbolpolitik, hin zu konkreten Maßnahmen, die bei den Menschen ankommen und Wirkung zeigen. Das ist schwierig, vor allem wenn Lobbyisten aus verschiedensten Branchen versuchen den Klimawandel klein zureden. Dass der Klimawandel stattfindet und von Menschen verursacht ist, dürften nur noch die Wenigsten abstreiten, dennoch bleiben konkrete Maßnahmen aus. Kein Wunder, wenn sogar Firmen wie Shell, Vattenfall und Lufthansa in groß angelegten Werbekampagnen versuchen uns von ihrer „Grünen Seite“ zu überzeugen.

Aber ein Wandel ist nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Notwendigkeit. Deutschland als rohstoffarmes Land hat immer auf Forschung und Technik gesetzt, und muss dies unweigerlich auch in Zukunft tun. Dabei dürfen allerdings die verschiedenen Regionen nicht nach dem kapitalistischen Prinzip gegeneinander ausgespielt werden, sondern sie müssen sich sinnvoll gegenseitig ergänzen. Und nur so hat auch die Sozialdemokratie eine Zukunft – jetzt ist die Zeit für neue Investitionen in Forschung und Wissenschaft. Nur wenn wir diese Chance jetzt wahrnehmen, haben unsere sozialen Sicherungssysteme wieder eine Zukunft. Der Wandel muss auf allen Ebenen statt finden, wir brauchen ein Umdenken in der Gesellschaft. Diesen erreichen wir nicht mit Appellen oder Moral, diesen erreichen wir nur mit viel Aufklärung, Fördermaßnahmen und starkem politischem Willen. Der Wandel geschieht nicht über Nacht, deshalb müssen wir ihn jetzt beginnen.

## 40 **Einsparmöglichkeiten und Effizienz**

Bevor wir über Energieproduktion und -nutzung nachdenken, müssen wir uns über Effizienz und Sparpotentiale Gedanken machen. Jede/r kann im privaten Haushalt Energie sparen. Das hilft sowohl den BürgerInnen selbst, weil sie Geld sparen, als auch dem Klima. Wenn private Haushalte weniger Energie verbrauchen, darf dabei aber nicht an Lebensqualität gespart werden. Ziel ist es, unnötig verbrauchte Energie zu vermeiden, das kann sowohl über moderne Elektrogeräte geschehen, wie auch über energetische Gebäudesanierung, mit der bis zu 50% der Heizenergie gespart werden können.

50 Hier ist es Aufgabe des Staates, BürgerInnen zu unterstützen. Einerseits mit Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung, um ein ökologisches Bewusstsein zu fördern, andererseits mit finanzieller Unterstützung. Hier gilt es weitere Förderprogramme, beispielsweise für Sanierung und Photovoltaik oder Brauchwassernutzung, einzuführen. Bund, Länder und Kommunen sollen hier als Vorbild fungieren und öffentliche Gebäude mit modernen Anlagen ausstatten. Wichtig ist, dass alle Kommunen hierbei mitziehen, das heißt weniger finanzkräftige Gemeinden müssen unterstützt werden. Oft rechnen sich Modernisierungsmaßnahme erst nach einigen Jahren und sind in der Anschaffung sehr kostenintensiv, was bei vielen VerbraucherInnen ausschlaggebend ist. Hier müssen Förderprogramme, wie auch günstige Kreditoptionen greifen. Zusätzlich ist es sinnvoll, Informationsmaterial und Kostenaufstellungen zur Verfügung zu stellen. Das vom DGB mitentwickelte Konzept eines Energiesparfonds zur Unterstützung bei der Erschließung von Energiesparpotentialen unterstützen wir. Möglich wäre auch ein niedrigerer Mehrwertsteuersatz für bestimmte Produkte. Sozial Benachteiligte gilt es zusätzlich zu den Regelsätzen, mehr als bisher, bei der Anschaffung von effizienteren Geräten zu unterstützen. Schließlich sind es Einkommensschwache, die am meisten unter hohen Energiekosten leiden. So werden sie entlastet und Unternehmen bekommen zusätzlich Anreize effizientere Produkte herzustellen. Auch gesetzliche Regelungen, bei Neubauten oder Sanierungen erhöhte Standards bezüglich Energieverbrauch festzulegen, tragen erheblich dazu bei Energie einzusparen und ein Umdenken zu beschleunigen. Bei der energetischen Gebäudesanierung darf insbesondere sozial geförderter Wohnungsbau nicht zu kurz kommen, damit die Mietnebenkosten in Zeiten steigender Energiepreise auch für Einkommensschwache bezahlbar bleiben. Selbstverständlich dürfen Kosten für energetische Sanierung nicht auf Mieten umgelegt werden, da sonst die MieterInnen durch Sanierungsmaßnahmen benachteiligt würden.

75 Das Modell eines Energieeffizienztarifs halten wir für sinnvoll. Hierbei zahlt jedeR einen sozial verträglichen Fixpreis für die Sicherung der Grundversorgung, z. B. 500 kwh pro Kopf und Jahr, darüber hinaus gehender Bedarf ist preislich progressiv ansteigend. So ist ein Anreiz für geringeren Verbrauch gegeben und die energetische Grundversorgung ist zu einem sozialverträglichen Preis gewährleistet. Sollte sich dieses Modell auch in der Praxis bewähren, fordern wir eine gesetzliche Verpflichtung kommunaler und privater Energieversorger einen derartigen Tarif anzubieten.

85 Menschen zu Verzicht und Sparsamkeit aufzufordern, wird keinen Erfolg haben, wenn sie dadurch einen Teil ihrer Lebensqualität einbüßen müssen. Natürlich soll jedeR seinen/ihren kleinen Teil für die Gesamtheit leisten und Energie nicht sinnlos verschwenden, ein ökologisches Bewusstsein ist gut und wichtig. Trotzdem muss der Staat zusätzlich dafür sorgen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben ökologisch verträglich zu leben, ohne an Lebensqualität zu verlieren.

90

Effizienzmaßnahmen sind in allen Bereichen möglich, in besonderem Maße jedoch in der Industrie. Hier können wir nicht warten, bis Unternehmen effizientere Technologien von selbst umsetzen, sondern müssen mit gesetzlichen Vorgaben auf eine schnellere Umsetzung drängen. In diesem Zuge können auch Vorgaben für eine Verwendung von  
95 nachhaltigen Rohstoffen gemacht werden. Ziel ist nachhaltige Produktion auch zur wirtschaftlich rentabelsten zu machen.

### **Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft**

100 Wenn wir hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik wollen, müssen wir unsere Lebens- und Produktionsweisen umstellen. Das funktioniert aber nur mit einher gehenden konsequenten technologischen Fortschritten. Eine ökologische Forschungs- und Industriepolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, die nicht von einigen wenigen alleine getragen werden kann. Durch die beiden momentanen Krisen, die Klima-  
105 und die Finanzmarktkrise, reagieren VerantwortungsträgerInnen sehr unterschiedlich. Während manche versuchen die Strategien zur Überwindung beider Krisen zu verknüpfen, was richtig und sinnvoll ist, gibt es andere, die Klimaschutzmaßnahmen mit Rücksicht auf die ohnehin schon angespannte Wirtschaft auf ein Minimum reduzieren wollen. Das ist der falsche Weg. Wirtschaftlich notwendige Investitionen müssen gerade  
110 jetzt mehr den je auf einen ökologischen Strukturwandel hinwirken – ohne diese Synergien lässt sich keine von beiden Krisen bewältigen. Wir brauchen wieder eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte einhergehend mit Investitionen in Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.

115 Wir wollen keinen industriellen Rückbau, sondern eine ökologische Weiterentwicklung der Industrie, in der ökonomische Rentabilität und ökologische Nachhaltigkeit keine Gegensätze sind, die gegeneinander ausgespielt werden, sondern sich gegenseitig bedingen. Ein nachhaltiger Energiewandel ist realistisch und er ist nötig, damit Energie privaten Haushalten und Unternehmen durchgehend zur Verfügung steht. Er schafft neue  
120 Arbeitsplätze zum Wohle der Menschen und nicht für kurzfristige Profite. Wir wollen unseren heutigen Lebensstandard erhalten und ausbauen, und das nicht auf Kosten anderer.

Wachstum und Energie- oder Ressourcenverbrauch müssen entkoppelt werden. Wir  
125 können in diesem Punkt nicht auf die Industrie warten, die Bundesregierung muss gezielt Anreize und gesetzliche Verpflichtungen schaffen, die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen und dazu zu bringen aktiv in nachhaltige Herstellungsprozesse und Produkte zu investieren. Wir unterstützen Top-Runner-Modelle, welche effiziente Produkte automatisch nach einiger Zeit als Standard festlegen. Um hierbei erfolgreich zu sein,  
130 bedarf es einer kontinuierlichen Modernisierung bestehender Wirtschaftszweige, zudem müssen neue Technologien, auch unabhängig von staatlicher Seite aus, gefördert werden. Neue und innovative Produkt sind aber nicht zwangsläufig optimal. Hier dürfen wir uns nicht von großen Effizienzwerten blenden lassen, sondern müssen nach wie vor strenge Qualitätsmerkmale fordern und dementsprechend neue Produkte daraufhin prüfen.

135 Wir wollen keine Steuervergünstigungen für nachhaltige Produktionsanlagen, diese sollten bald selbstverständlich sein, sondern Sanktionen für nicht eingehaltene Nachhaltigkeitsstandards. Mit dem Ziel eines emissionsarmen Wirtschaftens setzen wir uns für eine Besteuerung von Emissionen ein. Eine Besteuerung ermöglicht gesetzliche  
140 Festlegungen, in welchen Bereichen Steuern angesetzt werden und es können ohne Probleme die Steuersätze regelmäßig angepasst werden. Wir wollen das System nicht



(zumindest nicht national) ausbauen, das es nicht sein kann, dass aus Schadstoffen ein Marktwert geschaffen wird, der frei gehandelt wird. Dies ist in unseren Augen nicht der richtige Anreiz um eine stetige Verbesserung von Industrieanlagen zu etablieren – nach dem Motto „Wer viel verdient, kann auch viel emittieren.“ Es ist höchst fraglich, ob man „Umweltverschmutzung“ einfach verkaufen sollte. Ein Problem ist, dass es bisher keine ausreichende Überprüfung und Sanktionierung von Verstößen oder Missachtung des Emissionshandels gibt, hier gibt es, wie in der Umsetzung des gesamten Emissionshandels, Nachholbedarf.

150

### **Nachhaltige Energieerzeugung**

Zentraler Punkt einer Energiewende ist die vollständige Umstellung auf regenerative Energien in allen Bereichen. Nur Energie aus erneuerbaren Rohstoffen ist nachhaltige Energie. Dieses Ziel ist ambitioniert, aber grundlegend für eine moderne Gesellschaft mit Zukunft. In den letzten Jahren hat sich der Anteil erneuerbarer Energien in unserem Energiemix nur minimal erhöht – hier muss in den nächsten Jahren mehr passieren. Wir wollen noch in dieser Hälfte des Jahrhunderts unser Ziel eines zu 100 % aus erneuerbaren Energien gespeisten Energiemixes erreichen und fossile Energieträger damit völlig ersetzen. Es bestehen erhebliche ungenutzte Potentiale, die vor allem mit Forschung in den Bereichen Wirkungsgrade und Speichertechnologien noch ausgebaut werden können.

Die Nutzung erneuerbarer Energien ermöglicht eine regionale, dezentrale Energieproduktion, bei der viele kleiner Erzeuger ein Netzwerk bilden, sogenannte Verbundnetze. So kann Strom und Wärme effizient durch kurze Transportwege, bedarfsgerecht, kostengünstig und sicher produziert werden. Zusätzlich können diese Netzwerke durch Großanlagen, wie zum Beispiel Solarenergieanlagen oder Off Shore Windparks, je nach Standortgegebenheiten, ergänzt werden. Die nachhaltige Energiegewinnung in Großanlagen steht gerade am Anfang ihrer Entwicklung und bietet noch viel Potential. Unser Ziel ist es, den fossil-atomaren Energiemix durch einen Nachhaltigen zu ersetzen. Hierbei gibt es viele Möglichkeiten, in die es sich lohnt zu investieren.

Windenergie ist sauber, leistungsstark und überall verfügbar. Entgegen der Meinung vieler, sind moderne Windkraftanlagen auch sehr leise. Windkraftanlagen in besiedelten Gebieten sind mit großem Augenmaß zu planen und zu bauen. Die Frage nach einer neuen Umweltbelastung muss eine Rolle spielen. Repowering, das entspricht im Grunde einer Modernisierung und Überholung älterer Kraftwerke, hat sich in den vergangenen Jahren vor allem im Bereich der Windenergie bewährt, so kann zum Beispiel mit der halben Windenergieanlagenzahl, nach entsprechenden Maßnahmen, doppelt so viel Energie erzeugt werden. Repowering kann darüber hinaus aber auch in anderen Bereichen sinnvoll sein. So können beispielsweise alte Kohlekraftwerke durch Gasheizkraftwerke, mit weitaus höheren Wirkungsgraden, ersetzt werden.

Auch Energie aus Wasser ist meist umweltfreundlich und kann einen hohen Effizienzgrad erreichen. Viele der potentiellen Standorte für Wasserkraftanlagen in Deutschland sind allerdings schon genutzt, könnten aber durch Modernisierungen noch verbessert werden. Hier sind wir auch für eine kritische Überprüfung und gegebenenfalls schonende Erneuerung von denkmalgeschützten Anlagen.

190

Die Geothermie ist ebenso unerschöpflich, wie umweltfreundlich, viele Experten allerdings setzen nicht zu viel Hoffnung in diese Technik, da zum einen die

Temperaturtiefenzunahme und zum anderen der Wärmestrom in vielen Gebieten zu gering sind. Auch besteht die Gefahr von Erderschütterungen, wie sie jüngst in der Schweiz auftraten. Es gibt aber auch in diesem Gebiet noch einiges an Potential, wofür sich Forschungsinvestitionen lohnen. Wichtig ist es, wie bei allen Technologien, dass regionale Potentiale sinnvoll genutzt werden.

Biomasse ist bei uns zum Teil sehr umstritten, gerade wegen moralischer Aspekte. Wir wollen nicht, dass bei uns aus essbaren Rohstoffen Energie erzeugt wird, während überall auf der Welt Menschen Hunger leiden. Das Beispiel des durch Importe der USA stark überhöhten Maispreises in Mexiko, zeigt die möglichen negativen Konsequenzen. Nichts einzuwenden ist hingegen gegen die sogenannte Biomasse der zweiten Generation. Hier werden Biogasanlagen aus Haushaltsabfällen, Holzresten und Stroh gespeist – besonders sinnvoll ist hier die Verbindung mit dem Fernwärmenetz zur regionalen Versorgung. Diese verwertbaren Stoffe sind natürlich nicht unbegrenzt verfügbar, deshalb fordern wir ein Zertifizierungsverfahren, welches eine transparente Herkunft der Biomasse garantiert und beispielsweise Biomasseimporte aus Tropenländern verhindert. So kann die Biomasse, eben soweit vorhanden, genutzt werden, Ausbeutung auf Kosten Anderer wird aber verhindert.

Unsere wichtigste Energiequelle ist nach wie vor die Sonne. Sie ist unerschöpflich, überall verfügbar und mit modernen Anlagen, sogar auch schon bei bewölktem Himmel nutzbar. Im Bereich der Sonnenenergie gibt es Photovoltaik, was besonders für die kleinräumige, dezentrale Energieerzeugung geeignet ist, und Großanlagen, beispielsweise solarthermische Kraftwerke, wie Parabolrinnenkraftwerke, die in der Regel einen deutlich höheren Wirkungsgrad erreichen, als vergleichbare Photovoltaikanlagen.

### **Den Wandel gestalten**

220

Für den Übergang in ein solares oder nachhaltiges Zeitalter können wir bei der Grundlastversorgung kurzfristig noch nicht auf fossile Energieträger verzichten, da es sonst zum einen zu Versorgungsengpässen und zum anderen zu sprunghaften Preissteigerungen kommen könnte. So lange müssen wir bestehende Kraftwerke hinsichtlich Effizienz, Sicherheit und Co<sub>2</sub>-Ausstoß konsequent überwachen und modernisieren. Umwandlungen in Niedrig-Emissionskraftwerke, Fernwärme, Verbindungen mit Kraftwärmekopplung oder allgemein optimierte Anlagentechnik sind vorübergehend Ergänzungen zur besseren Nutzung fossiler Energieträger.

Auch Blockheizkraftwerke sind mögliche Übergangslösungen, da sie einen höheren Wirkungsgrad als Großkraftwerke haben und bei zu großer Entfernung zu einem größeren Kraftwerk Energieerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung für regionale Bereiche möglich wird. Die bei der Stromproduktion entstehende Wärme kann sofort als Heizenergie eingesetzt werden. Das sind jedoch alles nur kurzfristige Lösungen, eine langfristige Investition in fossile Energieträger wäre allenfalls eine schein-soziale Maßnahme um Arbeitsplatzverluste, vor allem in der Kohleindustrie, noch einige Zeit hinauszuzögern. Bezieht man jedoch gesamtwirtschaftliche Effekte mit ein, können bei einer Umstellung auf regenerative Energien bis 2020, 500 000 neue Arbeitsplätze entstehen – bis 2030 rechnet man sogar mit 800 000 in diesem Gebiet.

240

Kohle ist für uns nicht zukunftsfähig. Auch die Technologie der Co<sub>2</sub> Sequestrierung, auch CCS genannt, lehnen wir Jusos ab. Diese Technik ist wenig erforscht, risikoreich und bietet keine Lösung für den Umgang mit Co<sub>2</sub>. Mit der unterirdischen Lagerung von

Kohlenstoffdioxid, wird ein neues gefährliches Endlagerproblem geschaffen, hinzu  
245 kommt, dass auch Kohle, die derzeit für CCS hauptsächlich im Gespräch ist, nur in  
begrenzten Mengen verfügbar ist. Wir wollen eine Umgestaltung des Energiesektors – die  
weitere Subvention von Kohle ist ein klarer Widerspruch dazu.

Das Konzept der SPD „Weg vom Öl“ ist richtig, aber nicht neu. So wurde diese  
250 Grundrichtung schon auf dem Parteitag in Hamburg 1977 beschlossen - passiert ist seit  
dem wenig. Die SPD setzt auf einen Stufenplan zur Umstellung auf regenerative  
Energien, doch bis 2020 35% des Stroms aus erneuerbaren Energien ist uns zu wenig.  
Auch der Anteil bei Wärme, welcher auf 20% erhöht werden soll, ist unserer Meinung  
nach wenig ambitioniert und muss erhöht werden. Wir sind für ehrgeizige Zielsetzungen,  
255 die erfüllbar sind, aber Anstrengungen erfordern. An diesen wollen wir festhalten, auch  
wenn sich andere Staaten weniger ehrgeizige Ziele setzen.

Am Atomausstieg halten wir fest. Er wurde unter Rot-Grün demokratisch beschlossen  
und dabei muss es auch bleiben. Es gibt keine schlüssigen Argumente für Atomkraft. Sie  
260 ist weder sicher und sauber, noch billig oder unerschöpflich. Jüngste Störfälle, wie in  
Krümmel, sind keine Einzelfälle und zeigen, dass es auch in deutschen Atomkraftwerken  
immer zu Zwischenfällen kommen kann.

Der deutsche Atomausstieg muss Vorbild für unsere Nachbarn sein, solange wir  
265 Atomstrom nutzen, können wir keine Kritik an Anderen üben. Auch Verfahren wie die  
Kernfusion können mittelfristig noch keine Lösung für Energieerzeugungsprobleme  
anbieten und tragen deshalb zur konkreten Lösung der anstehenden Probleme nicht bei.  
Seit vielen Jahren wird die Kernfusion als Lösung hoch gehalten, die Forschung in  
diesem Bereich ist allerdings nach lange nicht so weit, dass sich eine Investition lohnen  
270 würde.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Atomkonzerne dazu zu verpflichten, die Kosten für  
Atommülltransport und -lagerung selbst zu tragen. Kostengünstig kommt Atomstrom nur  
bei den VerbraucherInnen an. Die Atomenergie ist massiv gefördert und unterliegt keiner  
275 Versicherungspflicht, wie andere Kraftwerke. Keine Versicherung der Welt würde ein  
Atomkraftwerk versichern und das hat Gründe.

### **Energie für alle**

280 Energie muss für alle bezahlbar sein, aber derzeit kommen bei den VerbraucherInnen  
hauptsächlich steigende Preise an. Daher treten wir für eine Preisregulierung ein, die  
spekulationsbedingte Preissteigerungen unterbindet. Das Monopol der großen  
Energiekonzerne muss gebrochen und die wirtschaftliche Eigentätigkeit der Kommunen  
im Bereich Energie gestärkt werden. Schon jetzt gibt es erste Musterbeispiele „autarker“  
285 Kleinstädte – diese, oder auch unabhängige Verbundnetzregionen, sollen mehr werden.  
Die Handlungsspielräume der Stadtwerke müssen erhalten oder ausgebaut werden, und  
nicht weiter beschnitten werden, wie das mancherorts der Fall ist. Die  
Rekommunalisierung von Stadtwerken, soweit nicht in öffentlicher Hand, ist ein  
wichtiger Schritt hierfür. Mit kommunalen Stadtwerken ist eine zuverlässige, dezentrale  
290 Energieversorgung möglich, die sich an lokale Gegebenheiten anpasst. Nur durch  
demokratisch kontrollierte Stadtwerke kann, bei entsprechenden Rahmenbedingungen,  
Preisstabilität garantiert werden.

295 Wir fordern die Energienetze endlich in öffentliche Hand zu überführen und damit die  
Dominanz der vier großen Energiekonzerne einzuschränken, denn nur so haben auch  
neue Anbieter Zugang zu den Netzen und ein fairer Wettbewerb kann entstehen. Die  
bisherige Verwaltung der Netze über die großen Energieanbieter schadet der  
Energiesicherheit, dem Preisniveau und dem Klimaschutz. Zudem ist die Modernisierung  
300 der Stromnetze längst überfällig – in den Ausbau und in Netzsicherheit wurde in den  
letzten Jahren nicht genug investiert und damit die Versorgungssicherheit gefährdet. Um  
die Verwaltung der Netze neutral und fair zu gestalten sind wir für die Gründung einer  
unabhängigen Netzgesellschaft, deren mehrheitliche Anteile der öffentlichen Hand  
unterstellt sind. Kontrolliert werden soll diese Netzgesellschaft von der  
305 Bundesnetzagentur und der Bundesregierung.

Doch das sind für uns nur erste Schritte. Für uns gehört Energieversorgung zur  
öffentlichen Daseinsvorsorge, welche nicht von privater Hand übernommen werden darf.  
Daher stehen wir für ein Aufbrechen des derzeitigen Monopols und eine  
310 Vergesellschaftung der Energieproduktion. Verantwortung für so essentielle  
Grundbedürfnisse darf nicht in den Händen der rein profitorientierten privaten  
Energiewirtschaft liegen. Ziel ist für uns ein europäisches Energienetz und eine  
Gewährleistung sauberer und sicherer Energie zu jeder Zeit. Bis dahin sind wir für eine  
zügige Modernisierung und einen Ausbau der europäischen Verbundnetzstrukturen.  
315 Dadurch werden auch die Bedingungen für eine dezentrale Energieversorgung aus  
erneuerbaren Energien verbessert.

### **Klimafreundliche Mobilität**

320 Mobilität ist eine der Grundvoraussetzungen einer freien Gesellschaft und ein Grundrecht  
aller Menschen. Sie trägt aber auch durch Treibhausgasemissionen maßgeblich zur  
Klimaerwärmung bei. Deshalb müssen Verkehr und Mobilität besser organisiert werden.  
ÖPNV und Bahn sind mit die effizientesten Transportmittel, die wir weiter ausbauen  
wollen. Dazu gehört eine Ausstattung mit modernen und umweltschonenden  
325 Antriebstechniken, ein möglichst flächendeckender Ausbau, wo benötigt, und sozial  
verträgliche Tarife, die Mobilität für alle bezahlbar machen, aber keinesfalls eine  
Privatisierung - weder des ÖPNV, noch der Bahn. Daran halten wir langfristig fest.  
Drüber hinaus muss der ÖPNV steuerlich spürbar besser gestellt werden. Im  
Schienenverkehr steckt noch Potential, besonders was den Warentransport betrifft kann  
330 noch viel auf die Schiene umgelagert werden. Wir sind uns durchaus bewusst, dass  
ÖPNV kein Ersatz für Individualverkehr ist, deshalb gilt es auch hier die schädlichen  
Auswirkung auf ein Minimum zu begrenzen. Besonders in Städten muss Fahrradverkehr  
mindestens gleichberechtigt neben motorisiertem Individualverkehr und ÖPNV stehen.  
Dazu gehören gut ausgebaute Fahrradwege genauso, wie ausreichend Abstellplätze.

335

Das Auto ist nicht nur einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren Deutschlands, es ist für  
viele Identifikations- und Freiheitssymbol. Doch damit Kraftfahrzeuge Zukunft haben,  
müssen Unternehmen umdenken. Emissionseinsparungen haben bislang kaum eine Rolle  
gespielt und auch die Optimierung des Kraftstoffverbrauch wurde nicht so  
340 vorangetrieben, wie das der Fall hätte sein können. Und dabei geht es nicht nur um  
Umweltschäden, sondern vor allem um soziale Aspekte, schließlich werden Kraftstoffe  
immer teurer, was vor allem GeringverdienerInnen trifft. Auch die Forschung in Richtung  
Wasserstoff als Antriebsmittel ist voran zu treiben. Ein großes Problem hierbei ist, dass  
die Herstellung von Wasserstofftreibstoff noch zu energieaufwendig ist. Hersteller  
345 müssen dazu verpflichtet werden, sich an strenge Auflagen, die zunehmend verschärft

werden, zu halten.

Der motorisierte Individualverkehr hat nur Zukunft, wenn wir in Elektroautos investieren – diese sollen Benzinfahrzeuge in den nächsten Jahren vollständig ablösen und durch  
350 regenerative Energien gespeist werden. Eine entsprechende Infrastruktur muss dafür natürlich aufgebaut werden. Hybridfahrzeuge sind für uns daher nur ein erster positiver Schritt. Effiziente und sparsame Fahrzeuge dürfen nicht teurer als ein vergleichbares Benzinauto sein – nur so ist eine Umstellung auf Elektroautos möglich. Auch in Biokraftstoffen sehen wir keine zukunftssträchtige Lösung. Allenfalls können sie, unter  
355 bestimmten Bedingungen, als Übergangslösung fungieren.

Weiterhin sind wir für eine Kfz-Besteuerung nach dem Co<sub>2</sub> Ausstoß für alle Kraftfahrzeuge ab Baujahr 2000. Der notwendige schnelle Wandel darf auch hier nicht auf Kosten der Einkommensschwächeren stattfinden, deshalb sind wir für eine  
360 stufenweise Umstellung der Kfz-Besteuerung. Verbesserungen im Bereich der LKWs sind ebenso essentiell, einen Anreiz hierfür kann eine Mautgebühr sein, die sich nicht nur nach Achszahl und Gewicht richtet, sondern sich auch an Co<sub>2</sub>-Ausstoß orientiert. Die geplante Senkung des verpflichtenden DurchschnittsCo<sub>2</sub>-Ausstoßes von Neuwägen in den nächsten drei Jahren auf höchstens 120g/km festzulegen, ist ein guter Schritt, der  
365 aber auch nach und nach entsprechend aktualisiert werden muss.

Der Luftverkehr ist wichtig für Deutschland, trotzdem kann er nicht weiter in diesem Maße subventioniert werden.

### 370 **Klimawandel global**

Der Klimawandel ist ein globales Problem, dem nur mit internationaler Kooperation entgegengewirkt werden kann. Die Folgen der Erderwärmung werden uns in Statistiken oder Katastrophenberichten immer wieder vor Augen geführt – trotzdem bleiben  
375 angemessene Maßnahmen aus. Wir in Europa wurden von den Veränderungen bislang größtenteils verschont. Bei uns kommen hauptsächlich steigende Energie-, Nahrungs- und Rohstoffpreise an, doch auch das nicht in dem Maße, dass wir aufwachen und dem Klimawandel aktiv entgegenreten.

380 Extreme Wetterereignisse überall nehmen zu, ganze Ökosysteme leiden und die Biodiversität nimmt stetig ab. Es steigt nicht nur der Meeresspiegel und bedroht damit ganze Länder, auch Dürren und Wassermangel sind Folgen, die sich in Zukunft immer weiter verschärfen werden. Hungersnöte, beispielsweise durch Verödung vormals fruchtbarer Flächen, Wassermangel und Naturkatastrophen stellen Menschen vor  
385 existenzielle Fragen und Flüchtlingsströme resultieren. Darauf müssen wir in Europa entsprechend reagieren. Wir müssen Klimawandel so weit wie möglich bremsen und Vorsorgemaßnahmen treffen.

Das Ziel die globale Erderwärmung auf maximal 2° Celsius zu beschränken ist ein  
390 wichtiger und richtiger Schritt – doch dieser muss auch aktiv umgesetzt werden und zwar je früher, desto besser. Dabei müssen Europa und Deutschland die Vorreiterrolle übernehmen. In den Kampf gegen den Klimawandel müssen möglichst viele Staaten miteinbezogen werden, ganz besonders aber müssen die westlichen Industrienationen als Hauptverursacher der Klimaerwärmung sich an den Veränderungsprozessen beteiligen.  
395 Der Klimawandel wird sich in Zukunft durch die industriellen Aufholbestrebungen der

Schwellen- und Entwicklungsländern noch beschleunigen.

150 Jahre industrielle Naturausbeutung durch die westlichen Industrienationen haben  
400 gravierende Schäden hinterlassen und dürfen sich nicht wiederholen, deshalb sind die  
Industriestaaten gefordert ärmere Länder zu unterstützen, ihnen neuste Technologien  
nicht vorzuenthalten und vor allem keinen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zu  
provizieren. Vereinbarte Zielsetzungen sind keine Machbarkeitsgrenzen, sondern  
lediglich Mindestverpflichtungen, die weit unterschritten werden können – auch hier ist  
405 es Europa und insbesondere Deutschland, das zum Vorbild werden soll und Ziele  
größtmöglich übertreffen soll.

Wir brauchen verbindliche völkerrechtliche Vereinbarungen zur Intensivierung des  
Klimaschutzes mit einem einhergehenden Sanktionskatalog. Der Klimawandel betrifft  
410 jetzt schon viele direkt, doch es werden immer mehr. Eine Umkehr ist bereits nicht mehr  
möglich, doch wenn wir jetzt handeln, können wir die schlimmsten Folgen vielleicht  
noch verhindern.

Die 15. Klimakonferenz der UN, welche im Dezember 2009 in Kopenhagen  
415 stattgefunden hat, ist gescheitert. Trotz der dringenden Notwendigkeit ein  
Folgeabkommen für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen,  
konnten sich die Delegierten der verschiedenen Staaten nicht auf wirklich wirksame  
Maßnahmen einigen. Nichtsdestotrotz fordern wir die Bundesregierung weiterhin  
eindringlich auf, sich aktiv für ein Folgeabkommen mit ehrgeizigen und verbindlichen  
420 Treibhausgasemissionszielen einzusetzen. Dieses Abkommen soll unter anderem  
Lösungen zur Einbeziehung der Entwicklungs- und Schwellenländer in den Klimaschutz,  
ohne deren Entwicklung zu behindern, erhöhte Finanzausstattung des Klimafolgenfonds  
und verbesserte Mechanismen für den Emissionshandel bieten. Deutschland soll sich klar  
zum Klimaschutz positionieren und eine aktive Vorreiterrolle übernehmen.

425 Die nachhaltige Umgestaltung der Industrieländer wird schwierig, doch sie ist machbar,  
wenn der Wille da ist. Um einiges schwieriger wird, es die Bedürfnisse aufstrebender  
Wirtschaftsregionen mit dem Klimaschutz zu verbinden. Das Wachstumspotential dieser  
Regionen darf nicht gefährdet sein, daher müssen die Voraussetzungen in den  
430 Industrienationen geschaffen werden. Der EU kommt dabei eine besonders wichtige  
Rolle zugute. Sie muss nicht nur neue Anstrengungen anregen, sondern auch mit gutem  
Beispiel vorangehen.

Dabei sind auch Vereinbarungen im kleinen Rahmen wichtige erste Schritte.  
435 Innovationen und neue technische Möglichkeiten der Energieproduktion und des -  
transports müssen auch anderen Staaten zu Verfügung gestellt werden, es kann nicht sein,  
dass in Technologien, die hier bereits als veraltet angesehen werden, anderorts noch  
investiert wird und umgekehrt. Gerade die, die es sich nicht leisten können, selbst in  
Forschung zu investieren, müssen auch an technologischen Fortschritten teilhaben  
440 können. Deshalb müssen auch beim Technologietransfer Fortschritte gemacht werden.  
Hier muss Konkurrenzdenken überwunden werden, schließlich geht es um Probleme, die  
uns alle betreffen. Gerade die Regionen die am stärksten von den Folgen des  
Klimawandels betroffen sind, sind in vielen Fällen nicht Verursacher dessen und haben  
kaum ausreichend Mittel um auch nur die schwerwiegendsten Folgen abzumildern. Hier  
445 ist die internationale Solidarität gefragt – denkbar wäre beispielsweise ein Ausbau des  
internationalen Klimafolgenfonds der UN, in den Verursacher proportional zu ihren

Emissionen einzahlen.

- 450 Deutschland und Europa sollen Klimavorbilder werden. Wir wollen Vorreiter bei der Emissionsverminderung sein, wir müssen Grenzwerte nicht nur stetig verschärfen, sondern wir wollen bereits bestehende Verpflichtungen übertreffen – nur so können wir auch von Anderen Taten einfordern. Appelle sind nicht genug, der moralische Zeigefinger, muss von klaren wirtschaftlichen und sozialen Argumenten abgelöst werden.
- 455 Die Absichten der SPD die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2020 gegenüber 1990 um mindestens 40% zu senken sind ein guter Schritt, doch dies ist lediglich ein Minimalwert, das eigentliche Ziel muss weit darüber liegen.

- Darüber hinaus ist auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen
- 460 Strömungen und NGOs aus Bereichen der Umweltpolitik sinnvoll. Nur als glaubwürdige Partnerin an der Seite von ökologisch-engagierten Menschen werden wir als SPD in diesem Themenfeld auch stärker in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen.

Deutschland ist schon in vielen Gebieten, wie beispielsweise Effizienz-, Recycling- und Biotechnologien, gut aufgestellt – das Deutsche Institut für Wirtschaft sieht eine steigende Nachfrage nach innovativen Produkten zu Förderung von erneuerbaren Energien, so wird sich das weltweite Umsatzpotential in den nächsten zehn Jahren schätzungsweise auf etwa 300 Mrd Euro steigern. Trotzdem kann sich gerade auch in diesen Bereichen in den nächsten Jahren noch viel entwickeln, deshalb dürfen wir uns nicht auf kurzfristigen Erfolgen ausruhen und ökologisch und nachhaltig relevante Themen fächerübergreifend mehr in unser Bildungssystem integrieren. Das fängt im Kindertagesstätten an, und geht hin bis zu entsprechenden Studiengängen. Es ist entscheidend, dass nachhaltiges Handeln ein Querschnittsthema ist, welches in vielen Bereichen relevant ist, trotzdem dürfen entsprechende Spezialisierungsmöglichkeiten nicht fehlen. Klimaschutz muss auf allen wirtschaftlichen und politischen Ebenen eingefordert werden, auch kleine Beiträge sind nicht zu vernachlässigen. Daher sollen Kommunen und Wirtschaftsbetriebe in ganz Deutschland einen Beitrag im Rahmen ihrer Möglichkeiten leisten. Auch hier muss die öffentliche Hand in möglichst vielen Bereichen ein Vorbild sein, zum einen bei Neueinrichtungen, aber auch beim Modernisieren. Dabei geht es um kommunalen Wohnungsbau, öffentliche Gebäude, aber auch um Dienstleistungen, wie zum Beispiel Abfallverwertungsanlagen.

Umwelt- und Klimapolitik ist eine Chance für die Sozialdemokratie, die jetzt genutzt werden muss. Wenn wir jetzt die richtigen Zeichen setzen und klar für eine Wende hin zu regenerativen Energien, weg vom fossil-atomaren Energiemix, unter sozial gerechten Umständen eintreten, gibt es noch Möglichkeiten den Kurs in die Zukunft in die richtige Richtung zu lenken. Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie die Auswirkungen des Klimawandels, gerade auf das Leben der Menschen, klar herauszustellen und daraus deutliche Forderungen zu entwickeln, wie diesen neuen, verschärften Komponenten sozialer Ungerechtigkeit entgegengewirkt werden kann. Damit zu beginnen ist es nie zu spät, also lasst uns damit anfangen.

# Initiativ

Antrag Z1

## Resolution des Landesparteitages

(Angenommen)

5 Der SPD-Landesparteitag protestiert gegen die Kündigung des EDEKA-Betriebsratsvorsitzenden Klaus Michl am zentralen Edeka-Lagerstandort in Gochsheim (Unterfranken).

10 Die Delegierten des SPD-Landesparteitages sprechen dem EDEKA Betriebsratsvorsitzenden Klaus Michl ihre volle Solidarität für sein Engagement als betrieblicher Interessenvertreter aus.

15 Obwohl im Dezember vergangenen Jahres zur Sicherung der Arbeitsbedingungen bei den Beschäftigten der EDEKA-Lagerstandorte in Nordbayern, Sachsen und Thüringen ein Sozialtarifvertrag abgeschlossen wurde, setzt sich nun der EDEKA-Geschäftsführer Stefan Rohrer über diese Vereinbarung hinweg und will u.a. die Zustimmung des Betriebsrats, die Arbeitszeiten massiv auszuweiten und Leiharbeiter einzusetzen, erzwingen. Darüber hinaus drohte der EDEKA-Chef am Montag, den 21.06.2010, mit der Kündigung von Mitarbeitern, sollte der Betriebsrat nicht das tun, was die Unternehmensleitung will.

20 Seit die Edeka-Geschäftsführung mit ehemaligen Lidl/Kaufland-Managern besetzt sei, haben sich nach Angaben von Beschäftigten an den EDEKA-Standorten die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert. Die Delegierten fordern den verantwortlichen Aufsichtsrat auf, einzuschreiten und die Rambo-Methoden der derzeitigen Geschäftsführung einzustellen.

25 Die Delegierten sind erschüttert, dass ein Unternehmen, das einstmals für seinen sozialen Umgang mit seinen Beschäftigten bekannt war, mit der Kündigung eines Betriebsratsvorsitzenden gegen die Interessenvertretung der Beschäftigten vorgeht. Wir fordern die EDEKA-Geschäftsführung in Rottendorf (Unterfranken) auf, die Kündigung zurückzunehmen.  
30

Antrag Z2

## Prävention statt Verbote

(Angenommen)

5 Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, unter Einbeziehung der Jusos, weiterer Jugendverbände sowie der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker eine schlüssige Konzeption zu entwickeln, wie die durch die Nutzung des öffentlichen Raums entstehenden Konflikte insbesondere zwischen jungen Menschen und Anwohnerinnen und



Anwohner aufgelöst und Alkoholexzessen junger Menschen vorgebeugt werden kann. Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang ausdrücklich dagegen aus, nur auf pauschale ordnungspolitische Maßnahmen einzusetzen, beispielsweise ein pauschales Verbot des 10 Alkoholverkaufs zu bestimmten Zeiten oder ein pauschales Verbot bestimmter gastronomischer Veranstaltungsformen.

## **B) Überwiesene Anträge**

Antrag E2: **Mehr Basisdemokratie in der SPD**

(Überwiesen an) Landesvorstand

Antrag X2: **Listenreihung**

(Überwiesen an) Landesvorstand

Antrag X4: **Einführung einer Quote für Ehrenamtliche im SPD-Bayern-Vorstand**

(Überwiesen an) Landesvorstand

Antrag W3: **Lohngerechtigkeit fördern!**

(Überwiesen als Material an) Bundestagsfraktion

Antrag S3: **Landesförderprogramm "Altersgerecht Umbauen"**

(Überwiesen an) Landtagsfraktion

Antrag W4: **Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit Komplexitätsprogression**

(Überwiesen als Material an) an Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion

Antrag S5: **Mehrgenerationenhäuser in Bayern verstetigen**

(Überwiesen an) Landtagsfraktion

Antrag S6: **Landesförderprogramm "Selbsthilfe"**

(Überwiesen an) Landtagsfraktion

Antrag B5: **Ausbildungsumlage für Altenpflegerinnen und Altenpfleger**

(Überwiesen an) Landtagsfraktion

Antrag B12: **Kostenfreie Benutzung der Bahn und öffentlicher Verkehrsmittel für Studierende, SchülerInnen und Auszubildende**

(Überwiesen an) Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion

Antrag G3: **Adipositas entgegenwirken**

(Überwiesen an) Landtagsfraktion

Antrag G4: **Notfallplan für Impfkation**

(Überwiesen an) Landtagsfraktion

Antrag V1: **Förderung des umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene**

(Überwiesen an) Bundestagsfraktion

Antrag Z3: **Initiativantrag**

(Überwiesen an) Landesvorstand

## **C) Für erledigt erklärte Anträge**

**Für erledigt erklärt wurden die Anträge: B 4; B 14; E 5; E 6; K 3; S 2; S 10**